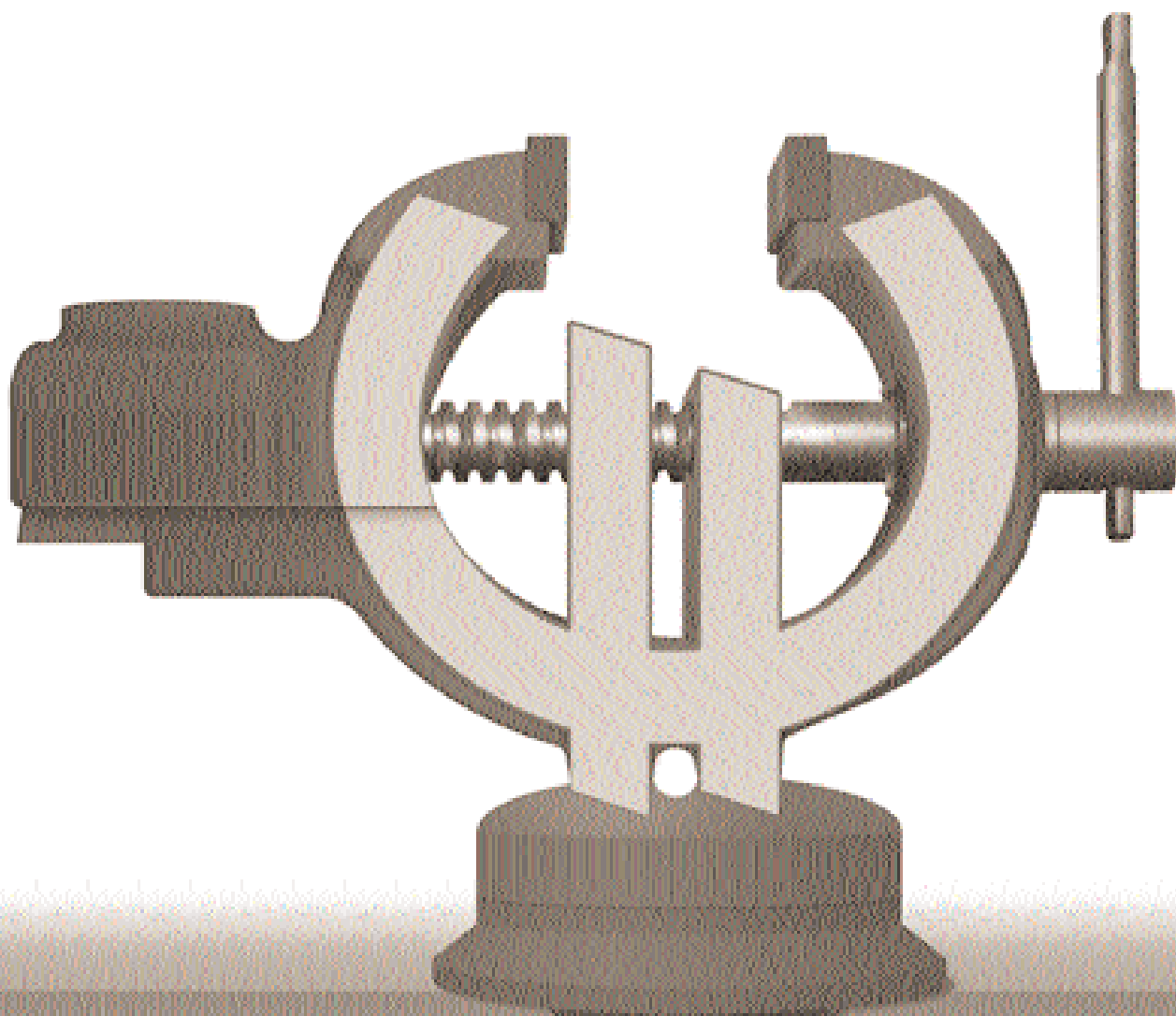


zeitschrift zur kritik der globalen ökonomie

lunapark²¹

Griechenland, Irland, Portugal, Spanien, Italien

Der Nächste bitte ...



Karl Heinz Roth Griechenland: Kahlfraß – Die Ausplünderungspolitik durch die NS-Politik & Deutsche Reparationsschulden

Sebastian Gerhardt Zum aktuellen Stand des deutschen Imperialismus // Lucy Redler zum Wagenknecht Buch // Lucas Zeise Die Chancen der Euro-Krise

Thomas Kuczynski Arbeitszeitverkürzung – oder doch besser sinnvoll arbeiten? // Susan Zimmermann IWF-Armutspolitik

5,50 EURO // HEFT 15 ▶ HERBST 2011

4 197773 1805308 15



Wärmestrom: AUSbrechen. Der Rausch beschleunigten
Achterbahnfahrens. Kältestrom*: Fundierte
Kritik an einer Welt, die zum
Lunapark derer
geworden ist,
die haben.*

Fürs Nachdenken über
eine Welt, die zum Lunapark derer wird, die
aufrecht gehen und als Begleitung durch widerständige Alltage
bieten wir regelmäßig eine fundierte Kritik der globalen Ökonomie.
Jetzt abonnieren: Preise für BRD & Österreich: Normalabo: vier Hefte (je 72
Seiten) im Jahr – 22 Euro // AboPLUS: zusätzlich zwei Schwerpunktheft,
sechs Hefte im Jahr – 29 Euro // Abo per Mail: abo@lunapark21.net // Abo per
Post: Lunapark21 · An den Bergen 112 · 14552 Michendorf Achtung: Für andere
Länder als BRD & Österreich gelten andere Abopreise // Alle Aboarten &
Abopreise siehe:

www.lunapark21.net

inhalt



- 2 **Editorial**
- 2 **Quartals-Lüge** Urlaubsmeister & Sparhannes
- 4 **subjektiver Faktor** Hannes Hofbauer · Höhenrausch. Chinas Weg wohin?
- 6 **LunaLuna** Alexis J. Passadakis · „Every day is a big day“
- 8 **Winfried Wolf** · Eurorettung = Abbau sozialer & demokratischer Standards

Welt & Wirtschaft

- 10 Lucas Zeise · Die Chancen der Euro-Krise
- 14 Lucy Redler · Buchrezension Sahra Wagenknecht „Freiheit statt Kapitalismus“
- 17 Patrick Schreiner · Schuldenbremse: Klassenprivilegien mit Verfassungsrang
- 20 Sebastian Gerhardt · Der Hauptfeind im eigenen Land

Soziales & Gegenwehr

- 22 Stephan Kimmerle · Neustart der britischen Gewerkschaftsbewegung
- 25 Interview mit Alex Gordon von der britischen Transportarbeitergewerkschaft RMT

Armutspolitik des IWF

- 26 Susan Zimmermann · Sozialpolitik ohne Grenzen?

LP21-Spezial >> Griechenland & die Euro-Krise

- 36 Winfried Wolf · Wie kam der Euro nach Griechenland?
- 38 Karl Heinz Roth · Kahlfraß: Die Zerstörung der griechischen Volkswirtschaft 1941-1944
- 42 Karl Heinz Roth · Griechenland: Die offene Reparationsfrage
- 51 Winfried Wolf · Kahlschlag: Sparprogramme zielen auf Staatsbankrott
- 59 *Lexikon* · Georg Fülberth · Souveränität

Feminismus & Ökonomie

- 60 Gisela Burckhardt · Schönfärberei: Corporate Social Responsibility
- 63 Gisela Notz · Die Mär von den „Freiwilligendiensten“

Kultur & Gesellschaft

- 67 Stephan Ozsváth · Gleichschaltungswelle in Ungarns Medien

Geschichte & Ökonomie

- 32 Thomas Kuczynski · Arbeitszeitverkürzung?
Besser für menschlich gestaltete Arbeitsverhältnisse kämpfen!

- 72 **Seziertisch 153** · Georg Fülberth · Dumpfes Gefühl

- 73 **Impressum / LunArt Portrait**

Hau den Lukas und Meldungen auf Seite 18, 24 & 64

Titel: Virtueller Werkzeugumbau, Foto & Bearbeitung, der Generationen von Auszubildenden in Metallberufen gedenkend, die u.a. an Schraubstöcken „geformt“ wurden („Metall formt“) Joachim Römer (www.unterblicken.de)

Liebe Leserin, lieber Leser,

Die Zusammensetzung der LP21-Beiträge und die Abstimmung zwischen denselben ist oft ein „kollektiv-produktiver Prozess“. Beim vorliegenden Heft hatten wir bis Mitte Juli ein LP1-Spezial zum Thema Armut und Reichtum auf internationaler Ebene geplant. Ein zentraler Bestandteil dieses ursprünglich angedachten Spezial ist der Beitrag von Susan Zimmermann auf den Seiten 26ff.

Doch das Spezial-Thema wurde ein anderes – und dies geschah wie folgt: Im Juni und Juli spitzte sich die Krise um den Euro und diejenige in und um Griechenland weiter zu. Am 18. Juli trafen sich in Berlin ein halbes Dutzend Leute aus der LP1-Redaktion mit Karl Heinz Roth – eigentlich „nur“, um allgemein über unsere Zusammenarbeit zu diskutieren. Letzterer berichtete en passant über sein neues Buch „Reemtsma auf der Krim“... Ich erwähnte die Debatten im wissenschaftlichen Beirat von Attac im April und Mai 2010, als ich, auf „klassische Kritiken“ über die „Korruption“ in Griechenland antwortend, hinwies auf das auffallende zeitliche Zusammenfallen der Euro-Einführung in Griechenland mit der Zuspitzung der Forderungen nach Entschädigungszahlungen Deutschlands für NS-Massaker (Beschlagnahme des Goethe-Instituts in Athen). Binnen einer Stunde freundschaftlichen Gesprächs schob sich so ein neues LP21-Spezial zusammen. Karl Heinz R. schrieb in den kommenden Wochen zwei gänzlich neue Beiträge zur NS-Politik in Griechenland und zur weiterhin aktuellen Forderung nach Reparationen. Ich recherchierte gründlicher den erwähnten Zusammenhang „griechischer Euro anstelle deutscher Reparationen“ und verglich das aktuelle soziale Kahlschlag-Programm in Griechenland mit deutschen und österreichischen Verhältnissen. Dies wiederum inspirierte den Gestalter Joachim Römer zu einer „Bild“-Titelseite (Seite 57), mit der gleichzeitig die herabwürdigende Griechenland-Kritik der deutschen Boulevard-Presse (siehe S. 54) gekontert wird. Georg Fülberth wiederum schrieb einen neuen Lexikon-Beitrag. Es gelang auch, die inzwischen in der LP21-Leserschaft beliebte Rubrik QaLü als Ergänzung und Untermauerung des LP21-Spezial-Themas zu schreiben und zu gestalten. Die Beiträge dieses LP21-Spezial wurden parallel mit der Heftproduktion ins Griechische übersetzt und werden in der Zeitschrift „Polites“ erscheinen.

Das jüngste LP21 Extra mit dem „Alternativen Geschäftsbericht“ zur Deutschen Bahn AG (LP21 Extra05) stieß auf eine außerordentlich rege Nachfrage. Prof. Gerd Aberle, der sich gerne „Vater der Bahnreform“ nennen lässt, sah sich herausgefordert, in der Zeitschrift „Internationales Verkehrswesen“ auf das Lunapark21-Extra zu antworten. Der Mann ist im Nebenberuf Mitglied im Konzernbeirat der Deutschen Bahn AG. Entsprechend fiel die Antwort aus: pauschal, polemisch & ignorant. Wir werden auf den Aberle-Text antworten und die genannte Fachzeitschrift um Abdruck bitten.

In diesem Zusammenhang sei dezent auf zweierlei verwiesen: Erstens. Leute, die ein Normalabo (vier Ausgaben pro Jahr) haben, bekommen die zwei Schwerpunktheft (LP21 Extra), die pro Jahr erscheinen, nicht. Nur bei einem „AboPLUS“ (oder einem Förderabo) sind diese (bisher fünf erschienenen) Extra-Heft „mit dabei“. Die Differenz zwischen Normalabo und Förderabo beträgt nur 7 Euro (29 anstelle von 22 Euro).

NOCH. Denn, zweitens: Anfang 2012, nach vier Jahren LP21, stehen nach aktuellem Stand Preiserhöhungen an. Dies sei allgemein mitgeteilt – und denen gesteckt, die aktuell ein neues Abo tätigen oder ihr Normalabo in ein AboPLUS „aufstocken“ wollen. Noch gelten die einigermaßen günstigen Preise, wie wir sie seit Anfang 2008 stabil halten konnten. Gute Lektüre wünscht

Winfried Wolf, Chefredakteur Lunapark21



Klare Kante zeigte die Kanzlerin, um dem CDU-Parteivolk die eigene Griechenland-Politik zu verkaufen: „Es geht auch darum“, so Angela Merkel, „dass man in Ländern wie Griechenland, Spanien, Portugal nicht früher in Rente gehen kann als in Deutschland, sondern dass alle sich auch ein wenig gleich anstrengen – das ist wichtig.“ Andernorts präzisierte sie dies so: „Wir können nicht eine Währung haben und der eine kriegt ganz viel Urlaub und der andere ganz wenig. Das geht auf Dauer auch nicht zusammen.“* Das ist nun wirklich eine dicke Quartals-Lüge, wie unsere Grafiken zeigen.

Bei den realen Wochenarbeitszeiten – Überstunden eingerechnet – unterscheiden sich die EU-Länder nur noch minimal. Deutschland liegt mit 40,5 Wochenstunden im oberen Bereich. In Griechenland liegt die Wochenarbeitszeit mit 39,7 Stunden auch nicht wesentlich niedriger. Das gilt für die gesamte Gruppe der strukturschwachen Länder (Griechenland, Spanien, Portugal). Dagegen lassen es in der Mittelgruppe Italien, Frankreich und Dänemark, noch, etwas ruhiger angehen.

Auch beim Renteneintrittsalter gibt es generell eine EU-weite Nivellierung. In Portugal liegt das Renteneintrittsalter (66,6 J.) sogar deutlich über dem deutschen (61,7 J.). In Griechenland liegt es mit 61,9 leicht über dem deutschen.

Heftig wird es dann beim Thema Urlaubstage, worauf sich die Kanzlerin ausdrücklich bezog. Die Deutschen sind hier, zusammen mit den Dänen – Weltmeister, was durchaus löblich ist. Sie können im Schnitt 30 Werktage urlauben – das sind incl. der Wochenenden, sechs Wochen. Griechenland, Spanien und Portugal liegen mit 23 und 22 Urlaubstagen im Jahr erheblich darunter. Bei einer Lebensarbeitszeit von 40 Jahren ergibt dies im Vergleich zu Deutschland eine enorme Mehrarbeit von 3000 Stunden.

Einen gravierenden Unterschied gibt es im Bereich der lohnabhängigen Arbeit auf EU-Ebene: In allen hier aufgeführten Ländern mit Ausnahme Deutschlands

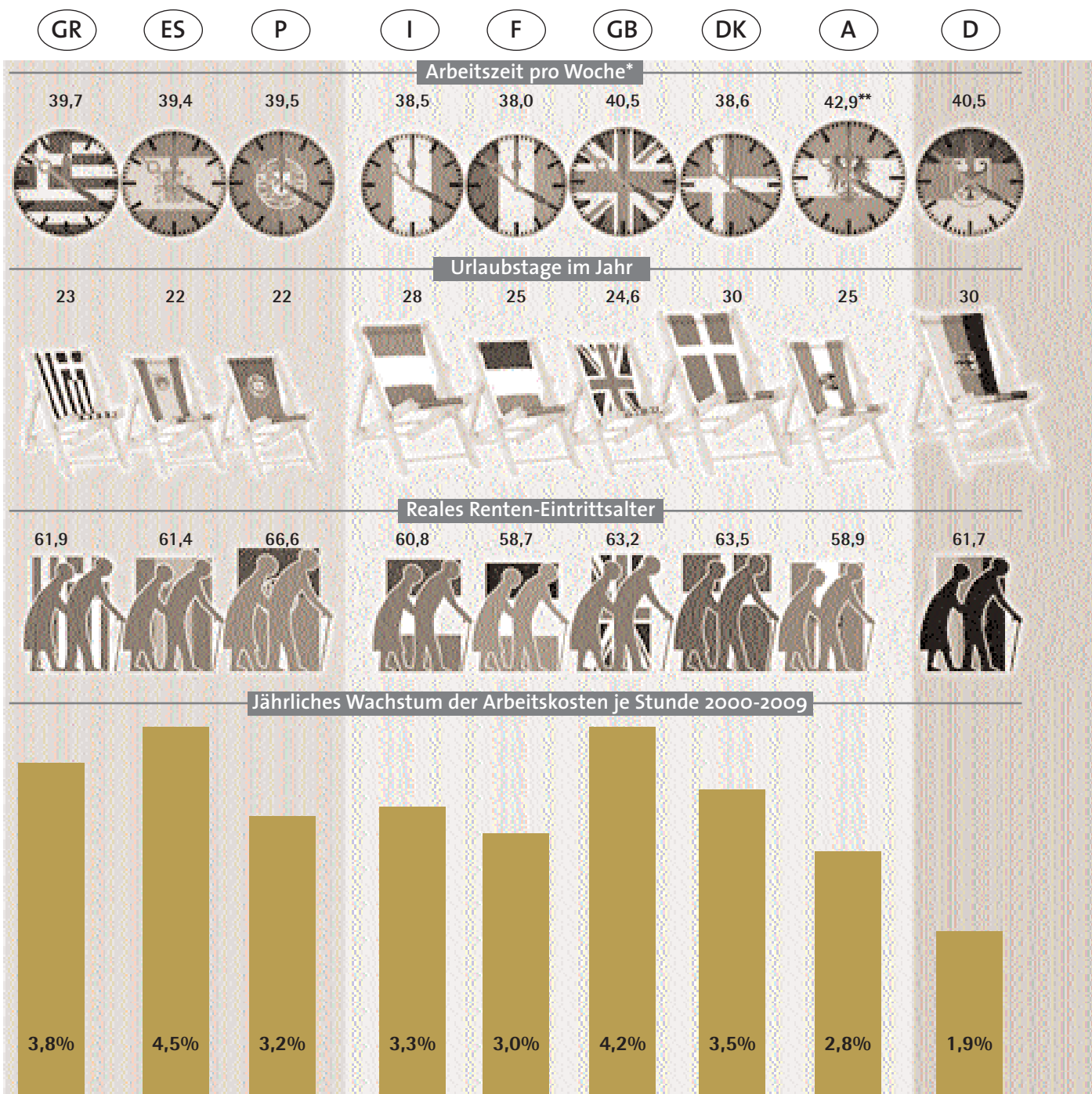
gab es ein jährliches Wachstum der Arbeitskosten, das um ein bis 1,5 Prozent über den Inflationsraten lag. In Griechenland lag es im Schnitt der Jahre 2000-2009, also in etwa dem Zeitraum, seit es den Euro gibt, bei 3,8 Prozent jährlich. Auch in der „Mittelgruppe“ mit Italien (3,3%), Frankreich (3,0%), Großbritannien (4,2%) und Dänemark (3,5%) gab es dieses Wachstum. Österreich lag mit einem jährlichen Anstieg von 2,8 Prozent bereits deutlich niedriger.

Doch den absoluten Ausreißer bildet hier Deutschland. Hier lag der Anstieg der Arbeitskosten im Schnitt des letzten Jahrzehnts mit 1,9 Prozent weitgehend auf dem Niveau der Inflationsrate. Die lohnabhängig Beschäftigten konnten sich keinen Anteil am Wachstum und an der erhöhten Produktivität abzwacken. Mehr noch: Nach Angaben der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) sanken die deutsche Reallöhne im Zeitraum 2000 bis 2010 um vier Prozent. Das

erklärt, dass und wie die ohnehin äußerst konkurrenzstarke deutsche Wirtschaft seit Existenz des Euro von Jahr zu Jahr wettbewerbsfähiger wurde. Und wie die deutsche Exportwirtschaft zu einer Dampfwalze wurde, die alles niederwalzt – und dies auf Kosten der Beschäftigten im Inland und zum Nachteil der Bevölkerung im übrigen Europa – insbesondere in den strukturschwachen Ländern.

* Zitiert in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 18.5.2011; Berliner Zeitung, 28.7.2011

Urlaubsmeister & Sparhannes



* Real geleistete Arbeitszeit bei den vollbeschäftigten Lohnabhängigen ** Angabe ÖGB Quellen allgemein: OECD; IMK

Höhenrausch Chinas Weg wohin?

4

Im neuesten Lunapark der Weltgeschichte dreht sich alles schneller als gewohnt. Höher, stärker, dicker, dünner... die Attraktion besteht im bisher nicht Vorhandenen. Mit 431 Stundenkilometern rast die von Siemens gebaute Magnetschwebebahn „Maglev“ vom Flughafen Pudong zur Longyang Road Station am Rande des Stadtzentrums von Shanghai. Nach sieben Minuten Hochgeschwindigkeit, die ein Gefühl zwischen Schweben und Rattern hinterlässt, spürt man inmitten von 23 Millionen Menschen Erleichterung, die Geisterbahnfahrt in die Wachstumsmetropole unbeschadet überstanden zu haben.

China im Jahr 2011 wirkt wie die vergrößerte Blaupause des nordatlantischen Aufschwungs nach 1945. Wirtschaftswunder. Wie oft hat sich der geübte Kritiker an den europäischen Gesellschaften in den vergangenen Jahrzehnten über den Begriff aus den 1950er Jahren lustig gemacht. Und wie verwirrt steht selbiger nun vor der Reinkarnation eines für euro-amerikanische Ohren historisch

geglaubten Vorganges. Mit der Triebkraft des Kapitals, der Peitsche der Partei und der Disziplin des Volkes wird hier indes weniger wiederholt als übertrieben, was an wirtschaftlichem Aufschwung denkmöglich ist.

Welches sind die Ingredienzien dieser Volkswirtschaft mit den höchsten Wachstumsraten, den größten Handelsbilanzüberschüssen, den meisten Devisenreserven und einer die Welt dominierenden Bevölkerungszahl? Wie erklärt es sich, dass das zentralistisch-autoritär geführte China (mit Ausnahme von ethnischen Konflikten) keine nennenswerten gesellschaftlichen Widersprüche zu kennen scheint?

Da ist zum einen die staatliche bzw. kommunale Verfügbarkeit über sämtlichen Grund und Boden. Der kollektive Besitz, freilich von der Partei verwaltet, bildet die wesentliche materielle Grundlage des schnellen Wandels. Alte Bausubstanz bedarf nur des Federstrichs eines Beamten, um einem neuen Stadtviertel zu weichen. Aus Feldern und

Fischteichen werden im Augenblick der politischen Entscheidung industrielle

Entwicklungsgebiete. Autobahnen und Eisenbahntrassen kennen im schlimmsten Fall säumige Lieferanten von Bauteilen als Entstehungshindernisse, die auf schnellstmögliche Weise technisch behoben werden. Auch 30 Jahre nach der Ausrufung der „Reform“ durch Partei- und Staatschef Deng Xiaoping kennt China keinen Privatbesitz an Grund und Boden. Ab- und Umsiedlungen sind alltäglich, Kompensationen Routine. Wer sich weigert, dem Fortschritt Platz zu machen, muss dennoch weg.

Migrationenpolitik durch „Hukou“

So einfach Grund und Boden umgewidmet und für jedes gewünschte Bau- oder Infrastrukturprojekt verwendet werden können, so verschiebbar sind die Arbeitskräfte. Ihre Mobilisierung erfolgte, wie in jeder kapitalistischen Modernisierung, vom Lande her. Bereits 1978 wurden die bäuerlichen „Volksgemeinschaften“ in „eigenverantwortliche Haushaltssysteme“ umgewandelt, was unmittelbar zur Steigerung der landwirtschaftlichen Produktion führte. Die Kleinstparzellen konnten allerdings die neuen, eigenverantwortlich wirtschaftenden Bauernfamilien nur schwer ernähren. Da bedurfte es bloß der staatlich verordneten Lockerung strikter heimatrechtlicher Restriktionen, um einen Migrationsfluss von „überschüssigen“ ländlichen Arbeitskräften in die Städte zu bewirken. Mit dem „Hukou“ genannten Heimatrecht, das auch Aufenthaltsgenehmigungen in den



einzelnen Provinzen regelt, wird Politik gemacht. Die vielfältigen Ausprägungen des Hukou geben Behörden ausreichend Mittel in die Hand, um Millionen von Menschen als Wanderarbeiter von Provinz zu Provinz zu verschieben. Wer z.B. kein Hukou für Shanghai besitzt, hat keinen Anspruch auf Sozialleistungen, darf seine Kinder nicht in die staatliche Schule schicken, kein Auto anmelden etc. Dabei wird das Hukou fein portioniert verteilt. So ist es Gemeinden möglich, gewisse Heimatrechte für Zuzügler zu vergeben. Dann darf der eine seine Familie nachbringen, die andere ihren PKW anmelden, wieder ein anderer glücklicher Teil-Hukou-Besitzer eine Sozialversicherungskarte der entsprechenden Provinz beantragen.

Die Kontrolle des Heimatrechtes ermöglicht indirekt auch eine Regionalpolitik. Wenn nämlich beispielsweise die fortgeschrittenen Industriezentren im pazifischen Osten höhere Sozialleistungen einführen, wie es zur Zeit gerade in spürbarem Ausmaß passiert, dann können über die Verweigerung des Hukou für Millionen von Wanderarbeitern Industrien gezwungen werden, den niedrigen Löhnen im Landesinneren nachzureisen. „Go West“ heißt dementsprechend die staatliche ausgegebene Direktive für Investoren. Scharenweise ziehen vor allem arbeitsintensive Industrien ins Landesinnere. Dort betragen Sozialversicherungsbeiträge nur ein Zehntel von jenen, die in Küstengebieten anfallen. Vor allem die Bekleidungsindustrie folgt pflichtbewusst den staatlichen Vorgaben und rückt nach Westen, wenn sie nicht gleich Standorte in Vietnam oder Indonesien aufbaut.

Daoistisches Harmoniestreben

Die sozioökonomischen Ingredienzien des Wirtschaftswunders werden von für Europäer fremd anmutenden kulturellen Bestandteilen begleitet. Die Rede ist z.B. von der konfuzianisch überlagerten daoistischen Harmoniesucht bei gleichzeitig unbändigem persönlich-familiären Aufstiegswillen. Dissens kommt darin nicht vor, und wenn doch, wird er nicht gezeigt. Politisch wirkt sich dieses Harmo-

niebedürfnis im Prinzip der sozialen Stabilität aus. Mediatoren sind eine viel gefragte, überall im Einsatz befindliche Berufsgruppe. Sie sollen garantieren, dass nicht passiert, was nicht sein darf: nämlich Unzufriedenheit. Schlechte Arbeitsbedingungen oder Lohnrückstände rufen bei der leisesten Äußerung – und nur eine solche, in der Regel indirekt formulierte, ist gesellschaftlich erlaubt – einen Manager des Ausgleichs auf den Plan. Das „Missverständnis“ wird in endlosen Gesprächen aus dem Weg geräumt, jedenfalls in der Theorie.

Die Folgen der fehleranfälligen Schnittstelle zwischen technischer Machbarkeit und menschlichem Können füllen chinesische Medien regelmäßig mit Katastrophenmeldungen. Im Juli 2011 war es vor allem das Zugunglück von Wenzhou, südlich von Shanghai gelegen, das eine heftige politische Debatte auslöste. Dort fuhren nach einem Blitzschlag zwei superschnelle Züge ineinander. Die auf eigenen Stelzentrassen mit Geschwindigkeiten von 360 Stundenkilometern dahinbrausenden Garnituren sind der Stolz chinesischer Eisenbahntechnologie. Aufträge aus den USA bestätigen zumindest deren Konkurrenzfähigkeit. Das Zugunglück von Wenzhou mit 40 Toten und 190 Verletzten warf Fragen hinsichtlich der gesamten Wachstumsphilosophie auf. Stimmen, die nach einem Abbremsen der Entwicklung riefen, wurden – wieder einmal – lauter. Die gleichzeitig auf einen neuen Höhepunkt zutreibende Verschuldungskrise der USA sowie die Talfahrt der Weltleitwährung, die den weltgrößten Dollar-Gläubiger mit sich zu reißen drohen, lenken das Augenmerk in Richtung einer stärkeren Binnenmarktentwicklung.

Scheinbar grenzenlos nach oben

Trotz Selbstkritik und Korrekturmaßnahmen fehlt nicht nur die Erkenntnis, dass jedem Höhenflug eine Talfahrt folgt. Auch Verlierer der Modernisierung scheint es in offizieller Wahrnehmung keine zu geben. Mehr als zweihundert Millionen Wanderarbeiterinnen und -arbeiter, die zusammengepfercht in

Containern und schnell errichteten Heimen nach 10- bis 12-stündigen Arbeitstagen (gesetzlich erlaubt sind nur 8 Stunden) auf ihre Stockpritschen fallen, gelten im Sprachduktus der Partei als Nachholer einer Entwicklung, die scheinbar grenzenlos nach oben führt. Und für jene Gemeinden vor allem im Landesinneren, die unter extremer Verschuldung leiden, ist eine bessere Zukunft – zumindest ideologisch – vorgezogen.

Die Mär vom „Aufbau des Sozialismus“ steht unbeeindruckt von der Realität in Gebrauch. Nach dieser befindet sich China in der Phase der „sozialistischen Marktwirtschaft“, die 2049 – dem 100. Jahrestag der Gründung der Volksrepublik – in einen „neuen Sozialismus“ münden soll. Dem Druck des Kapitals gibt sich die Partei gewachsen, obwohl der Augenschein dagegen spricht. Demnächst, so hört man es auch von Ökonomen wichtiger Universitäten, könnten beispielsweise auch Grund und Boden privatisiert werden. Wenn dann noch die strategischen Branchen ihren staatlichen Monopolcharakter abstreifen, hätte die KPCh ihre modernisierende Aufgabe erfüllt, den ursprünglichen Akkumulationsprozess im neo-merkantilistisch-planwirtschaftlichen Sinn begleitet. Sie könnte die Gesellschaft in die Phase der reinen Kapitallogik entlassen.

Oder wir linken Analytiker irren (wieder einmal) und China zeigt der Welt den Weg in einen neuen, autoritär geführten, verteilungsgerechten Sozialismus. Wahrscheinlicher ist eine Mischung der schlechten Eigenschaften aus beiden Modellen und heraus kommt ein neuer Kapitalismus ohne bürgerlich-liberales Beiwerk, der die Jahrhunderte der mühsamen atlantischen Akkumulation als Vorgeschichte zur eigenen, chinesischen Zentrumsbildung begreift.

Hannes Hofbauer lebt als Autor und Vortrager in Wien. Im Sommer 2011 besuchte er Shanghai.

Ngai Pun/ Huilin Lu, *Neoliberalism, Urbanism and the Plight of Construction Workers in China*. In: *World Review of Political Economy*, Vol. 1, 2010. London

„Every day is a big day“

Ägypten, das Militär und die Klassenfrage

Alexis J. Passadakis

6

„Inzwischen ist völlig klar: Wir hatten mehr Rechte und Freiheit unter Mubarak als unter dem SCAF“, twitterte die ägyptische Aktivistin @fazerofza-night aka Shahira Abouellail im August inmitten des Ramadans. SCAF bedeutet *Supreme Council of the Armed Forces* und ist das Machtzentrum der Militärdiktatur.

Dieses wurde nach dem Sturz von Machthaber Mubarak installiert. Während des Fastenmonats waren keine neuen Massenproteste auf dem Tahrir-Platz in Kairo geplant, aber der Kampf gegen die vor allem durch die Armee betriebene Konterrevolution geht weiter.

Etwa 12000 Ägypter wurden seit Februar vor Militärgerichte gestellt und viele zu langjährigen Haftstrafen verurteilt – ohne Appellationsmöglichkeit. Folter häufig inbegriffen. Einige, weil sie bei Protesten festgenommen wurden, andere, weil sie die Streitkräfte kritisiert haben. Manche waren schlicht beim Einkaufsbummel zur falschen Zeit am falschen Ort und wurden einfach mitgenommen.

Shahira Abouellail, 32, ist eine der treibenden Personen der Kampagne No Military Trials – Keine Militärprozesse! Nach einer Veranstaltung in Kairo sitzt sie später am Abend im Foyer des Gebäudes der Journalistenvereinigung auf der Kante eines tiefen Sessels. Der Körper angespannt, die Unterarme auf die Knie gestützt. Das iPhone, die Zigarettenschachtel und ein Feuerzeug liegen in Griffweite. Ihr Blick ist konzentriert und direkt. In jedem Satz schwingt mit, dass es ihr um viel geht:

„Der SCAF, er ist das Spiegelbild des alten Regimes. Mit den Verhaftungen

versucht er, unsere Revolution zu steuern. Unsere Kampagne heißt NoMilitary-Trials. Wir versuchen herauszufinden, wer in den Gefängnissen gelandet ist, wann Verfahren stattfinden. Einige Rechtsanwälte können in die Gefängnisse hereinkommen, dort bekommen sie dann Listen mit weiteren inhaftierten Aktivisten zugesteckt. Es ist wie ein Schneeballsystem, so wissen wir, wer inhaftiert wurde. Inzwischen haben wir Tausende von Namen. Dann können wir Beschwerde einreichen und juristische Betreuung organisieren.

Wir sammeln Zeugenaussagen. Die verbreiten wir über Twitter, über Blogs und machen Youtube-Clips und Pressekonferenzen. Wir arbeiten uns Schritt für Schritt vor, um die Hegemonie des Militärs in der Öffentlichkeit zu brechen. Wir sind nur eine Handvoll Leute, aber unsere Arbeit ist sehr effektiv.“

Bisher streitet der Militärerrat in seinen regelmäßig auf seiner offiziellen Facebookseite veröffentlichten Statements den politischen Charakter der Verhaftungswellen ab. Die Generäle behaupten, dass lediglich Kriminelle vor Militärgerichte gestellt werden, die wegen bewaffneten Überfalls oder Vergewaltigung angeklagt werden. Dass Soldaten übermäßige Gewalt oder Folter anwenden, wird ins Reich der Phantasie verwiesen:

„Zu Beginn gelang es uns kaum, in die großen Medien gekommen. Aber das gelingt uns zunehmend besser. Es war und ist ein Problem, dass wir bei dem Sturz Mubaraks keine große Zeitungsredaktion oder Fernsehsender besetzt haben. Das würde uns jetzt helfen. Trotzdem sind wir inzwischen relativ mächtig. Ich denke, der SCAF ist wegen

der Informationen, die wir veröffentlichen, sehr nervös.“

Die Wahrnehmung der Kampagne ist inzwischen beträchtlich. Seit Anfang August hat Yousri Fouda, Anchor beim Sender ON TV, damit begonnen, Video-clips von Journalisten und Bürgern, die Vorfälle von Folter durch die Armee dokumentieren, in das Programm aufzunehmen. Inzwischen haben sich sogar die Jugendorganisation der Muslimbrüder und diverse liberale Parteien ablehnend gegenüber den Militärgerichtsverfahren positioniert:

„Es passiert jeden Tag sehr viel, jeder Tag bringt etwas völlig Neues: Every day is a big day. Was die Armee mit den Aktivisten macht, ist oft sehr hart. Aber es ist wichtig zu wissen, dass Folteropfer nicht wegen ihrer Vergehen gesucht werden, sondern wegen ihres sozialen Status. Gefoltert werden vor allem Leute aus ärmeren Schichten, die keine Ressourcen haben sich zu wehren. Das Militär sucht sich die Hilflosen aus. Es ist eine Klassenfrage. Die Militärs verstehen auch nicht, dass sich Leute wie wir aus der Mittel- und Oberschicht um die Gefolterten kümmern. 'Was interessieren euch diese Leute?', haben sie uns gefragt.“

Der größte Teil der Aktivisten vom Tahrir-Platz ist zwischen 20 und 30 Jahre alt. Sehr viele leiden unter post-traumatischen Stressstörungen. Viele müssen Tod, Verletzungen oder Folter verkraften. Oft müssen sie unter Zeitdruck schwerwiegende Entscheidungen treffen. „Das ist die neue Normalität“, erklärt Shahira Abouellail.

„Als ich noch ins College gegangen bin, war ich aktiv und ging zu Demos. Aber diese wurden immer von der Polizei

zerschlagen. Es hat zu nichts geführt. Es war immer das Gleiche. Politisch habe ich mich dann für lange Zeit zurückgezogen. Bis zum Januar. In den ersten Tagen nach dem Start der Massenproteste am 25. war ich euphorisiert, viel hoffnungsvoller als jetzt. Aber ich bin weiter optimistisch.

Ich arbeite an der Uni, in der Verwaltung und mache dort Lehrpläne. Fast bin ich entlassen, worden, weil ich auch während der Arbeitszeit aktiv bin. Denn ich habe das zentrale Handy der Kampagne und das benutze ich auch während der Arbeitszeit. Es ist mir egal, wenn sie mich entlassen. Darauf nehme ich keine Rücksicht. Mit dem Beginn der Proteste in den Januartagen ist die Realität in unser Leben eingeschlagen: Reality has hit. Vielen ist inzwischen klar, das der Sturz Mubaraks noch nicht die Revolution war. Stattdessen sind wir in einem revolutionären Prozess. Es wird ein lebenslanger Kampf bleiben. Aber es gibt gerade dieses window of opportunity. Deshalb agiere ich zur Zeit weit jenseits meiner physischen Kräfte. Oft läuft mein Tag so ab, dass ich höchstens vier Stunden schlafe. Um 5.30 Uhr muss ich aufstehen – ich brauche anderthalb Stunden für meinen Weg zur Arbeit.“

Ein Anruf reißt Shahira aus ihrem routinierten Redefluss. Zuvor wurde sie vier Tage lang von einem britischen Fernsehteam begleitet, das eine Reportage über Frauen in der ägyptischen Revolution dreht. „Ehrlich gesagt, habe ich nicht

ganz verstanden, was sie von mir wollten. Die Revolution mache ich nicht als Frau, sondern als Staatsbürgerin. Auf dem Tahrir-Platz spielte das Geschlecht keine Rolle – es ging um universelle Prinzipien.

Ja, ich versuche mich zu entspannen. Aber ich weiß, dass es wirkliche Ruhe erst dann geben wird, wenn dieses Fenster sich geschlossen hat. Dann werde ich mir einen langen Urlaub nehmen. Es gibt ein paar gute Freunde um mich herum, die nicht direkt in das involviert sind, was ich tue. Die passen ein wenig auf mich auf. Ich wurde schon geschlagen, bei einer Veranstaltung waren Provokateure. Sie haben Stühle nach mir geworfen. Durch den Hinterausgang bin ich geflüchtet. Mit einem Kopftuch, um draußen nicht erkannt zu werden.

Meine Mutter hasst, was ich tue. Sie hat Angst um mich. Aber sie ist auch

gegen die Armee. Für eine Frau aus ihrer Generation ist das schon bemerkenswert. Meine Geschwister unterstützen mich, sagen aber auch, dass ich nicht zu weit gehen soll. Viele Freunde schicken mir unterstützende SMS. Das hilft.

Im übrigen gibt es verschiedene Positionen, wie wir mit dem Militär umgehen sollen. Einige sprechen von Verhandeln. Ich denke, man muss attackieren. Für mich gibt es da keine Wahl. Ich erkannte den SCAF nicht an. Er ist nicht gewählt und daher nicht legitim. Ich gebe nicht nach. Ich werde nicht aufhören, bis sie aufgehört haben.“

Aufgezeichnet von **Alexis J. Passadakis**. Er ist Mitglied im Koordinierungskreis von Attac.



Eurorettung heißt:

Abbau von sozialen

Einheitliche Währungsunionen können zusammenbrechen und Regionen mit einer Einheitswährung oder fest miteinander verbundenen Währungen können wieder durch einzelne Länder mit nationalen Währungen ersetzt werden. Dies war bei der 1865 gebildeten *Lateinischen Münzunion* der Fall – ein Verbund von Frankreich, Belgien, der Schweiz, Italien und Griechenland, mit fixen durch Gold und Silber gedeckten Wechselkursen, der 1926 zerbrach. Es traf auf die *Skandinavische Münzunion* zu, ein fixes Wechselkurssystem von Dänemark, Norwegen und Schweden,

sondere zur Skandinavischen Münzunion: Die Länder, die im EWS währungspolitisch verbunden waren und die mit dem Euro heute verbunden sind, weisen weit größere strukturelle Unterschiede auf, als es solche in der Skandinavischen Münzunion gab.

Vieles spricht gegenwärtig dafür, dass die Eurozone zerbrechen wird und dass bestenfalls ein Kernbereich um Deutschland herum mit einer Einheitswährung übrig bleibt. Die innere Dynamik des Zersetzungsprozesses ist bereits weit fortgeschritten. Dort, wo die Krise ihren Ausgangspunkt nahm, in Griechenland, wird sie sich verschärfen – just aufgrund der Politik, die der IWF und die EU im engen Bündnis mit der PASOK-Regierung gegenüber der griechischen Bevölkerung betreiben. Nicht zuletzt wird eine neue weltweite Wirtschaftskrise, wie sie sich mit den Kursstürzen an den Weltbörsen und in den Realwirtschaften der Eurozone und der USA abzeichnet, die divergierenden Kräfte in der Eurozone verstärken und voraussichtlich den Bruch herbeiführen.

Nun gibt es sympathische Leute, die gute Gründe dafür anführen, dass der Euro durch Linke und Demokraten verteidigt werden müsse. Die Existenz einer solchen Einheitswährung sei ein historischer Fortschritt. Damit werde unter anderem der Friede in Europa garantiert. Notwendig sei das Prinzip der innereuropäischen Solidarität. Dazu gehöre neben gemeinsamen europäischen Schuldverschreibungen, Eurobonds, in Deutschland auch eine deutliche Steigerung der Arbeitseinkommen und damit die Stärkung der Binnennachfrage und ein Abbau der hohen Überschüsse in der Handels- und in der Leistungsbilanz. Diese Position läuft auf einen „guten Euro“ als dem zentralen Bestandteil eines friedlichen und solidarischen Währungsraums hinaus. Die ehemals im fortschrittlichen Lager vielfach verwandte Vorstellung, bei dem EU-Projekt handle es sich um

„ein Europa der Bosse und Banker“, taucht in diesen Debatten kaum mehr auf.

Ich glaube jedoch, dass gerade das Projekt Euro ein Projekt der Bosse und Banker ist. Und dass dieses Projekt und seine nächste Konkretisierung mit Eurobonds einem massiven Angriff gleichkommt erstens auf die sozialen Standards, zweitens auf die demokratischen Rechte und dass dies drittens mit Aufrüstung und Kriegen verbunden ist.

Der Euro als kapitales Projekt

Selbstverständlich gibt es im konservativen Lager Leute und Institutionen, die Forderungen aufstellen, die die Eurozone zum Kollaps bringen. Das aufgeklärte Bürgertum und vor allem das große Kapital verfolgt jedoch die Linie, die Eurozone und den Euro als Währung zu verteidigen – und die Krise gezielt für die Durchsetzung spezifischer Unternehmerinteressen zu nutzen. Ende Juni, zum Auftakt der neuen Phase der Euro-Krise, schalteten 50 der größten deutschen und französischen Unternehmen („die Verantwortung für 1,5 Billionen Euro Umsatz und über fünf Millionen Mitarbeiter weltweit tragen“) in fast allen großen Tageszeitungen in Deutschland und Frankreich eine ganzseitige Anzeige unter der Überschrift „Der Euro ist notwendig“. In dem Text wird ausdrücklich die gesamte Eurozone verteidigt und auch „der Ausschluss von Mitgliedsländern oder die Teilung der Gemeinschaft in eine Nord- und eine Südunion“ als „der falsche Weg“ bezeichnet. Unmissverständlich heißt es dort: „Wir als deutsche und französische Unternehmen weisen mit allem Nachdruck auf die immensen Vorteile hin, die der gemeinsame Währungsraum gebracht hat.“ Der Euro müsse „gestärkt aus der Krise hervorgehen“, unter anderem durch eine enge „Koordination der Wirtschafts- und Haushaltspolitik“ der Eurozonen-Staaten, durch „solide Staatsfinanzen“ und mit der Einführung von „Sanktionen“, die „frühzeitig und so effektiv wie möglich greifen.“²

das mit Gold gedeckt war, 1872 gegründet wurde, mit der Aufgabe der nationalen Währungen und der Einführung einer Einheitswährung (1 Krone = 100 Öre) verbunden war. Diese Währungsunion zerbrach 1924. Und es war beim *Europäischen Währungssystem (EWS)* der Fall, das 1979 gebildet wurde und das im Sommer 1993 zerschellte. Das EWS ist für die aktuelle Eurozonen-Krise insofern lehrreich, als bei seinem Scheitern deutlich wurde, wie stark die im EWS-Raum vorhandenen unterschiedlichen Wirtschaftsdynamiken waren und welch enormer Abwertungsbedarf sich in den strukturschwachen EWS-Ländern – weitgehend dieselben, die heute die schwächsten Euroraum-Staaten sind – aufgestaut hatte. Selbst der französische Franc war am Ende um ein Drittel gegenüber der DM abgewertet.¹

Im Fall des EWS und des Euro-Raums gibt es einen großen Unterschied insbe-



und demokratischen Standards

Angriff auf soziale Standards

Ein wesentliches Ziel, das mit der „Verteidigung des Euro“ verbunden ist, ist der Angriff auf Arbeitseinkommen und soziale Standards. Die Programme, die der IWF und die EU der Bevölkerung in Griechenland, Portugal und Irland auferlegten und die sie in Spanien befürworteten, laufen alle auf einen radikalen Abbau des öffentlichen Sektors, Senkung der Arbeitseinkommen und längere Arbeitszeiten hinaus. Als Deutschlands Bundespräsident Christian Wulff bei dem Treffen der Wirtschaftsnobelpreisträger in Lindau Ende August Lettland als „Vorbild“ für eine solide Wirtschafts- und Haushaltspolitik nannte, war dieser keineswegs, wie dort vor Ort Joseph Stiglitz meinte, „schlecht informiert“. In Lettland schrumpfte das Bruttoinlandsprodukt 2009 um ein Fünftel; die öffentlichen Gehälter wurden um ein Viertel abgesenkt. Solche Ziele hat nicht nur Herr Wulff im Auge – es sind die Zielsetzungen der Bosse und Banker für die gesamte Eurozone.

Hochgerüstete EU

Zur gleichen Zeit, in der die Troika in Griechenland den Wirtschaftskrieg führt, führte die Nato den Krieg in Libyen. Es handelte sich vor allem auch um eine Show der europäischen Rüstungsindustrie. Drei Kampfflugzeuge von drei EU-Rüstungskonzernen flogen Tag für Tag ihre Angriffe – was auf den Websites der Konzerne EADS (= Eurofighter), Daussault („Rafale“) und Saab (= Gripen) auch heute noch werbewirksam präsentiert wird. Auf dem Höhepunkt dieses Krieges erklärte die EU-Kommission, man werde einen neuen Anlauf unternehmen, um „ein eigenes Hauptquartier“ – unabhängig von der Nato – „einzu-richten“, von dem aus „alle militärischen

Einsätze mit EU-Truppen zukünftig geleitet“ werden sollen. Vor allem zielen die Maßnahmen zur „Rettung des Euro“ auf einen massiven Abbau von Demokratie. Die nationalen Parlamente in Euroland sollen möglichst nur einmal und verallgemeinernd über den „Europäischen Rettungsschirm“ (EFSF) abstimmen. Danach soll der reale Einsatz von hunderten Milliarden Euro nur in einem kleinen Kreis entschieden werden – just so, wie bereits bei den nationalen Bankenrettungsprogrammen 2008/2009 praktiziert. Die Europäische Zentralbank, die ohnehin keiner demokratischer Kontrolle unterliegt,

erklärte inmitten der Krise, man wolle „professionelle Hilfe“ in Anspruch nehmen, um auf mögliche Staatsbankrotte vorbereitet zu sein. Die EZB schrieb fünf *private* Finanzinstitute an mit der Aufforderung, sich für eine ständige Beratung der EZB zu bewerben.³ Im Klartext: Private Banken trugen als Kreditverpackungs-Industrie maßgeblich zu der weltweiten Krise 2008/ 2009 bei. Staatliche Institutionen paukten diese Privatiers mit bis zu zwei Billionen Dollar an Steuergeldern wieder heraus. Und jetzt sollen es ausgerechnet private Finanzinstitute sein, die die zentrale öffentliche Institution in Euroland in der Krise „beraten“, das heißt, die die EZB im Interesse der Bosse und Banken steuern werden.

Je tiefer die Krise, desto offener wird uns erklärt, Demokratie sei bei dieser Art

Ökonomie fehl am Platz. Bei „Panikschüben“ im weltweiten Finanzsektor müssten einige wenige beherzt und schnell reagieren. Die vielfach zitierten „notwendigen Strukturreformen“ werden inzwischen auch auf die Demokratie bezogen. Josef Joffe, Herausgeber der Wochenzeitschrift *Die Zeit*, verfasste im August einen Gastbeitrag im *Handelsblatt*. Nach vielfachem Klagen über die zu hohen Sozialabgaben, heißt es dort: „Wir, die Bürger, müssen auf Entziehungskur gehen. Das Problem liegt leider auf der Hand: Ein Betrieb lässt sich manchmal sanieren. Aber wer saniert die Demokratie?“⁴

9



Winfried Wolf ist Chefredakteur von Lunapark21 und Verfasser des Buchs *Sieben Krisen – ein Crash*, erschienen bei Promedia, Wien.

Anmerkungen:

1 Siehe Seite 38ff.

2 Das Dokument ist von den Top-Leuten der wichtigsten deutschen und französischen Konzerne unterzeichnet, aus Deutschland sind dies: Deutsche Post, Deutsche Bank, BASF, ThyssenKrupp, Roland Berger, Rewe, Burda, Continental, Allianz, Evonik, Bosch, SAP, Siemens, Deutsche Telekom, Oetker, Linde, BMW, E.on, und Daimler.

3 Siehe D. Riedel / R. Landgraf, „Privatbank soll EZB-Chef beraten“, in: *Handelsblatt* vom 11. Juli 2011.

4 In: *Handelsblatt* vom 11. August 2011.

Die Chancen der Euro-Krise

10

Lucas Zeise

Die Krise des Euro, des europäischen Finanzsektors und der Staatsfinanzen ist in diesem Sommer in neue Dimensionen gewachsen. Abzulesen ist das an der rasanter werdenden Folge der Krisensitzungen der Regierungschefs, Finanzminister, Notenbanker und EU-Kommissare in Brüssel, an den länger werdenden Sitzungen, an den steigenden Marktzinsen für die Schuldenpapiere von immer mehr Euroländern, schließlich sogar an den Aktienkursen. Ein paar Tage nach jener Brüsseler Konferenz am 21. Juli, die einige Beschlüsse gegen die vorher öffentlich bezogene Position der Bundesregierung fasste, sackten die Kurse auf breiter Front nach unten.

Man muss den Kursschwankungen an den Börsen keine übertriebene Bedeutung beimessen. Als Indikator für Profitserwartungen sind sie tauglich. Die aktuellen und potenziellen Aktienbesitzer machten sich plötzlich akute Sorgen um die Gewinne – zunächst der Banken, dann aber natürlich auch der Unternehmen der Realwirtschaft. Sie machen sich Sorgen, dass Banken Pleite gehen und Staaten. Sie haben Grund zur Sorge.

Im Folgenden einige *Thesen* zu den Ursachen der Euro-Krise und ihre möglichen Folgen:

1. Die Währungsunion ist ein Produkt des europäischen Kapitals. Sie hat den Zweck, die Profitabilität der in Europa siedelnden Kapitale zu erhöhen. Sie ist auch eine Abwehrmaßnahme gegen die Übermacht der USA und des Dollars.

2. Der Vorteil eines großen Währungsraumes besteht darin, dass die beteiligten Volkswirtschaften sich weitgehend den irrationalen Bewegungen der Finanzmärkte, speziell des Devisenmarktes, entziehen können. Die Kapitalisten aus Industrie und Handel können innerhalb des Währungsraumes ihre Waren verkaufen, ohne fürchten zu müssen, wegen des Kursverfalls in einem anderen Land plötzlich viel weniger zu Erlösen oder dort gar nicht mehr verkaufen zu können. Das Gebiet, in dem der Euro als Währung gilt, ist wie ein großer nationaler Binnenmarkt.

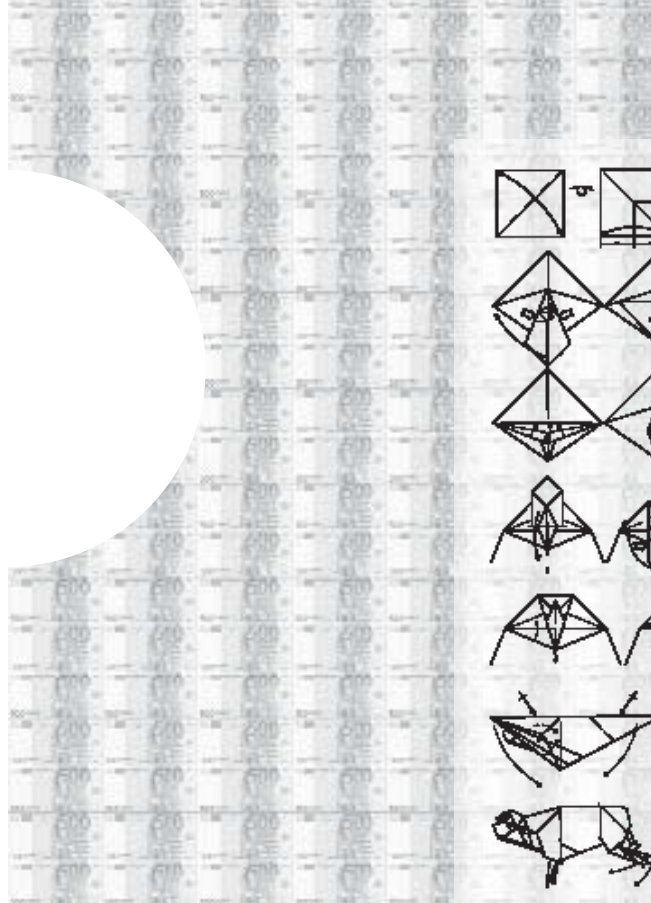
Ein großer Währungsraum bietet einen weiteren Vorteil. Die Kapitalisten und ihr Staat können sich einfacher und billiger selbst finanzieren. Diese Finanzierung ist weniger abhängig von den irrationalen Bewegungen der Finanzmärkte. Ein großer Währungsraum kann sich notfalls auch vom internationalen Kapitalmarkt abkoppeln.

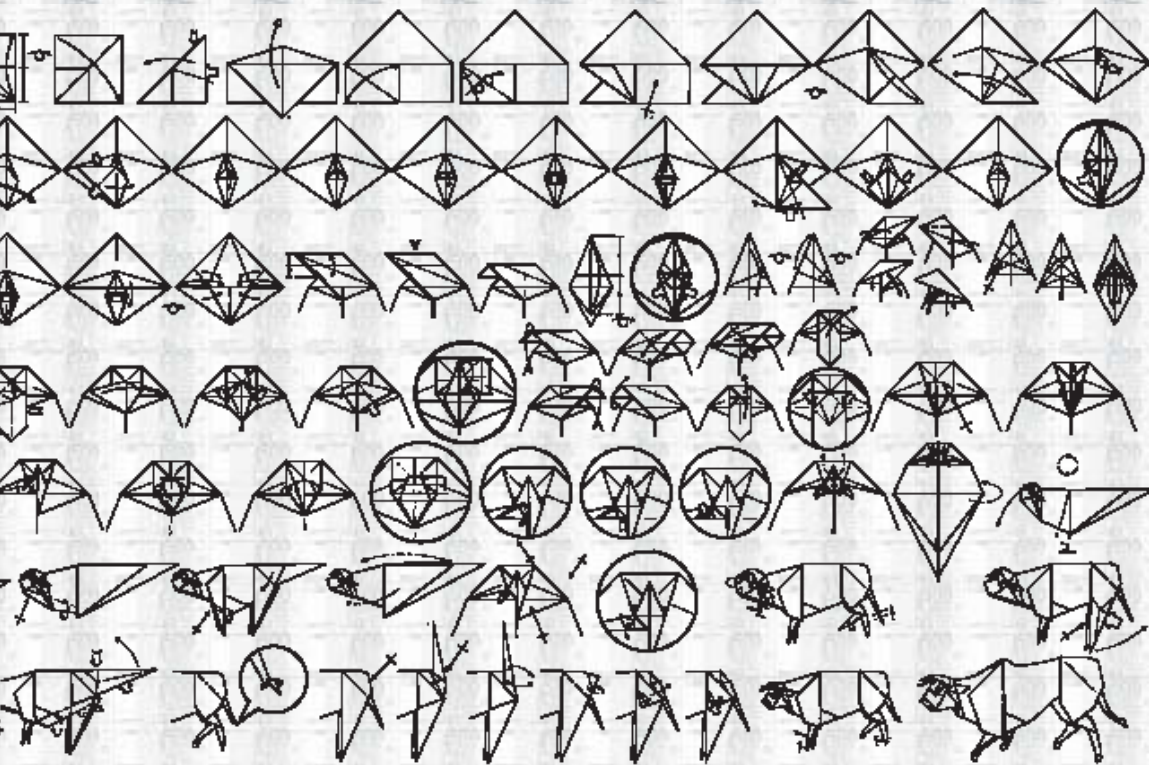
Die Europäische Währungsunion wurde also nicht geschaffen, um, den Frieden in Europa zu sichern, ebenso

wenig auch, um Frankreich einen Gefallen zu tun, sondern um handfester ökonomischer Vorteile willen.

3. Indem eine Währungsunion dem Zweck der Schaffung eines gemeinsamen, offenen Marktes dient, reißt sie Handelsschranken ein. Hinter eigenen, eventuell immer mal wieder abgewerteten Währungsschranken konnten ähnlich wie mit Zöllen zuvor auch schwache Kapitalisten einen jeweils heimischen Markt vor der Konkurrenz starker Ausländer schützen. In einer Währungsunion gilt unmittelbar das kapitalistische Gesetz, wonach die Starken immer stärker und die Schwachen immer schwächer werden und untergehen. Die Währungsunion dient also insbesondere dem starken Kapital in Europa. Es ist von ganz besonderem Nutzen aber für exportorientierte Kapitalisten. Diese finden sich besonders häufig in Deutschland und einigen angrenzenden Gebieten.

4. Das Gesetz, wonach in einem offenen Markt mit gemeinsamer Währung die Schwachen untergehen, wird in der üblichen kapitalistischen Realität durch die Existenz des Staates abgeschwächt, dessen Hoheitsgebiet in der Regel mit dem Währungsgebiet zusammenfällt. Es finden innerhalb eines funktionierenden kapitalistischen Staates Transferleistun-





gen verschiedener Art statt. Deren wichtigste sind eine einheitliche, möglichst progressive Besteuerung und einheitliche Sozialsysteme. Dazu kommen staatliche Investitionen oder Investitionszuschüsse, die Verteilung des Beamtenapparats in der vernachlässigten Provinz, Steuervergünstigungen im Zonenrandgebiet, Notopfer Berlin oder ähnliche Dinge. Ohne staatliche Transferleistungen würden die ärmeren Regionen noch stärker ausbluten als das ohnehin der Fall ist. Anders ausgedrückt, eine Währungsunion kostet auch die Starken etwas, soll sie denn bestehen bleiben.

Möglichst billig

5. Die deutschen Kapitalisten und ihre Regierung wollten eine möglichst billige Währungsunion, in der die eigentlich erforderlichen quasi-staatlichen Transferleistungen nicht vorgesehen waren. Mit dem Vertrag von Maastricht gelang es 1992 der Regierung Kohl, eine solche Währungsunion durchzusetzen. Es wurde nur eine zusätzliche europäische Institution vorgesehen, die Europäische Zentralbank (EZB), die wie in Deutschland zuvor die Bundesbank, von politischen Weisungen der Parlamente und Regierungen völlig freigestellt wurde. Die Wirtschaftspolitik im Gebiet der

Währungsunion sollte sich demnach auf die von dieser EZB betriebene Geldpolitik reduzieren. Ist dies schon verrückt, so setzten Kanzler Helmut Kohl, sein Finanzminister Theo Waigel und Bundesbankpräsident Hans Tietmeyer kurz vor Inkrafttreten der Währungsunion jenen Stabilitäts- und Wachstumspakt durch, der den Euro-Staaten das Ausmaß zulässiger Verschuldung vorschrieb. Damit sollte Transferleistungen vorgebeugt werden. Besonders hoch verschuldete Staaten sollten im Gegenteil ihrerseits mit Strafzahlungen an die Brüsseler Gemeinschaftskasse zusätzlich belastet werden. Mögliche Leistungs- oder Han-

Anzeige

Rotpunktverlag
www.rotpunktverlag.ch

Marcel Hänggi
Ausgepowert
Das Ende des Ölzeitalters
als Chance

160 Seiten, Klappenheft
1. Auflage 2011
ISBN 978 3 85809 446 4
EUR 24,-



Zurück in die Zukunft

Die Frage, von wo wir die Energie für unser Leben beziehen, hat wieder an Aktualität gewonnen. Erneuerbare Energien – so lautet das neue Zauberwort. Marcel Hänggi geht in eine andere Richtung: Er plädiert für einen Ausstieg aus dem Immermehr, für eine neue Gesellschaft, die weniger Energie verbraucht.

«Solche Dinge müssen gesagt werden, damit man endlich aufhört, sich eine nachhaltige Zukunft so vorzustellen wie die Rama-Bilder der Solarindustriewerbung. Ein wichtiges Buch, das die Chancen moderner Gesellschaften am Ende des Erdölzeitalters beschreibt.»
HAZARD WILZER, DIE ZEIT

express



Ausgabe 3-4/11 u.a.:

Bernd Oliver Sünzelhauf:
»Verfassungsfeind trifft Verfassungsfrunde, Grundgesetz auf dem Prüfstand
Bankwestliche der IHS:
»Zieldiktat führt zu Zielkonflikt – »Sie müssen nicht verstehen, nur verkaufen«
Hugo Claus: »Reallöhne gesichert?, zur Tarifvereinbarung im ÖD der Länder
Kirsten Huckenbeck:
»Selbstorganisation«, Begriff, Konzepte, Erfahrungen – ein deutsch-chinesischer Austausch

Ich möchte Probelesen und bestelle die nächsten 4 akt. Ausgaben für 10 € (gg. VL.)

**Niddastraße 64
60329 FRANKFURT
Tel. (069) 67 99 84
express-afp@online.de
www.express-afp.info**



LUXEMBURG 3
WIRTSCHAFTSANALYSE UND (HAK) FRAGEN 2011

GENOSSEN SCHAFFEN
Reinhold in Delogeschäftshand
Erfahrungen aus Jugoslawien, UDR,
China | Mit Kooperationen aus der Krise
Achtstundentage und Staatsigentum
| links Staatsigentum | (Güter
Sozialismus | Eigentum vs. Demokratie

MIT BEITRÄGEN VON Doro Audern
Marta Nosa | Nina Bangsch | Heinz
Bierbaum | Tim Hunt | Veli Balka
Emily Kriewen | Jessica Hoppen
Nathanael | Alex Deminovic | Rainer
Pilling | Volker Raus | Cornelia
Möhring | Wilfried Adolph u.a.

September 2011, 150 S., www.
111,- Euro, Jahres-Abo 4 | 111,-
30,- Euro, 0111, Euro
www.zeitung-koeln.de

delsbilanzgleichgewichte zwischen den Euro-Ländern und wie mit ihnen zu verfahren sein würde, wurden in diesem Pakt nicht erwähnt.

6. Der wichtigste Anreiz für Schwachwährungsländer, am Euro teilzunehmen, waren die massiv verbesserten Finanzierungsbedingungen. Italien, Spanien, Portugal und Griechenland mussten, um ihre Industrien zu schützen, immer mal wieder die Lira, die Peseta, den Escudo oder die Drachme abwerten. Wenn Kapitalisten in diesen Ländern investierten, egal ob in Bankaktien, einer Schuhfabrik oder in Staatsanleihen, mussten sie damit rechnen, dass eine Abwertung am nächsten Wochenende oder auch erst in zwei Jahren, den Wert des Investments für sie um 5, 10 oder auch 15 Prozent verringern würde. Um diesen potenziellen Verlust, das sogenannte Währungsrisiko, auszugleichen, verlangten sie einen Risikoaufschlag. Die Bankaktie und die Schuhfabrik waren in diesen Ländern entsprechend billiger als in Hartwährungsländern und die Staatsanleihen boten deutlich höhere Renditen.

Schon als sich abzeichnete, dass diese Hochzinsländer an der Währungsunion teilnehmen würden, setzte die Spekulation ein. Weil das Währungsrisiko der Abwertung verschwunden war, ging das Zinsniveau dramatisch zurück. Spekulationskapital strömte in diese Länder. Im Vorfeld der Währungsunion und in ihren ersten Jahren erlebten die Südländer des Euro einen durch die Kapitalzufuhr angeregten Boom. Das Wirtschaftswachstum war in Spanien und Griechenland deutlich höher als in der übrigen EU. Auch Portugal und Italien wuchsen stärker als Frankreich oder gar Deutschland. Zugleich stiegen die Preise für Immobilien, Aktien, Waren des täglichen Bedarfs und auch für die Ware Arbeitskraft.

7. Während also der Süden der Eurozone einen durch Kapitalzufluss angeregten Wirtschaftsboom erlebte ging das Kapital in Deutschland, wie wir aus eigener leidvoller Erfahrung wissen, nach dem Platzen der Internetaktienblase unter der Regierung Schröder auf verschärften Restriktionskurs, Lohnsenkung und Abbau von Sozialleistungen. Die durch die

deutsche Einheit und einen etwas zu hohen DM/Euro-Umtauschkurs vorübergehend schwächer gewordenen Verwertungsbedingungen des deutschen Kapitals erholten sich dramatisch. Seine Wettbewerbsfähigkeit, wie die Kapitalisten das selber gern nennen, stieg im Vergleich zur Konkurrenz im Ausland steil an. Die Profite sprangen nach oben. Der Exportüberschuss führte zu einer dramatisch steigenden positiven Leistungsbilanz. Entsprechend stieg die Kapitalausfuhr. Das Kapital floss keineswegs überwiegend in die boomenden Südeuropaländer, sondern vielmehr in Subprime Kredite und Collateralized Debt Obligations in den USA. Per Saldo aber finanzierte der deutsche Kapitalexport zu einem Gutteil die steigenden Importüberschüsse in den Südländern und die gleichzeitig damit wachsende Verschuldung der Privaten, aber auch des Staates.

Vom Überfluss zum Mangel

8. Vermutlich wäre alles unter den Bedingungen des weltweiten Finanzbooms noch ein paar Jahre so weiter gelaufen, hätte nicht im Sommer 2007 die große Finanzkrise eingesetzt. Durch sie wandelte sich der weltweit herrschende Überfluss an Anlage suchendem Kapital in Kapital- und Liquiditätsmangel. Die für das Funktionieren des Kapitalismus zuständigen Staaten brachten gegen die absackende Nachfrage große Konjunkturprogramme in Stellung, sie stützten mit Hunderten Milliarden Dollar, Euro, Pfund, Franken ihre Banken. Ihre Notenbanken pumpten Geld ins Finanzsystem. Die riesige aufgeblähte private Verschuldung wurde auf die Staaten überschrieben oder abgewälzt. So ist es kein Wunder, dass die Bereitschaft der Kapitalisten nachließ, den schwächeren unter diesen Staaten Kredit unter den günstigen Konditionen wie bisher zu geben. Im Herbst 2009 machte die neu gewählte griechische Regierung Papandreou den üblichen Kassensturz und stellte – welche große Überraschung! – fest, dass die Vorgänger geschummelt hatten. Die Zinsen des griechischen Staates stiegen steil an. Bei hohen Zinsen, einer stark defizitären Leistungsbilanz und in der Wirtschaftskrise noch geringer werdenden Steuereinnahmen war abzusehen, dass

der griechische Staat seine fälligen Zins- und Tilgungszahlungen nicht würde leisten können. Ohne Hilfe von außen zeichnete sich seine Pleite ab. Da die anderen Euro-Länder und die EU vor allem auf Betreiben der deutschen Regierung es im ersten Anlauf ablehnten, Griechenland zu unterstützen, nahm somit die weltweite Finanzkrise die Form der Euro-Krise an.

9. Wie kommt es, dass das Problem eines kleinen Landes von nicht einmal zwölf Millionen Einwohnern die Währungsunion gefährdet? Die Antwort lautet, weil es keinen Anspruch auf Finanzhilfe der größeren Partnerländer hat, weil im Gegenteil gemäß dem neoliberalen Credo der Euro-Verträge jedes Land für seine Schuldenfinanzierung es mit den Kapitalmärkten allein aufnehmen muss, und die reicheren Länder bessere Konditionen erhalten als die ärmeren. Wenn allerdings Griechenland Pleite ginge, kann das Anlage suchende Kapital sicher sein, dass auch im nächsten Fall, sei es Irland, Portugal, Italien oder gar Frankreich keine Hilfeleistungen der Partnerländer erfolgen würden. Das wurde an den Märkten auch durchgespielt.

Danach begriff selbst die Kanzlerin, dass mit Zwangsmaßnahmen gegen Griechenland allein der Euro nicht zu retten war. Die Berliner Regierung war im Mai 2010 endlich bereit, einer Beistandslösung für Griechenland zuzustimmen. Als sich ein Jahr später herausstellte, dass der Beistand nicht reichte, war Berlin sogar bereit, die Zinsen für die geleisteten Zwischenkredite an Griechenland um zwei Prozentpunkte auf faire 3,5 Prozent zu senken. Ganz gegen die früher aufgestellten Grundsätze stimmte die Bundesregierung in der Eurokonferenz vom 21. Juli auch dem Vorhaben zu, dass der Rettungsfonds EFSF die Staatsanleihen der Euroländer kaufen und so deren Preis stützen sollte. Bis der Fonds aktiv wurde, wurde die EZB gebeten, diese Staatsanleihen zu kaufen.

10. Alle diese Maßnahmen ändern an der finanzpolitischen Fehlkonstruktion des Euro nichts. Sie dienen bisher vorwiegend dem Zweck, den Banken und Versicherungen der Kernländer des Euro die Verluste eines Staatsbankrotts oder

Schuldenschnitts zu ersparen. Sie verschieben bisher lediglich den Zeitpunkt, zu dem eine freiwillige oder erzwungene Staatspleite eines oder mehrerer Mitglieder dazu zwingt, den Euro als Währung aufzugeben und sich wieder hinter den Schutzwall einer eigenen niedrigen Währung zu begeben.

11. Das eigentliche Problem der Währungsunion, die immer größer werdende Ungleichheit der Entwicklung im einheitlichen Währungsgebiet, bleibt ungeklärt. Es wird nicht einmal versucht, dieses Problem zu lösen. Lediglich der von Frankreich immer mal wieder vorgetragene Wunsch nach einer abgestimmten europäischen Wirtschaftspolitik wurde von Berlin akzeptiert. Die deutsche Seite versteht darunter die weitere Einschränkung der Staatsausgaben und verlangt, dass die anderen Euro-Länder nach deutschem Vorbild eine Schuldenbremse in ihre Verfassungen aufnehmen. Dieses Spardiktat kann nicht funktionieren. Vielmehr wird das Euro-Gebiet auf diese Weise schnell in die Rezession, Teil II, abgleiten.

12. Die Vorteile eines großen Währungsraumes sind somit verspielt. Für das deutsche Kapital wird dieser große Binnenmarkt als Absatzgebiet wenig attraktiv, wenn die zahlungskräftige Nachfrage ausbleibt. Der Zinsvorteil der Peripherieländer ist schon seit Beginn der Finanzkrise aufgebraucht. Sie sind nun von hohen Schulden und einer zu hoch bewerteten Währung behindert. Für sie sind der Staatsbankrott und der Austritt aus der Währungsunion eine kurzfristig sehr schmerzhaft, aber wahrscheinlich bessere Strategie, als sich wie bisher den Zumutungen der Gläubiger, der EZB und der deutschen Regierungen zu unterwerfen.

13. Das Auseinanderbrechen der Währungsunion wäre auch für die Bürger der Euro-Kernländer ein Desaster mit deutlich schlimmeren Auswirkungen auf Produktion, Beschäftigung, soziale Sicherungssysteme, Staatsfinanzen und Wohlstand als die jüngste scharfe Rezession von 2008/09. Der Euro ist also nicht erhaltenswert, weil er als imperialistisches Projekt so wertvoll ist, sondern

weil die Auflösung der Währungsunion noch tiefer in die Wirtschaftskrise hereinführt.

Hier kommt das Positive

14. Angesichts des Ausmaßes der Staatsschuldenkrise wäre die Gelegenheit günstig, die Politik aus der Umklammerung durch die Finanzmärkte zu befreien. Ausgangspunkt könnte eine Umschuldung aller Staaten im Euro-Raum sein. Dabei würden alle bestehenden Schulden in neue Papiere mit einem Abschlag auf den Nennwert umgetauscht. Die Höhe des Abschlags ist weniger wichtig. Essenziell dagegen ist es, in Papieren mit gleichen Konditionen zu tauschen, deren Bedingungen nicht am Markt gefunden, sondern diktiert werden. Angemessen wären Zinssätze, die ab zwei Jahren Laufzeit etwas über der aktuellen Inflationsrate liegen. Über diese Standard-Bonds würden die Euro-Staaten auch künftig eventuell auftretende Defizite finanzieren. Die zu bedienenden Schulden der Einzelstaaten bleiben damit unterschiedlich hoch, die Zinsen dagegen wären gleich. Wie schon jetzt implizit, gälte dann explizit eine Garantie aller Euro-Staaten für die Schulden jedes Einzelstaates.

15. Das klingt gemessen an den heutigen Zuständen wie ziemlich radikales Vorgehen, ist aber in der Geschichte des Kapitalismus nicht neu. Es hätte erhebliche, im Ganzen positive Konsequenzen. Das Finanzsystem verlöre auf Dauer eine seiner wichtigsten Finanzierungsquellen. Banken und Versicherungen müssten nach politischen Kriterien selektiv gestützt werden. Finanzierungslücken müssten durch Sondersteuern auf hohe Vermögen geschlossen werden. Theoretisch ist es machbar. Denn ein großer Währungsraum kann sich gut selbst finanzieren. Die Anleger oder Rentiers haben wenig Möglichkeiten, in andere Währungen auszuweichen. Ihre Entmachtung ist möglich und nötig.

Lucas Zeise schreibt im Zwei-Wochen-Rhythmus – immer Dienstag – seine Kolumne in der Financial Times Deutschland und regelmäßig für Lunapark 21.

Kreative Selbstzerstörung?

Buchrezension von Sahra Wagenknecht „Freiheit statt Kapitalismus“

Lucy Redler

14

„Es wird Zeit, den typischen FDPlern, die von Ökonomie nicht mehr verstehen als die auswendig gelernten Sprüche aus ihren eigenen Wahlwerbungsprospekten, entgegen zu halten, wie Marktwirtschaft tatsächlich funktioniert. Und es wird Zeit zu zeigen, wie man, wenn man die originären marktwirtschaftlichen Ideen zu Ende denkt, direkt in den Sozialismus gelangt, einen Sozialismus, der nicht Zentralismus, sondern Leistung und Wettbewerb hochhält.“

Sahra Wagenknecht, *Freiheit statt Kapitalismus*, Seite 12

Als ich die ersten Besprechungen über Sahra Wagenknechts neues Buch „Freiheit statt Kapitalismus“ las, war ich wohl ähnlich erschrocken wie andere: Sahra Wagenknecht sei eine Ordoliberal* geworden und schwärme für Ludwig Erhard und andere Konservative der Vergangenheit. Wenn eine profilierte Linke einen solchen Schwenk vollzieht: Welche Ziele mögen wohl dahinter stehen?

Der Titel „Freiheit statt Kapitalismus“ ist vielversprechend: Er erinnert an die Wahlkampfparole der CDU aus dem Jahr 1976 „Freiheit statt Sozialismus“. Sahra Wagenknecht verspricht in ihrem Buch eine neue Eigentumsordnung und einen neuen, „kreativen Sozialismus“. Der Kern ihrer Argumentation besteht darin, dass der heutige „finanzmarktgetriebene Kapitalismus“ mit seinen kurzfristigen Renditeanreizen und der starken Konzentration von Macht in wenigen Großkonzernen und Banken Kreativität zerstöre und den Grundideen der sozialen Marktwirtschaft – „echtem Unternehmertum“, Wettbewerb und Leistungsgesellschaft – widerspreche. Sie zeichnet ein Bild eines idealen Kapitalismus zu Zeiten Joseph

Schumpeters, in dem ihr zufolge die Unternehmer Anreize für Investitionen verspürten und die „kreative Zerstörung“ von Kapital noch funktioniert habe.

Sie fordert „andere Eigentumsverhältnisse überall dort, wo nicht mehr Unternehmer im Schumpeterschen Sinne, sondern Kapitalisten das Wirtschaftsgeschehen dominieren.“ (S. 146)

Erstere sollen weiter unterstützt, letzteren ihr Eigentum entzogen werden. Deshalb sei eine neue Eigentumsordnung nötig. Dazu sei der Kapitalismus heute nicht in der Lage; dies könne nur der „kreative Sozialismus“.

Wagenknechts „echter Unternehmer“ bleibt jedoch ein Kunstgriff, eine moralische Kategorie. Schon Marx erklärte, dass jeder einzelne Kapitalist bei „Strafe des Untergangs“ gezwungen sei, sein Kapital immer so profitabel anzulegen wie möglich. Ihr „kreativer Sozialismus“ entpuppt sich als eine gemischte Wirtschaft mit großen staatlichen Konzernen, vielen Genossenschaften und kleinen und mittleren privaten Unternehmen, die noch für echte Innovationen stehen.

Sie schlägt die Verstaatlichung eines großen Teils der Konzerne oder Umwandlung in Mitarbeitergesellschaften vor, unter Beibehaltung des bürgerlichen Staats und der Marktbeziehungen (und damit von Konkurrenz und Warenaustausch über einen Markt).

Explizit geht es Wagenknecht nicht darum, „Marktbeziehungen zwischen den Unternehmen durch eine detaillierte Planung der gesamten Volkswirtschaft zu ersetzen“, sondern um die „Performance von Staatsunternehmen in einem Marktumfeld“. (S. 278)

Marktwirtschaft ohne Kapitalismus?

Ihr Kerngedanke gipfelt in dem Satz: „Es gibt Marktwirtschaft ohne Kapitalismus

und Sozialismus ohne Planwirtschaft.“ (S. 345) Doch genauso wie ihre Unterscheidung von „guten Unternehmern“ und schlechten Kapitalisten künstlich ist, ist ihre Trennung von Marktwirtschaft und Kapitalismus falsch.

Die heutige kapitalistische Produktion bedeutet verallgemeinerte Warenproduktion und damit Produktion für den Markt auf der Basis von Privateigentum an den Produktionsmitteln und der Ausbeutung der Arbeiter. Heute ist die Marktwirtschaft die alles dominierende Wirtschaftsform im Kapitalismus. Ein Zurück zur einfachen Warenproduktion ohne Fremdbestimmung und Ausbeutung ist nicht möglich unter Beibehaltung des Marktes und der Konkurrenz.

Natürlich kann es im Kapitalismus auch weitreichende staatliche Elemente geben, genauso wie es in einer Planwirtschaft Marktelemente geben kann. Die Grundfrage bleibt aber immer, was die vorherrschende Wirtschaftsform und in wessen Händen die politische Macht ist. Oder: Was ist die Triebfeder der Produktion: Konkurrenz und Profit und der Verkauf von Waren und damit die Realisierung des Mehrwerts über den Markt – oder die Befriedigung gesamtgesellschaftlicher Bedürfnisse durch demokratische Planung? Wagenknecht landet nicht bei Sozialismus mit Marktelementen, sondern bei sozialer Marktwirtschaft (Kapitalismus) mit hohem staatlichen Anteil. Aber ein hoher Staatsanteil macht noch keinen Sozialismus, wie wir das im früheren Libyen unter Muammar al-Gaddafi oder unter Gamal Abdel Nasser in Ägypten betrachten konnten.

Markt oder Plan

Sahra Wagenknecht will die Anarchie des Marktes nicht aufheben, sondern preist den Markt als der Planwirtschaft



überlegen. Das mutet angesichts der Weltwirtschaftskrise und dem derzeit rasant schwindenden Vertrauen in die „Segnungen des Marktes“ grotesk an. Die Autorin kommt aus einem falschen Verständnis der bürokratischen Staaten im ehemaligen Ostblock zu diesem Schluss. Ihr zufolge sind diese an zentraler Planung und der Unterdrückung des Marktes und nicht an dem Fehlen von Demokratie gescheitert. Wagenknechts Schlussfolgerung ist daher keine demokratisch geplante Wirtschaft, sondern das Festhalten an der Marktwirtschaft und damit letztendlich am Kapitalismus.

Ihre Ausführungen sind nicht neu: Auf über 350 Seiten präsentiert sie sozialdemokratische und einige wirtschaftsdemokratische Vorstellungen – gemischt mit einigen radikalen Forderungen und garniert mit konservativen Ideologien. Propagiert wird eine Position des Dritten Wegs mit einem schrittweisen Zurückdrängen des Kapitalismus. Das wollten vor ihr schon Eduard Bernstein, Fritz Naphtali und viele andere. Rosa Luxemburg und August Thalheimer haben dazu bereits Wesentliches geschrieben.

Reformen und soziale Errungenschaften können dem Kapital zwar kurzfristig abgetrotzt werden, bleiben aber unvereinbar mit dem Gesamtsystem, weil sie dessen historische Krise zuspitzen, anstatt sie – wie die Reformisten glauben – zu entschärfen und das kapitalistische Meer allmählich trocken zu legen. In der heutigen Niedergangsperiode des Kapitalismus mit begrenzterem Spielraum für Zugeständnisse und Reformen erscheint Wagenknechts Vorstellung der reformistischen Umgestaltung des Kapitalismus noch utopischer als dessen Abschaffung.

Wagenknecht geht zudem so weit, den Klassenkampf komplett auszublenden. Es bleibt völlig unklar, wie die umfassenden Verstaatlichungen durchgesetzt werden könnten.

Natürlich ist Sahra Wagenknecht mit dem Buch keine Ordoliberale geworden. Walter Eucken und Alfred Müller-Armack würden sich im Grabe umdrehen, wenn sie für die Verstaatlichung der Banken und der Energiekonzerne à la Sahra Wagenknecht herhalten sollten. Eine Parallele zu den Ordoliberalen be-

steht jedoch im Festhalten an der Marktwirtschaft und dem Leugnen von unvereinbaren Klasseninteressen. Ihre ideologischen Anleihen bei den Vordenkern der Sozialen Marktwirtschaft dienen vor allem dazu, sich von dem Ziel einer Planwirtschaft abzugrenzen und sich selbst als ideologisch offen und als Verteidigerin der Marktwirtschaft zu präsentieren. Dass dies mitten in der heißen Phase der Programmdebatte der Linkspartei erfolgt, dürfte kein Zufall sein. Ob Sahra Wagenknecht sich damit auf höhere Ämter in der Parteiführung vorbereitet oder DIE LINKE für neue Schichten im kleinbürgerlichen Milieu öffnen will, bleibt ihr Geheimnis.

Diskussionswürdig sind ihre Argumente aber allemal, wenn einem die Zukunft der politischen Linken in Deutschland nicht egal ist.

Sahra Wagenknecht: *Freiheit statt Kapitalismus*, Frankfurt am Main, Mai 2011, Eichborn Verlag, ISBN: 978-3-8218-6546-1

Lucy Redler lebt in Berlin. Von ihr erschien im September 2011 *Sozialismus statt Marktwirtschaft. Eine Auseinandersetzung mit Sahra Wagenknechts Buch "Freiheit statt Kapitalismus"*, Broschüre, 44 Seiten, 3 Euro plus Versand, zu bestellen bei: shop.sozialismus.info oder 030/24723802

* Die ordoliberale Theorie wurde vor allem von Vertretern der Freiburger Schule der Nationalökonomie (Walter Eucken, Franz Böhm u.a.) entwickelt. Dem ordoliberalen Konzept zufolge sollte der Staat einen Ordnungsrahmen schaffen, um innerhalb einer Marktwirtschaft Wettbewerb zu ermöglichen.

Joseph Alois Schumpeter (1883-1959), österreichischer Ökonom, entwickelte die Theorie der „Kreativen Zerstörung“ als Wesenszug des Kapitalismus. „Kreative Zerstörung“ von Kapital bedeutete auch schon vor hundert Jahren für die Arbeiterklasse und verarmten Massen Krieg, Armut und Elend. Das streift Wagenknecht nur in einem Nebensatz.

Fritz Naphtali (1888-1961) entwickelte in der Weimarer Republik das Konzept der Wirtschaftsdemokratie. Er war Wirtschaftsexperte beim ADGB und später Minister in Israel.

August Thalheimer: *Über die sogenannte Wirtschaftsdemokratie*, 1928; **Rosa Luxemburg**: *Sozialreform oder Revolution*, 1899

„Alle Wege des Kommunismus führen nach Moskau“, so hieß ein CDU-Wahlplakat in den 1950ern. Wie sich Ludwig Erhard in der Ästhetik gefühlt hätte? (Grafik: J.Römer)



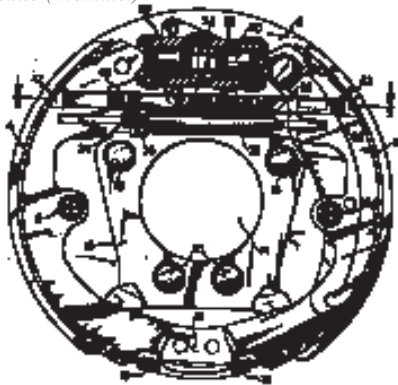
Bremse



Klassenprivilegien mit Verfassungsrang

Die Schuldenbremse als Ausdruck (neo-)liberaler Demokratiefeindlichkeit

Bremse (Trommel)



Patrick Schreiner

Im Zeichen der Wirtschafts- und Finanzkrise hatte sich im Jahr 2009 die damalige große Koalition auf eine strikte Reglementierung der Neuverschuldung von Bund und Ländern geeinigt. Diese sogenannte Schuldenbremse wurde noch im gleichen Jahr mit den Stimmen der Koalition bei Enthaltung der FDP und gegen die Stimmen der Linken und der Grünen im Grundgesetz verankert.

Fortan gilt, dass die nicht-konjunkturbedingte Neuverschuldung des Bundes ab 2016 auf 0,35 Prozent begrenzt werden muss, die Länder dürfen ab 2020 überhaupt keine nicht-konjunkturbedingten Schulden mehr aufnehmen. Von diesen strikten Begrenzungen darf nur bei Naturkatastrophen und außergewöhnlichen Notsituationen abgewichen werden. Hierbei sind wiederum strikte Mechanismen und rechtliche Hürden vorgesehen, die die Neuverschuldung begrenzen und deren rasche Rückführung erzwingen sollen.

Auf die massiven wirtschaftlichen und sozialen Verwerfungen, die mit der Schuldenbremse einherzugehen drohen, ist etwa von gewerkschaftlicher Seite sowie von kritischen Wissenschaftlern wiederholt hingewiesen worden.¹ Eine mangelnde Handlungsfähigkeit der öffentlichen Haushalte in wirtschaftlichen Schwächephasen sowie drastische Kürzungen bei den Ausgaben für Investitionen, Soziales, Umwelt und Bildung sind zu befürchten. Ebenso gravierend

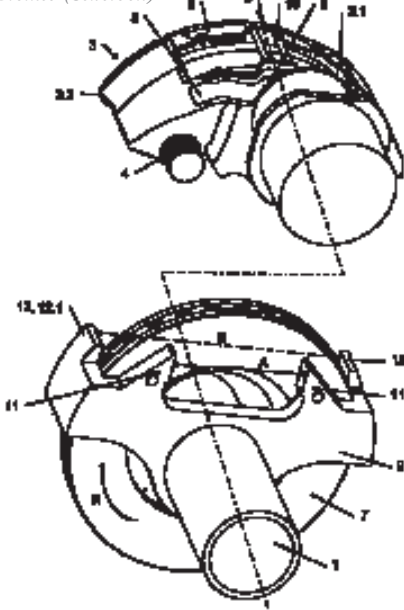
aber sind die Folgen der Schuldenbremse aus demokratietheoretischer Sicht: Sie stellt ein Projekt dar, das Privilegien der vermögenden Klasse unter Inkaufnahme eines drastischen Demokratieverlustes sichert.

Die Theorie von Friedrich August von Hayek

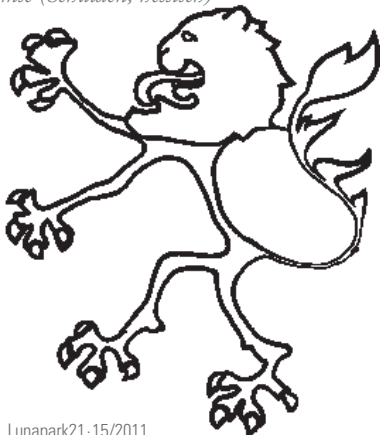
Die Gesamtkonstruktion der Schuldenbremse kommt seinen (neo-)liberalen und demokratiefeindlichen Verfassungs-ideen durchaus nahe.² Hayek schlägt vor, Parlament und Regierung um eine „Legislative Versammlung“ zu ergänzen, die dem politischen Handeln von Parlament und Regierung allgemeine, übergeordnete Regeln (und damit Grenzen) setzt. Demokratisch gewählte Parlamente und Regierungen sollen strikt an solche übergeordneten Vorgaben gebunden werden. Die Zugehörigkeit zur „Legislativen Versammlung“ will Hayek dabei an Kriterien und Hürden gebunden wissen, durch die Angehörige der Mittel- und der Unterschicht, Mitglieder politischer Parteien sowie Berufspolitikerinnen und Politiker faktisch ausgeschlossen werden.

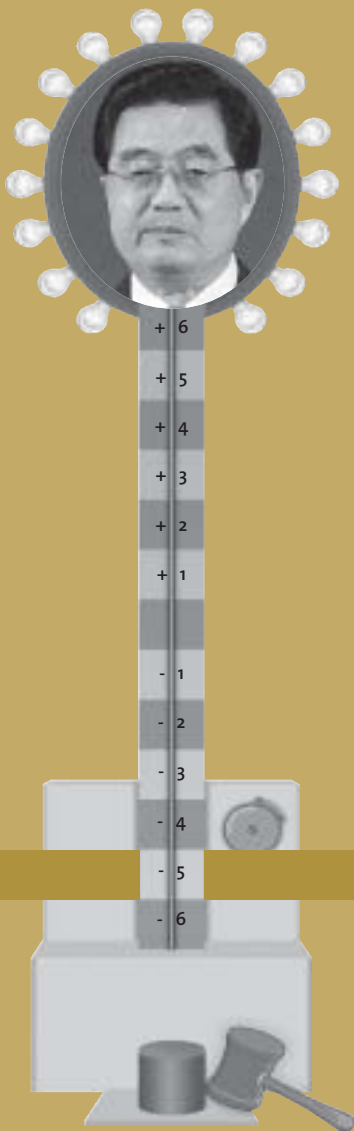
Hinsichtlich der Frage, welchem Zweck eine solche Konstruktion dienen soll, nimmt Hayek kein Blatt vor den Mund: Die Begrenzung der „Zwangsgewalt“³ von Parlament und Regierung gegenüber den Bürgerinnen und Bürgern soll deren Freiheit sichern – wobei Freiheit hier die Konten, Depots und Immobilien der Vermögenden meint. Hayek will die Erhebung von Abgaben und

Bremse (Scheiben)



Bremse (Schulden, hessisch)





Herr **Hu Jintao!** Als im August die USA von der führenden Ratingagentur Standard & Poor's das Top-Rating abgesprochen bekommen, meldete sich die Nachrichtenagentur Ihres Landes, Xinhua, erstaunlich deutlich. Dort heißt es: „China, der wichtigste Gläubiger der einzigen Supermacht, hat alles Recht, von den USA zu verlangen, die Sicherheit von Chinas Dollar-Anlagen zu gewährleisten.“ Und weiter: „Falls demnach keine substantiellen Kürzungen bei den gigantischen US-Militäraufwendungen und bei den aufgeblähten Kosten für soziale Wohlfahrt vorgenommen werden, würde die Herabstufung (...) zukünftig die globalen Finanzmärkte eintrüben.“ Natürlich gibt es gute Gründe dafür, um über die „Sicherheit“ der Dollar-Anlagen der VR China besorgt zu sein. Dazu könnte Ihr Land am besten dadurch beitragen, dass die Kaufkraft im Inneren gestärkt und die „soziale Wohlfahrt“ ausgebaut werden würde. Sie bzw. die zitierte Nachrichtenagentur hat auch recht, wenn Sie die ausufernden US-Militärausgaben kritisieren und für die hohen Schulden der USA mitverantwortlich machen. Das Gleichsetzen von Rüstungsausgaben und sozialen Aufwendungen ist jedoch absurd. Und für die Behauptung, die Ausgaben für „soziale Wohlfahrt“ seien aufgebläht, gebührt Ihnen als Staats- und Parteichef der VR China die rote Karte; sie hätte wortwörtlich von der erkonservativen Tea-Party-Bewegung stammen können.

2700 Milliarden US-Dollar Bankenhilfe
Zwei Jahre lang hatte die US-amerikanische Notenbank Fed sich geweigert, genauere Einblicke in die Notfallkredite an Banken während der Finanzkrise zu gewähren. Der Wirtschaftsdienst Bloomberg klagte auf Veröffentlichung der Angaben. Im März 2011 entschied das Oberste US-Gericht, der Supreme Court, dass die Fed-Akten (29346 Seiten) der Öffentlichkeit zugänglich gemacht werden müssen. Seit August liegt eine umfangreiche Auswertung der mehr als 21000 Transaktionen vor. Danach reichte die Fed zwischen August 2007 und April 2010 Kredite in Höhe von 1200 Milliarden Dollar an die privaten Finanzinstitute aus. 107,2 Mrd. US-Dollar gingen an die Investmentbank Morgan Stanley, gefolgt von Citigroup (99,5 Mrd.) und Bank of Amerika (91,4 Mrd.). Auf den nächsten Rängen waren europäische Institute registriert: die Royal Bank of Scotland (84,5 Mrd.) und der Schweizer UBS (77,2 Mrd.). Knapp die Hälfte der Kreditnehmer der Fed waren Banken aus Europa. Die Deutsche Bank (die sich immer rühmte, kein Staatsgeld zu benötigen) erhielt 66 Mrd., die Hypo Real Estate 28,7 Mrd. und Commerzbank und Dresdner Bank zusammen 40,4 Mrd. US-Dollar an US-Hilfen. In Europa wurden laut EU-Kommission die Kreditinstitute durch europäische staatliche Institutionen in einer Höhe von 1100 Mrd. Euro oder 1500 Mrd. US-Dollar alimentiert (in Form von Garantien, Krediten und direkten Kapitalspritzen). Das ergibt nur für die USA und die EU die stolze Summe von 2700 Milliarden US-Dollar an staatlichen Bankenhilfen.

Land ist Gold

In Zeiten einer drohenden (neuen) Krise flüchten Reiche und Spekulanten in Gold. Der Goldpreis stieg von 1100 Dollar/Unze Anfang 2010 auf 1730 Dollar/Unze Ende August 2011 spektakulär. Der US-Investment-Banker Perry Vieth gründete im Januar 2008 die Investmentfirma Ceres Partners, die sieben Milliarden Dollar verwaltet und primär in den Kauf landwirtschaftlicher Böden und in Farmen in den USA investiert. Der Fonds erzielte bis Ende Juni 2011 eine Rendite von 16,4% pro Jahr. Vieths Logik: Gold könne man nicht essen. Es bringe auch keine Zinsen. Land jedoch sei und bleibe knapp. Und Hunger gebe es weltweit immer.

USA verlieren „AAA“-Note

Seit 70 Jahren sprach Standard & Poor's den USA die Top-Note, das Rating „AAA“ („Triple-A“) zu. Anfang August 2011 entzog die Ratingagentur dem wichtigsten Wertpapier der Welt, der US-Staatsanleihe („Treasury“), die Bestnote und stufte das Papier auf „AA+“ herab. Damit werden die USA als vergleichbar kreditwürdig wie das hochverschuldete Belgien gehandelt. In der Folge verloren eine Reihe vom US-Staat abhängige Institutionen ihr Top-Rating – so die Hypothekenfinanzierer Freddie Mac und Fannie Mae. Da Israels Anleihen von den USA garantiert werden, wurden auch diese auf „AA+“ herabgestuft. Kurzfristig wirkt sich diese formelle Degra-

dierung kaum aus. In den Augustwochen mit massiven Kurseinbrüchen an den Weltbörsen gab es sogar eine neue Fluchtbewegung in US-Anleihen. Diese gelten – mit und ohne Rating-Bestnote – als „sicherer Hafen“. Unter Blinden ist der Einäugige König. Anleihen von EU-Ländern stellen aufgrund der inneren Krise in der Eurozone keine Alternativen dar. Vor dem Hintergrund der allgemeinen neuen Krisentendenzen und dem absehbaren Ausbleiben größerer Konjunkturprogramme dürfte die Degradierung jedoch ernsthafte Folgen haben. Die USA als Staat dürften noch lange über ausreichend große politische, wirtschaftliche und militärische Möglichkeiten verfügen, den Status als Weltmacht Nr. 1 zu verteidigen. Doch die Basis dieses Staats, die US-Wirtschaft, erodiert. Insbesondere der Finanzsektor bleibt angeschlagen. Auch den US-Großbanken droht eine Herabstufung des Ratings.

Krisenzeichen

Lunapark21 berichtete bereits im vorigen Heft über die Gefahr einer neuen weltweiten Krise (LP21, Heft 14, S. 12). Seit Mitte August verdichten sich die Indizien für einen solchen „double dip“, für eine neue weltweite Krise, nach nur 14 Monaten Erholung der von 2008/09 folgend. Linke und einige konservative Ökonomen plädieren dringend für neue Konjunkturprogramme. Nobelpreisträger Joseph Stiglitz argumentiert: „Die Gefahr, dass die USA ein double-dip-Szenario erleben, ist beträchtlich.“ Notwendig sei „eine Neuauflage des Stimulusprogramms“; eine „Austeritätspolitik“ habe „bereits in der großen Weltwirtschaftskrise 1929 in die Katastrophe geführt“ (Financial Times Deutschland, 26.8.2011). Der britische Top-Ökonom Martin Wolf sieht trotz aller Verschuldung eine schwere Krise mit Deflation als „mehr plausibel als diese Hyperinflation, die diejenigen, die sich auf die Defizite fixiert haben, derart erschreckend finden.“ Wolf weiter: „Governments that can spend more will not and those who want to spend more now cannot.“ (Financial Times, 31.8.2011). Das heißt: Deutschland, Großbritannien und die USA hätten den finanziellen Spielraum die Weltwirtschaft neu anzukurbeln – doch sie entscheiden sich für eine fatale Sparpolitik. Länder wie Frankreich oder Italien, die sich eher für neue Konjunkturprogramme entscheiden könnten, sind deutlich mehr verschuldet und stehen längst derart unter Beschuss von Ratingagenturen und IWF, dass sie für eine Neuauflage einer keynesianischen Wirtschaftspolitik nicht in Frage kommen .

Zitat zum Thema:

„Die Tatsache, dass eine Kreditratingfirma die Richtung der US-Politik bestimmt, muss alle beruhigen. Wenn Standard & Poor's die Debatte in den USA bestimmen kann, dann wird nicht nur die Kreditwürdigkeit, sondern vor allem die Demokratie herabgestuft.“

John Nichols, Korrespondent des US-Wochenmagazins The Nation, in: junge Welt, 12.8.2011.

Steuern ausschließlich von der „Legislativen Versammlung“ regeln lassen, also faktisch außerdemokratisch. Die Ausgaben demgegenüber würden zwar von Parlament und Regierung beschlossen, allerdings eben strikt begrenzt auf die Höhe der Einnahmen. Hayek hierzu: „Das zentrale Problem ergibt sich aus der Tatsache, daß die Erhebung von Abgaben notwendig ein Zwangsakt ist und deshalb in Übereinstimmung mit allgemeinen, von der Legislativen Versammlung fixierten Regeln geschehen muss, während die Bestimmung sowohl des Umfangs wie auch der Richtung der Ausgaben offensichtlich eine Regierungsangelegenheit ist. Unser Schema würde deshalb erfordern, dass die einheitlichen Regeln, nach denen die zu erhebenden Gesamtmittel auf die Bürger verteilt werden, von der Legislativen Versammlung festgelegt werden, während der Gesamtbetrag der Ausgaben und seine Richtung von der Regierungsversammlung beschlossen werden müsste.“⁴

Nun liegen zwischen dieser phantasmagorischen liberalen Verfassungsideologie und den politischen Verhältnissen in der Bundesrepublik sicherlich Welten. Eine „Legislative Versammlung“ gibt es hierzulande nicht, das Wahlrecht ist zumindest formal allgemein und gleich, und Steuerpolitik ist nach wie vor die Aufgabe von Parlamenten sowie Regierungen. Und doch tritt mit der Schuldenbremse ein Mechanismus in Kraft, der den Wünschen und Zielen Hayeks nahe kommt. Es lassen sich zwei wesentliche Analogien zwischen beiden ausmachen:

Erstens wird ein ganz wesentlicher Bereich demokratischer Entscheidungsmacht preisgegeben. Bei Hayek werden generell alle Einnahmen der Kompetenz von Parlament und Regierung entzogen, bei der Schuldenbremse sind es zumindest die kreditfinanzierten Einnahmen.

Zweitens finden sich insbesondere die Landtage und Regierungen der Bundesländer in eben der Situation, die sich Hayek für Parlamente und Regierungen allgemein wünscht. Das Grundgesetz verbietet ihnen die Aufnahme neuer Kredite. Damit sind ihre Ausgaben, von Ausnahmesituationen abgesehen, ausschließlich an ihre regulären Einnahmen gebunden. Die eigenen Einnahmen kön-

nen die Länder aber nicht in nennenswertem Umfang beeinflussen, sie sind hier der Steuerpolitik der Bundesregierung ausgeliefert. Diese allerdings verfolgt, genau wie ihre Vorgängerinnen, eine Politik der Steuersenkungen.

Die Schuldenbremse passt sich hier nahtlos ein in eine neoliberale Finanz- und Wirtschaftspolitik, die vom Glauben an Steuersenkungen, Markteffizienz und Haushaltsüberschüsse seit Jahrzehnten nicht lassen möchte. Eine Politik, zu der die Schuldenbremse konzeptionell passt wie dick zu doof oder ein Panzerknacker zum anderen. Sie zwingt damit zu einer äußerst restriktiven Ausgabenpolitik – genau wie Hayek es wünschte. Sozialpolitik oder gar Umverteilung von oben nach unten werden damit unmöglich.

Tiefes liberales Misstrauen

Das qualitativ Neue hieran ist weniger der Unwille, Umverteilung zu betreiben, als vielmehr die außerdemokratische und politisch bewusste Fixierung dieses Unwillens als verbindliche Vorschrift. Hier kommt ein tiefes liberales Misstrauen gegenüber demokratischen Entscheidungsverfahren zum Ausdruck. Dieses zieht sich nicht nur wie ein roter Faden durch die Debatten rund um die Schuldenbremse. So sagte jüngst der Landesvorsitzende des Bundes der Steuerzahler Niedersachsen-Bremen, Bernd Schulze-Borges, zur Frage einer Verankerung der Schuldenbremse in der niedersächsischen Verfassung: „Es hat sich gezeigt, dass Politiker, die von Wiederwahlen abhängig sind, mit Programmen der Haushaltssanierung nicht reüssieren können. Sie werden entweder abgewählt, oder sie werden nicht wiedergewählt.“ Oder, etwas weniger umständlich formuliert, der Chef des arbeitgebernahen Instituts der Deutschen Wirtschaft (IW), Michael Hüther: „Verfassungsregeln sind immer noch das Schärfste, was wir haben.“

Die Schuldenbremse ist aber mehr als nur ein Instrument, um den demokratischen Einfluss auf Haushaltspolitik zu minimieren. Sie ist verfassungsrechtliches Instrument im Verteilungskampf. Man muss dem Schuldenbremsen – Fan und damaligen Bundesfinanzminister Peer Steinbrück (SPD) für seine schonungslos ehrlichen Worte aus dem Jahr

2009 schon beinahe dankbar sein: „Es wird in der neuen Legislaturperiode sicher zu heftigen Verteilungskonflikten kommen, wenn der Bund ab dem Jahr 2011 die vorgeschriebenen Konsolidierungsschritte vollziehen muss.“ Die neue Schuldenregel helfe jedoch dabei, „das zu tun, was finanzpolitisch notwendig ist“.

Der sogenannte „Wirtschaftsweise“ Wolfgang Franz wies ihm dabei im gleichen Jahr schon einmal den neoliberalen Weg: „Ich fürchte, dass wir um Steuererhöhungen nicht herunkommen“. So weit, so richtig. Doch Franz führt weiter aus: Am einfachsten sei es, die Mehrwertsteuer zu erhöhen. Diese belastet allerdings – als Konsumsteuer – überproportional Menschen mit kleinem oder mittlerem Einkommen. Franz fügt sich damit perfekt in die Phalanx der Schuldenbremsen ein: Hauptsache, die Vermögen der Vermögenden bleiben verschont – die Vermögen derer übrigens, bei denen Bund und Länder ja überhaupt erst in der Kreide stehen.

Patrick Schreiner ist Politikwissenschaftler. Er lebt und arbeitet als Gewerkschafter in Hannover.

Anmerkungen:

- 1 Zum Beispiel: Kai Eicker-Wolf / Klemens Himpele: *Die Schuldenbremse als politisches Projekt*. In: *Prokla* 162 (2011). S. 195-212. – Patrick Schreiner / Kai Eicker-Wolf: *Eine „Schuldenbremse“, zwei Bundesländer, drei Mythen*. In: *WISO-Info* 1 (2011). S. 8-15. – Truger, Achim / Will, Henner / Köhresen, Jens: *Die Schuldenbremse: Eine schwere Bürde für die Finanzpolitik*. In: *IMK Policy Brief* 9 (2009).
- 2 Die Ausführungen zu Hayek beruhen auf den folgenden Schriften: Friedrich August von Hayek: *Wohin zielt die Demokratie?* In: ders: *Drei Vorlesungen über Demokratie, Gerechtigkeit und Sozialismus*. Tübingen 1977. S. 7-22. – Ders.: *Recht, Gesetzgebung und Freiheit*. Bände 1-3. Landsberg 1981. – Ders.: *Die Verfassung der Freiheit*. 2. Auflage. Tübingen 1983.
- 3 Friedrich August von Hayek: *Recht, Gesetzgebung und Freiheit*. Band 3. Landsberg 1981. Verschiedene Textstellen, beispielsweise S. 191.
- 4 Friedrich August von Hayek, a.a.O., S. 171.

Der Hauptfeind im eigenen Land

Der neue deutsche Imperialismus und die Krise in Euroland

Sebastian Gerhardt

Seit Ende 2009 zieht sich eine Staatsschuldenkrise durch Euroland. Ein baldiges Ende ist nicht in Sicht. Doch während der Druck auf die Peripherie des Euroraumes wächst, macht sich im Zentrum einige Zufriedenheit breit.

Gemessen am BIP hat die Bundesrepublik im ersten Quartal 2011 den Höchststand vor der Krise, das erste Quartal 2008, erstmals wieder übertroffen. Voller Selbstbewusstsein schrieb die *Frankfurter Allgemeine* am 6. Juli: „Die deutschen Unternehmen sind stark – und gestärkt – aus der Krise hervorgegangen. Alle Befürchtungen über eine lang anhaltende und nur über einen langen

Aufschwung wieder auszugleichende Krise haben sich nicht bewahrheitet. ... Die Krise wurde genutzt.“

Wenngleich gut einen Monat später das Bild nicht mehr ganz so positiv aussah – ein tiefer Einbruch an den Aktienbörsen seit Anfang August, ein Wachstum von nur 0,1 Prozent im zweiten Quartal – die Einschätzung der *FAZ* hat leider immer noch Gültigkeit. Mitten in der Eurokrise zeigt sich der Wechselkurs des Euro zum Dollar stabil und die schärfste Kritik an der Bundesregierung lautet, sie nehme ihre Führungsrolle nur unzureichend wahr. Tatsächlich trägt die Verständigung auf dem EU-Gipfel von Ende Juli ebenso eine deutsche Handschrift wie die jüngste Einigung von Merkel und Sarkozy. Warum?

Benchmark Bundeswertpapiere

Ein Blick auf die Finanzmärkte gibt Auskunft. Die größten Finanzmärkte sind jene, auf denen nicht mit Aktien, sondern mit den Staatsschuldscheinen großer kapitalistischer Mächte gehandelt wird. Und dort hatte sich schon vor Jahrzehnten ein Maßstab etabliert, an dem sich alle anderen europäischen Angebote messen lassen mussten: die Bundeswertpapiere der BRD. Kein Land auf dem Kontinent konnte sie in Umfang, Sicherheit und geringen Zinsen übertreffen. Sie sind diesseits des Atlantiks das, was auf dem US-Finanzmarkt die US-Staatspapiere darstellen: die Benchmark. Kurzfristige Zweifel an dieser Qualität in den schwierigen Jahren nach dem Anschluss der DDR konnten ausgeräumt werden.

Dieses hohe Ansehen konnten mit der Einführung des Euro andere Staaten für sich nutzbar machen. Dass Italien trotz seines hohen Schuldenstandes nach 1999 jahrelang nur geringe Zinsen auf seine Staatsschulden zahlen musste, ebenso wie Griechenland oder Spanien, hing zusammen mit ihrer Unterordnung unter das von der Bundesrepublik im Bündnis mit Frankreich dominierte Sys-

tem des Euros. Deshalb wissen die Kapitalisten dort genau, was sie mit einem Austritt aus der Eurozone verlieren würden: den Zugang zu großen, sicheren und vergleichsweise zinsgünstigen Kapitalmärkten. An die Leihbuchökonomie, wonach flexible Wechselkurse nach einer Rückkehr zu einer nationalen Währung einen Ausgleich der Handelsbilanz herbeiführen, die Drachme Griechenland retten würde, glauben sie auch nur so lange, wie sie im Hörsaal sitzen. Deshalb sind sie bereit, für den Euro manche Kröte zu schlucken. Zumindest sie sind sicher, dass sie die allermeisten Schäden nicht selber tragen müssen, sondern die Bevölkerung tragen lassen.

Dabei ist Dominanz nicht im Sinne einer heimtückischen Verabredung, sondern als Ergebnis marktwirtschaftlicher Konkurrenz zu verstehen. Es sind die Entscheidungen der Privateigentümer, ihr Vergleich von Renditen und ihre Investitionsentscheidungen, die schließlich auch die Europäische Zentralbank leiten. Für sie gilt heute, was Gudrun Narr-Lindner vor Jahren über ihr Vorbild schrieb: „Die Bundesbank stellt so etwas wie eine konstitutionelle Monarchie dar. Der König regiert zwar, aber er herrscht nicht. Letzteres besorgen zu einem guten Teil die Banken, die im Verbund Bundesbank-Maßnahmen stoppen und umgehen können bzw. ihrerseits auf die Politik der Bundesbank als Bank massiv Einfluß nehmen.“ Nicht zuletzt die Leitzinsen ergeben sich daraus, was der Markt als Verzinsung einer sicheren Anlage akzeptiert.

Streit über Geldausgaben

Was aber zeigt der Blick auf die Börsennotierungen der deutschen Staatsschuldenscheine? Sie hatten seit dem Sommer 2010 nachgegeben. Die anziehende Konjunktur machte andere Anlagen attraktiver, der deutsche Staat musste (etwas) höhere Zinsen bieten. Doch in der Zuspitzung der Eurokrise sind die

20

Anzeige

prager frühling
Magazin für Politik, Kultur und Gesellschaft

Reinheitsverbot

Gegen Integration, Klassenkampf und Leitkultur schreiben: Hlenna Kallbar, Mark Torkessida und Reinmann Henschel über die Nicht-Verdienten.

Anstößig: Zwei Seiten, keine Moralik: Ergebnisse im Integrationskurs, Migrantische Kämpfe in der DDR, Mehrheitsdiskriminierung und Homonationalismus.

INFO UND BESTELLUNG:
www.prager-fruehling-magazin.de

Kurse kurzfristig kräftig gestiegen! Die Anleger gaben sich mit immer weniger Zinsen zufrieden, wenn sie dafür nur ihr Geld in Bundesschatzbriefen oder Bundesanleihen unterbringen konnten. Mögen Griechenland oder Spanien Probleme haben, Anleger zu finden, mag selbst Frankreich höhere Zinsen bieten müssen: die Bundesrepublik nicht. Wie in der vermeintlichen Schuldenkrise der USA besteht die Schwierigkeit für die Bundesrepublik nicht darin, Anleger zu finden, die ihr zu geringen Zinsen Geld leihen. Der politische Streit geht darum, wofür dieses Geld eingesetzt werden soll.

Darüber allerdings streiten sich alle Beteiligten wie die Kesselflicker. Wer die Tageszeitung *Die Welt* liest, kann sich vor apokalyptischen Szenarien wildgewordener deutscher Mittelständler kaum retten, die Angst um ihr Geld haben. Tatsächlich hat sich die Bundesregierung in der Frage der Konditionen für Stützungskredite (Stabilitätspakt, Schuldenbremse) weitgehend durchgesetzt. Wie eine von ihr ermächtigte Wirtschaftsregierung ausfallen wird, kann man sich daher vorstellen. Die lange diskutierte Beteiligung der Privaten an den Kosten einer Umschuldung wurde solange in der Diskussion gehalten, wie der Druck der Märkte nötig war, um ein Nachgeben der „europäischen Partner“ zu erpressen. Eurobonds – gemeinsame Anleihen der Eurostaaten – wird es erst geben, wenn die Haushaltspolitik der Einzelstaaten komplett unter deutsches Kuratel gestellt ist. Die EZB schließlich? Die macht – siehe oben – ihren Job, wobei sie größere Schwankungen am Geldmarkt zu dämpfen versucht.

Grundlage des deutschen Einflusses ist ein Akkumulationsmodell, das mit der effizienten Ausbeutung einer qualifizierten Arbeiterklasse eine weltmarktfähige Industrieproduktion sichert. Die Lohnstückkostenentwicklung ist seit Jahren, wie es die Wirtschaftspresse gern nennt, moderat: Die deutsche Einheit und Hartz IV garantieren, dass es so bleibt. Nach solchen Erfolgen an der ökonomischen Heimatfront konnte sich das deutsche Kapital auf die – friedliche – Eroberung fremder Märkte konzentrieren. Dort führt es vor, was Imperialismus ist: die höchste Form der freien Konkurrenz – oder, um es in der moralischen Sprache

der neuen Zivilgesellschaft zu formulieren: das Recht des Stärkeren.

Niederlagen der Gewerkschaften

Zeit also, sich an eine alte Losung zu erinnern: Der Hauptfeind steht im eigenen Land. Es geht nicht darum, den Zerfall der Euro-Zone aufgrund schlechten makroökonomischen Managements zu befürchten. Es geht darum, den eigenen Anteil am neuen deutschen Imperialismus zu erkennen. Nicht zuletzt die Niederlagen der Gewerkschaften seit 1990 waren es, die den deutschen Unternehmen ihren Platz an der Sonne geschaffen haben. Die verweigerte Solidarität mit den Schwächeren hat nicht angefangen, als Deutsche über die vermeintliche griechische Faulheit redeten; sie ist viel älter. Sie zeigte sich, als 2003 die ostdeutschen Metaller im Kampf um die 35-Stunden-Woche allein gelassen wurden. Sie zeigte sich, als 2004 die Montagsdemonstranten latschen konnten, so lange sie wollten – in den Gewerkschaften rührte sich nichts. Schon die Vorstellung eines Solidaritätsstreiks für Beschäftigte in anderen, schlechter organisierten Bereichen, ist den meisten Kolleginnen und Kollegen völlig fremd.

Dass es so ist, heißt nicht, dass es so bleiben muss. Viele gute Gründe gibt es, dem deutschen Kapital die Gefolgschaft zu verweigern. Die Niederlagen der letzten Jahre haben das Kapital genährt. Für die Beschäftigten bedeutete es: mehr arbeiten für weniger Geld. Glücklicher sind sie damit nicht geworden. Die Alternative heißt: Protest ist machbar, Frau Nachbar – und für Herrn Nachbar auch.

Sebastian Gerhardt arbeitet in Berlin in der „Topographie des Terrors“ und im Deutsch-Russischen Museum Berlin-Karlshorst. Aktuelle Kommentare, Materialien, Archiv unter <http://planwirtschaft.wordpress.com>

Literatur: Rania Antonopoulos, *An Alternative Theory of Long-Run Exchange Rate Determination*, 2009 · Anwar Shaikh, *The laws of international exchange*, 1980 · Gudrun Narr-Lindner, *Grenzen monetärer Steuerung*, 1984

Neustart der britischen Gewerkschaftsbewegung

Jugendunruhen zeigen aufgestauten Frust



Stephan Kimmerle

22

Anfang August im Nordosten Londons. Ganze Einkaufsstraßen werden abgefackelt, Handy-Shops und kleine Läden ausgeräumt, endlich mal die Polizei verhöhnt, die mit willkürlichen Kontrollen und Schikanen vor allem schwarze und asiatisch aussehende Jugendliche gegen sich aufbringt. Hunderte 16-, 17-Jährige, aber auch Zehn- oder Zwölfjährige randalieren in Londons Stadtteilen. Armut, Entfremdung und Perspektivlosigkeit sorgen für eine rasche Ausdehnung auf Manchester, Liverpool und andere Städte.

Am 31. Juli – fünf Tage vor Beginn der Unruhen in Tottenham – gab die englische Zeitung *Guardian* auf ihrer Website die Stimmung wieder: „Nachdem der Stadtrat von Haringey (der Stadtbezirk Londons, zu dem auch Tottenham gehört) acht seiner 13 Jugendclubs schließt, fürchten Teenager vor Ort, dass die Langeweile Gewalt zwischen jungen Gangmitgliedern auf den Straßen Nord-Londons schürt.“

Es ist eine Generation, die kaum Perspektiven sieht. Die Studenten rebellierten Ende vergangenen Jahres gegen die Verdreifachung der Studiengebühren auf bis zu 9000 Pfund (mehr als 10000 Euro) pro Jahr. Die Demonstration mit 50000 Anfang Dezember vor dem Parlament war ein Weckruf und ermutigte andere, sich ebenfalls zur Wehr zu setzen. Nur wenige Tage darauf gingen 16- bis 18-Jährige auf die Straße, um ihr

„EMA“ zu verteidigen – eine Art Bafög für Schüler aus ärmeren Familien. Unter ihnen war der Anteil von schwarzen und asiatischstämmigen Jugendlichen deutlich höher als bei den Studierenden. Hier war die Wut größer. Und die Polizeireaktion brutaler: Neun Stunden wurden Jugendliche in Schuluniformen in der Dezemberkälte im Regierungsbezirk eingekesselt. Am Tag danach zogen sie daraufhin in kleineren Gruppen schnell und wirkungsvoll durch die Londoner City.

Wer in Großbritannien jünger als 25 Jahre ist und arbeitslos, muss mit 44 Pfund in der Woche auskommen. Das Wohngeld für unter 35-Jährige soll gekürzt werden. Jobs sind prekär oder gar nicht vorhanden: Eine Million Jugendliche sind nicht beschäftigt oder in irgendwelchen Maßnahmen geparkt. Insgesamt ging der Lebensstandard im Vereinigten Königreich in den vergangenen fünf Jahren um 4,8 Prozent zurück. Die tiefste Rezession seit dem Zweiten Weltkrieg, die damit verbundene Inflation und die Zurückhaltung der Gewerkschaften drückten die Reallöhne auf das Niveau von 2005. Die 2010 neu gewählte konservativ-liberale Regierung versucht alles, um Rekordkürzungen von 80 Milliarden Pfund bis zum Ende ihrer Amtszeit durchzusetzen – vor allem im sozialen Bereich und im öffentlichen Dienst.

Größte Gewerkschaftsdemo

Es gibt also genug Sprengstoff, um die Gewerkschaften zu aktivieren. Doch das

ist zäh. Brendan Barber, Generalsekretär des britischen Gewerkschaftsdachverbandes TUC, begann seine Neujahrsbotschaft mit dem Satz: „2011 wird ein schreckliches Jahr.“ Zu diesem Zeitpunkt waren seit der Verkündung der Kürzungen bereits sechs Monate ungenutzt verstrichen. Im Herbst 2010 wurde allenfalls verträgstet auf eine Demo im März, ein halbes Jahr später. Der aufgestaute Frust zeigte sich dann in der Beteiligung von 750000 Menschen. „Es waren so viele“, blickt eine Aktivistin der Lehrergewerkschaft NUT zurück. „Als wir beim Hyde Park ankamen, waren schon alle Reden vorbei und ich wollte das erklären. Ein Kollege war dann ganz erstaunt: Ach, Reden gab es auch noch? Für viele war das alles völlig neu.“ Doch nach diesem Paukenschlag – der größten Gewerkschaftsdemonstration der britischen Geschichte – gab es erst einmal keine weiteren landesweiten Proteste oder gar Streiks.

Nancy Taaffe, im Londoner Stadtteil Waltham Forest die Vorsitzende von Unison, der größten Gewerkschaft des öffentlichen Dienstes, berichtet von den Auswirkungen des 26. März: „Als uns danach der Stadtrat mit der Drohung von Massenentlassungen zu neuen Verträgen mit niedrigeren Löhnen und schlechteren Arbeitsbedingungen zwingen wollte, kamen statt der üblichen 10 oder 20 Leute 400 zur Gewerkschaftssitzung – und die Woche danach noch einmal.“ Die Situation sei eine „Riesenchance für die Gewerkschaft“, aber auch ganz schön kompliziert: „Es gibt eine



kleine Schicht von älteren, erfahreneren Aktivisten, die sehr skeptisch sind nach all den Jahren von Rückschlägen und niedrigem Aktivitätsgrad.“

Seit dem verlorenen Bergarbeiterstreik Mitte der 1980er Jahre war die britische Gewerkschaftsbewegung lange Zeit weitgehend gelähmt. „Immer wieder haben wir versucht zu mobilisieren – und es hat sich wenig getan“, berichtet Taaffe. „Und jetzt ist da plötzlich eine Masse von neuen Leuten. Optimistisch, dynamisch – doch völlig unerfahren.“ Das habe aber auch positive Seiten: „Der ganze Gewerkschaftsjargon ist denen völlig fremd. Die üblichen Sitzungen mit 'geordneter' Tagesordnung – das machen die einfach nicht mit.“ Lokal, wie in Waltham Forest, haben die Proteste durchaus erste Erfolge zu verzeichnen. Doch landesweit zielt sich die Unison-Führung. In fruchtlosen Gesprächen versucht sie, die Regierung von der Erhöhung des Renteneintrittsalters und der Pensionsbeiträge der Staatsbeschäftigten abzuhalten.

Kleine Gewerkschaften radikalisiert sich

Aus ihren Reihen kommt realer Widerstand. Von der Unison-Spitze wurde dieser öffentlich als zu früh, kontraproduktiv und für die Verhandlungen störend kritisiert. Hand in Hand mit der „oppositionellen“ Labour Party, sollten die beiden Lehrgewerkschaften und die PCS, eine Gewerkschaft von Verwaltungsangestellten, von ihren Streikplänen am 30. Juni abgehalten werden. Doch diese

blieben eisern. 750000 Staatsangestellte legten die Arbeit nieder. Schulen, Hochschulen, Gerichte, Häfen und Job-Center blieben geschlossen. Demos in allen größeren britischen Städten zeigten den Unmut.

Ein allgemeineres Muster zeichnet sich ab: Kleinere Organisationen im TUC durchbrechen die Stillhaltepolitik. Das macht Druck auch in den großen Gewerkschaften. Ironischer Weise ist dies zumindest teilweise ein Erbe der unter Margret Thatcher beschlossenen Anti-Gewerkschaftsgesetze. Seither müssen alle Vorstände per Briefwahl von den Mitgliedern direkt gewählt werden. Das sollte den Einfluss linker Aktivisten zurück drängen. Doch was in den 80ern mäßigen sollte, wirkte im neuen Jahrhundert eher radikalierend: Gegen die weit verbreitete Leere in den Gewerkschaften und die oft angepassten Apparate konnten sich linkere Kandidaten zum Beispiel in der traditionell eher gemäßigten Gewerkschaft PCS durchsetzen.

Das allein löst noch nicht alle Probleme: Ein linker Vorstand füllt die Gewerkschaft noch nicht automatisch mit Aktivisten und wird auch die Dominanz der alten Funktionäre auf mittlerer Ebene nicht los. In Großbritannien reicht dies jedoch, um immer wieder Arbeitskämpfe durchzusetzen, die Verbindungen der Gewerkschaften zur Labour Party in Frage zu stellen und eine Vernetzung von Aktivisten zu fördern. So tut sich gerade die Transportarbeitergewerkschaft RMT (National Union of Rail, Maritime and

Transport Workers) damit hervor, einerseits selbst den Widerstand gegen drohende Verschlechterungen zum Beispiel bei der Londoner U-Bahn zu organisieren, andererseits aber auch oppositionelle Gewerkschafter zusammen zu bringen. Das „National Shop Stewards' Network“ (NSSN) wird unterstützt und finanziert. Eine Koordination von Vertrauensleuten aus unterschiedlichen Bereichen – an den Treffen nehmen regelmäßig bis zu 500 gewerkschaftlich Aktive aus ganz Großbritannien teil – soll den Gewerkschaften insgesamt Beine machen. Mit einer Lobby vor dem TUC-Kongress am 11. September, bei der die Generalsekretäre von RMT und PCS, Bob Crow und Mark Serwotka, sprechen wollten, will das NSSN für koordinierte Streikaktionen im öffentlichen Dienst Druck machen.

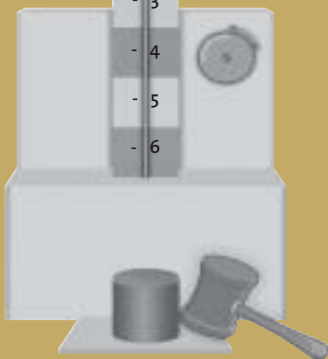
Protest beim TUC für den eigentlichen Protest gegen die Angriffe der Regierung – das ist der mühsame, anscheinend unausweichliche nächste Schritt. Es ist allerdings sehr wahrscheinlich, dass das vielen Jugendlichen weiterhin deutlich zu langsam geht – wenn sie es überhaupt mitbekommen.

Stephan Kimmerle lebt in London und arbeitet für das Committee for a Workers' International (www.socialistworld.net)

National Shop Stewards' Network:
www.shopstewards.net



+ 6
+ 5
+ 4
+ 3
+ 2
+ 1
- 1
- 2
- 3
- 4
- 5
- 6



Hallo, **Dieter H. Vogel!** Seit Ihrem Abgang als Thyssen-Chef 1998 waren Sie lange nicht mehr in den Schlagzeilen – nicht einmal im Sommerloch 2011 im Zusammenhang mit dem neu aufgedeckten Kartell der „Schienenfreunde“. Somit ist Lunapark21 das erste Blatt, das Ihrer vermuteten Rolle gerecht wird. Wir rekapitulieren: Sie hatten von 1986 bis 1998 beim größten deutschen Stahlkonzern Thyssen führende Positionen inne, zuletzt diejenige des Vorstandsvorsitzenden. Im Mai 1998 schieden Sie dort aus und wurden Top-Mann der private equity-Gesellschaft BVT, die 2007 in der Lindsay Goldberg Vogel GmbH aufging. U.a. kontrolliert diese Heuschrecke den weltweit größten unabhängigen Stahlhändler Klöckner & Co, wo Sie wiederum seit 2005 Aufsichtsratsvorsitzender sind. Die Funktion des Aufsichtsratsvorsitzenden hatten Sie auf Betreiben des damaligen Bundeskanzlers Schröder auch bei der Deutschen Bahn AG zwischen dem 24. März 1999 und dem 7. März 2001 inne. Im Klartext: Sie waren Oberaufseher bei der Bahn in einer Zeit, in der das Kartell „die Schienenfreunde“ die Bahn pro Jahr um dutzende Millionen Euro erleichterte – und in diesem Kartell war seit Mitte der 1990er Jahre der Thyssen-Konzern führend aktiv (siehe erste Meldung auf dieser Seite). Dazu können wir nur sagen: ALLE NEUNE!

Schienenfreunde I

Anfang Juli wurde erstmals in breiterem Umfang über das Kartell „Die Schienenfreunde“ – so die selbst gewählte Bezeichnung – berichtet. Mindestens 30 Unternehmen aus der Stahl- und stahlverarbeitenden Branche waren mehr als eineinhalb Jahrzehnte heimlich als Kartell verbunden, um den Eisenbahnen in Europa Schienen und Weichen zu Preisen zu verkaufen, die um 30 bis 50 Prozent über dem Marktpreis lagen. Erste Absprachen gab es seit 1989. Seine Blütezeit erlebte das Kartell zwischen 1995 und 2007. Bisher geht allein die Deutsche Bahn von einem ihr entstandenen Schaden in Höhe von 400 Millionen Euro zwischen 2003 bis 2008 aus. Zum Kartell gehörten die Stahlunternehmen ThyssenKrupp (über die Tochter GfT Gleistechnik), Voestalpine (über deren Töchter TSTG Schienentechnik und Voestalpine Klöckner Bahntechnik), die schwedische Inexa und die niederländisch-britische Corus-Gruppe. Das Kartell flog auf, als der unter indischer Kontrolle stehende Stahlkonzern Arcelor Mittal 2008 das polnische Stahlwerk Huta Katowice kaufte und den europäischen Bahnen Stahl zu Preisen anbot, die um mehr als ein Drittel unter dem bisherigen Niveau liegen.

Schienenfreunde II

Die Treffen der „Schienenfreunde“ fanden in dem Duisburger Restaurant „da Bruno“ statt, das 2007 in die Schlagzeilen geriet, als vor dem Lokal sechs Mitglieder der italienischen Mafia erschossen wurden. Die Topvertreter der europäischen Stahlkonzerne traten bei den Treffen zu den Preisabsprachen und im internen Verkehr mit Decknamen wie „Hannibal Lecter“, „Brüderchen“ und „Domina“ auf. Ein Anhaltspunkt für den angerichteten Schadens bietet der Bereich Weichen. Eine Weiche kostet bis zu einer halben Million Euro. Die Deutsche Bahn AG hat einen jährlichen Bedarf von 1000 bis 2000 Weichen, was konservativ geschätzt gut 500 Millionen Euro entspricht. Bei 30 bis 50% überhöhten Preisen errechnet sich allein aus diesem Bereich ein Verlust von mindestens 150 Millionen Euro jährlich – nur für die Deutsche Bahn. Diese verhält sich bei diesem Thema bisher äußerst schmallippig. Dabei handelt es sich hier nicht um normale Schädigungen, wo die eine private Gruppe von Unternehmen andere private Unternehmen schädigt. Es geht um gigantische Extraprofiten für wenige private Konzerne, die auf Kosten der staatlichen Bahnen gemacht wurden – mit dem Nebeneffekt, dass die hier eingesetzten Steuergelder eine im selben Milliarden Umfang geringere Wirkung zugunsten des Schienenverkehrs haben.

Geldwäsche und Steuerflucht legalisiert

Nicht ganz zufällig inmitten des Sommerlochs beschloss die deutsche Regierung ein Steueramnestie-Abkommen mit der Schweiz. Es beinhaltet eine Amnestie für deutsche Gut- und Bestverdiener, die ihr Geld bei Schweizer Banken gebunkert und der Steuer in Deutschland entzogen haben. Die Steuerhinterzieher sollen eine „Strafsteuer“ auf bislang un versteuertes

Altvermögen zahlen. Dieses Geld soll von den Schweizer Banken eingezogen und anonymisiert an die deutschen Finanzbehörden überwiesen werden. Fluchtgeld, das in Zukunft in die Schweiz transferiert wird, soll mit einer anonymen „Abgeltungssteuer“ belastet werden. Auch hierbei sollen allein die Schweizer Geldhäuser in Kontakt mit deutschen Finanzämtern treten. Damit wird viererlei erreicht: Erstens wird deutsches Fluchtkapital in Höhe von 130 bis 200 Milliarden Euro ein für alle Mal legalisiert. Zweitens wird dieses Kapital extrem niedrig versteuert: Mit der Schweiz wurde vereinbart, dass „mindestens 1,8 Milliarden Euro“ im deutschen Steuersäckel landen, das entspricht einer Versteuerung von rund einem Prozent. Drittens wird reichen Personen und Firmen, die bisher Steuerflucht betrieben, oder die dies ins Auge fassen, kundgetan, dass das auch in Zukunft ein sicherer Weg ist, 90 bis 100 Prozent der eigentlich fälligen Steuer zu sparen. Viertens richtet sich das Abkommen gegen zukünftige Aktionen zur Aufdeckung von Steuerfluchtkapital, sei es in Form von CDs mit Fluchtgeld-Daten, sei es in Form eigentlich beabsichtigter Abkommen der EU mit der Schweiz, in denen die Schweiz verpflichtet werden sollte, automatische Kontoinformationen von EU-Bürgern mit Vermögen in der Schweiz in die jeweiligen Heimatländer zu übertragen. Der DGB verwies in einer Stellungnahme auf den Kontrast, in dem dieses Abkommen – das im Bundestag und Bundesrat noch eine Mehrheit finden muss – steht zu „der Situation der Kommunen, die unter ihrer Schuldenlast ächzen und Schwimmbäder schließen und Schulen und Kitas nicht sanieren können“.

Jugendarbeitslosigkeit

Die drastischen Zahlen zur Jugendarbeitslosigkeit in Griechenland (Quote 38,5%) oder Spanien (45,7%) gelten als Illustration für die strukturschwachen EU-Länder. Dabei bewegt sich fast die gesamte EU in Richtung „Jugend ohne Zukunft“: Nach offiziellen EU-Angaben waren im Juni 2011 im Durchschnitt in der EU 20,5% der Jugendlichen ohne Arbeit – 2008 waren es „nur“ 15,1%. Rund ein Drittel der Jugendlichen in der Slowakei (33,3%), in Litauen (32,6%), Lettland (29,7%), Bulgarien (27,3%) und Italien (27,8%) ist ohne Job. Ein Viertel junger Menschen trifft dieses Los in Irland (26,9%), Portugal (26,8%), Ungarn (24,8%) und Frankreich (22,8%). Deutschlands (9,1%) und Österreichs (8,2%) Quoten liegen bisher deutlich unter dem EU-Durchschnitt.

Zitate zum Thema:

„Wenn dich eine wirklich gute Idee berührt, lässt sie dich nie wieder los.“
Werbeslogan des Stahlkonzerns Voestalpine, hier in: Der Spiegel 23/2011

„Sich wandelnde Strukturen versprechen große Gewinne.“

Dieter H. Vogel, Lindsay Goldberg Vogel GmbH, der zugleich als Honorarprofessor an der TU München Vorlesungen über Merger & Acquisitions (Aufkauf und Zusammenschlüsse) hält.



Foto: RMT

„RMT verfolgt das Modell der Gegenwehr“

Interview mit Alex Gordon, Präsident der britischen Transportarbeitergewerkschaft RMT (National Union of Rail, Maritime and Transport Workers)

nachgefragt:

25

Trotz Massendemonstration und heftiger Kritik will die konservativ-liberale Regierung Großbritanniens ihre Kürzungspolitik fortsetzen. Warum wird sie nicht gestoppt?

Die Regierung musste zwar einige Rückzieher machen, allerdings in eher nachrangigen Fragen – zum Beispiel bei der Finanzierung kostenloser Schulbücher und des Schulsports. Dabei ist die Koalition schwach und gespalten. Sie wird nur vom Klassenhass und der Angst zusammen gehalten, bei kommenden Wahlen für ihre desaströse Sozial- und Wirtschaftspolitik zur Rechenschaft gezogen zu werden. Das größte Hindernis zum Sturz dieser Regierung ist das Fehlen einer politischen Massenbewegung der Arbeiterklasse, die eine konsequente Alternative zur neoliberalen Politik und der Dominanz des Finanzkapitals anbieten könnte. Das liegt auch daran, dass diese Politik bereits unter der vorangegangenen Labour-Regierung begonnen wurde.

Die Massendemonstration war im März. Danach folgte recht wenig Widerstand.

Es folgte jede Menge! Gewerkschafter haben auch danach im gesamten Land öffentliche Veranstaltungen organisiert und Menschen mobilisiert. Bei den Kommunalwahlen im Mai brach die Wählerbasis der mitregierenden Liberaldemokraten komplett weg. Am 30. Juni streikten vier Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes und im Bildungswesen. Diesen November werden die Arbeitsniederlegungen wahrscheinlich mit Betei-

gung weiterer Gewerkschaften fortgesetzt.

Aber die größeren Gewerkschaften haben sich weitgehend zurückgehalten.

Im TUC wurde eine Politik der koordinierten Streiks gegen die Kürzungen der Regierung vereinbart. Doch seither gibt es eine polarisierte Debatte über die Umsetzung dieser Strategie. Ganz offensichtlich verläuft die Trennlinie zwischen den Gewerkschaften, die noch der Labour Party angeschlossen sind, und denen, die das nicht sind. Labour-Chef Ed Miliband hat die Streiks ja öffentlich kritisiert. Die RMT hat eine Koordinierungsgruppe von Gewerkschaften initiiert, der die öffentlichen Bediensteten der PCS, die Lehrer der NUT, die Hochschuldozenten der UCU, die Feuerwehrleute der FBU, die Journalisten der NUJ und andere 'linkere' oder 'kämpferischere' Gewerkschaften angehören, die alle nicht der Labour Party angeschlossen sind. Wir arbeiten eng zusammen, um uns gegenseitig politisch und betrieblich zu unterstützen.

Lebt die britische Gewerkschaftsbewegung endlich wieder auf?

Der Hintergrund in Großbritannien ist kompliziert. Die Strategie des britischen Kapitals ist nicht, durch Exporte hierzulande gefertigter Güter zu wachsen, sondern Kapital zu exportieren, um die Profite mit ausgelagerter Produktion und outgesourceten Dienstleistungen zu erhöhen – daher auch die riesige Bedeutung des 'Finanzkapitals' in der britischen Politik. Das ist der Kern der Über-

lebensstrategie der britischen Kapitalistenklasse als Ganzes. Jede Person oder Organisation, die das bedroht oder auch nur in Frage stellt, wird regelmäßig denunziert und verleumdet – zum Beispiel der RMT-Generalsekretär Bob Crow. Das ist auch der Grund, warum selbst bescheidene keynesianische Vorschläge zur Überwindung der kapitalistischen Krise im Land kaum Gehör finden.

Was heißt das für die Gewerkschaften?

Diese Situation erfordert eine offensive Strategie, um die Gewerkschaften wieder aufzubauen. Die RMT hat dieses Modell des „fight back“ der Gegenwehr angeführt. Sie war in den vergangenen zehn Jahren die am schnellsten wachsende Gewerkschaft.

Entgegen der Behauptungen des Postmodernismus in den 1990ern ist klar, dass die Arbeiterklasse in Großbritannien nie aufgehört hat zu existieren. Sie wurde geschwächt durch die neoliberale Übernahme der Labour Party und die schwerwiegenden Angriffe auf ihre Organisationen, die Gewerkschaften. Aber Arbeiter in Großbritannien heute, und speziell junge Arbeiter, lehnen neoliberale Politik zunehmend ab. Sie suchen einen Weg, eine sozialistische Alternative aufzubauen, einer Alternative zur Kürzungspolitik, zur Arbeitslosigkeit und zum Imperialismus – zu all dem, was der Kapitalismus ihnen zu bieten hat.

Das Interview führte **Stephan Kimmerle**.

Sozialpolitik ohne Grenzen?

Fragwürdige Antworten auf globale Polarisierung und ihre Folgen

Susan Zimmermann

26

Auf einer vom Internationalen Währungsfond (IWF) und von der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) als „historisch“ bezeichneten Konferenz in Oslo im September 2010 verständigten sich Spitzenvertreter beider Institutionen auf gemeinsame globale Anstrengungen auf Stärkung der „sozialen Kohäsion“. Dabei geht es um zwei Kernpunkte. Zum einen soll die Wirtschaftspolitik nach der Krise global insbesondere die Schaffung von Arbeitsplätzen betreiben. Nach Schätzungen der ILO stieg die weltweite Arbeitslosigkeit zwischen 2007 und 2010 um 30 Millionen Personen, wobei die entwickelten Industrieländer einschließlich der gesamten EU am härtesten betroffen sind. Eine Entspannung scheint es auch im laufenden Jahr 2011 nicht zu geben. Zum zweiten soll das Projekt eines globalen „sozialen Mindestschutzes“ (global social protection floor) in Angriff genommen werden. Dieses zielt darauf ab, allen Menschen, die in Armut und sozial ungesichert leben, ein Mindestmaß an sozialem Schutz zu bieten.

Auch ansonsten wurde verstärkte Kooperation vereinbart. Zur Untermauerung dieser „anhaltenden Zusammenarbeit“ nahm der damalige IWF-Chef Strauss-Kahn die Einladung von ILO-Direktor Somavia an, auf der diesjährigen Generalversammlung der Internationalen Arbeitskonferenz der ILO im Juni 2011 zu sprechen. Die ILO sicherte auf diese Weise die Kooperation des IWF bei der Initiative eines universellen globalen Sozialen Mindestschutzes (siehe Kasten Seite 30).

Diese 2009 ins Leben gerufene Initiative, die von der ILO und der Weltgesundheitsorganisation WHO geführt wird und an der eine ganze Reihe schwergewichtiger internationaler Akteure, darunter außer dem IWF auch die Weltbank, mitarbeiten, schlägt unter-

dessen beachtliche publizistische und politische Wellen. Die Zeit, in der in kritischen Diskursen Neoliberalismus und Sozialpolitik unhinterfragt als Widerspruch in sich präsentiert werden konnten, sind mit dieser Initiative endgültig vorbei. Außerdem sieht es fast so aus, also ob die Zeit der Ausgrenzung und politischen Schwächung der ILO im globalen Institutionengefüge, die in den 1980er und 1990er Jahren unübersehbar war, einem Ende zugehen könnte. Damals gaben zunehmend Organisationen und Übereinkünfte den Ton an, denen es um Freihandel und Abbau sozialer Schutzmechanismen um jeden Preis ging.

Dieser Wandel neoliberaler Politik, der von vielen nicht bemerkt oder als wenig relevant abgetan wurde, hat in Wirklichkeit nicht erst mit der globalen Krise seit 2007 begonnen. Er setzte vielmehr bereits in den 1990er Jahren ein, hat seitdem mehrere Etappen durchlaufen, unterschiedliche Facetten ausgebildet, und immer wieder zu Konflikten und Positionsverschiebungen im Spektrum der wichtigen internationalen Akteure geführt. Aufstieg und Entwicklung der neuen neoliberalen Sozialpolitik ohne Grenzen spielen eine bedeutende Rolle im Rahmen jener grenzüberschreitenden politischen Prozesse, in denen Probleme der Stabilisierung der globalen politischen Ökonomie verhandelt werden.

Neue globale Sozialpolitik in den Kinderschuhen

Erste Ansätze dessen, was vielleicht als affirmative Kritik neoliberaler globaler Strukturen bezeichnet werden kann, reichen bis in die späten 1980er Jahre zurück. Gemeint ist damit ein kritischer Zugang zu Prozessen der neoliberalen Globalisierung, bei welchem deren öko-

nomische Dynamik (zähneknirschend oder unverdrossen) als Tatsache zur Kenntnis genommen, jedoch versucht wird, auf die eine oder andere Weise die Interessen der Mehrheit der Bevölkerung und der weniger entwickelten Weltregionen zu vertreten. Als mittlerweile klassische Publikation darf die Veröffentlichung „Adjustment with a Human Face“ bezeichnet werden, die in zwei Bänden 1987 und 1988 erschien und kritisch auf den neoliberalen sogenannten „Washington Consensus“ in der Entwicklungspolitik Bezug nahm.¹ Bemühungen, eine dezidiert sozialpolitische Komponente insbesondere in die internationale Entwicklungszusammenarbeit einzubringen, gab es von Seiten verschiedener internationaler Akteure etwa seit Mitte der 1990er Jahre. Auf der einen Seite entwickelten bestimmte Gruppierungen insbesondere in der Weltbank einen Diskurs über einen neuen Typus von Sozialpolitik. Eine Schlüsselrolle spielte dabei das Konzept der „sozialen Sicherheitsnetze“ („social safety net approach“), die als eine Art unterstes soziales Auffangnetz für die Ärmsten der Armen dienen sollten. Zwar zielten der Diskurs und die Politik zur Einführung solcher Netze einerseits ganz direkt auf die Diskreditierung und den Abbau klassisch-universalistischer Konzepte und Praktiken von Sozialpolitik. Sie stellten diese Systeme als überholt und unangemessen dar und sollten dazu beitragen, der neoliberalen Offensive ein sozialpolitisches Mäntelchen umzuhängen. Im globalen Aktionsfeld traf der Angriff auf die ererbte universalistische Sozialpolitik insbesondere die ILO, da diese jahrzehntelang entsprechende Konzepte und Politiken vertreten hatte. Andererseits entwickelte sich jedoch, unter anderem wiederum in der Weltbank, in diesem Zusammenhang ein differenzierterer



Das Grenzregime der EU fordert jährlich
5000 Menschenleben. „*Wir haben keine Willkommenskultur*“
Der deutsche Innenminister Thomas de Maizière 2010

Die Fotos der Seiten 27, 29, 33 und 35 sind vom Herforder Fotografen
Jürgen Escher (s. S. 73). Flüchtling, Schiff Cap Anamur, Mittelmeer, 2004
(aus dem Buch- und Ausstellungsprojekt: „LEBENHELFEN“ für „Cap Anamur“)

Blick auf die mögliche Rolle öffentlicher Institutionen. Anstelle eines reinen Markt fetischismus begannen sozialpolitische Fachleute öffentlich-private Kooperationen etwa in der Gesundheitsversorgung positiv zu bewerten. Innerhalb der Weltbank und in anderen dominanten internationalen Organisationen war öffentliche oder teilweise öffentliche soziale Versorgung nicht mehr für alle ein rotes Tuch. Gleichzeitig entwickelte die ILO neue Strategien, um aus der politischen Defensive wieder herauszukommen. Sie begann dabei unter anderem, die Sprache der Neoliberalen zu benutzen und Konzessionen an die politischen Konzepte der Weltbank zu machen. Die Akzeptanz gemischter öffentlich-privater Sozialsysteme spielte auch hier eine Rolle. Schließlich traten auch neue Akteure transnationaler Sozialpolitik auf den Plan. Im Rahmen des General Agreement on Trade in Services (GATS) der Welthandelsorganisation WTO (World Trade Organization) etwa wurden auch soziale Dienste und Dienstleistungen in multilaterale Wirtschaftsabkommen einbezogen. Dies trägt zur Ausweitung des grenzüberschreitenden Markts für soziale Dienstleistungen und Gesundheitsversorgung bei.² Transnationale Finanzkonzerne entdeckten die Privatisierung von Rentensystemen als Geschäftsfeld und mischten in der internationalen Kampagne zur Teilprivatisierung von Rentensystemen, die insbesondere in Lateinamerika und Osteuropa erfolgreich war, kräftig mit.³ Last not least begannen auch transnationale Konzerne selbst vermehrt von der „sozialen Verantwortung der Unternehmen“ (corporate social responsibility) zu sprechen, wenngleich in der Realität, etwa in den Exportproduktionssektoren vieler Länder, eine von Unternehmen getragene Sozialpolitik nach wie vor auf ein Minimum reduziert ist.⁴ Doch all das war erst der Anfang.

Sozialpolitische Wandlungen der jüngeren Zeit

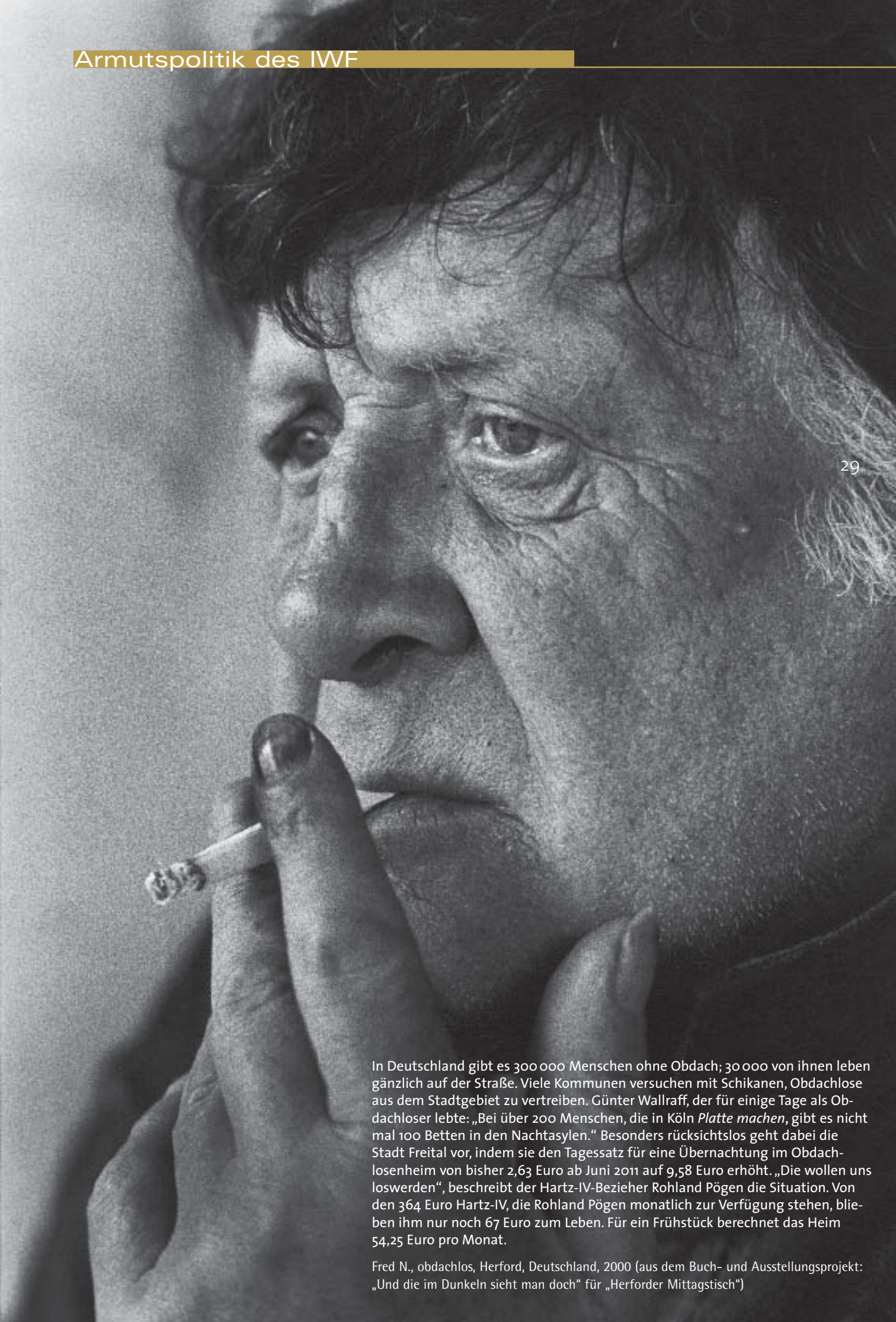
Seit der Jahrtausendwende zeichneten sich ein weiterer Wandel grenzüberschreitender Sozialpolitik und neuerliche Verschiebungen in den Verhältnissen zwischen den sie betreibenden Akteuren ab. Die Vorgeschichte der Initiative für

einen globalen sozialen Mindestschutz begann bald nach Beginn des neuen Jahrtausends, als transnationale Akteure zunehmend die „soziale Dimension der Globalisierung“ betonten. Die unabhängige World Commission on the Social Dimension of Globalization, die von der ILO im Jahr 2002 gegründet wurde, konstatierte 2004 in ihrem Abschlussbericht, in dem der Begriff eines weltweiten „floor“ für sozialen Schutz erstmals auftaucht: „Ein Mindestmaß an sozialer Sicherheit für die einzelnen und die Familien muss als sozioökonomischer Grundbestand (socio-economic floor) der Weltwirtschaft anerkannt werden. Geber und Finanzinstitutionen sollten zur Stärkung der Systeme der sozialen Sicherheit in Entwicklungsländern beitragen. Ein erweiterter Marktzugang ist kein Allheilmittel.“⁵ Die weltweite Finanz- und Wirtschaftskrise seit 2007 hat dieser Initiative und vergleichbaren Ansätzen unverkennbar neue Popularität verschafft. Der historische Einschnitt der Krise trug dazu bei, auch internationale Akteure an Bord zu bringen, die derartigen Initiativen lange Zeit keineswegs oder nur in einzelnen Teilbereichen wohlgesonnen waren. Die „halbherzigen Versuche in das dominante Paradigma der wachstumsgeleiteten Entwicklung eine soziale Dimension einzubauen“, welche die zweite Phase der neoliberalen Globalisierung geprägt hatten, werden seitdem, so eine affirmative Einschätzung, „vermehrt als unzureichend“ betrachtet.⁶ Diese Verschiebungen finden auch darin ihren Ausdruck, dass politische Vision und politisches Handeln der ILO die globalen Diskurse und politischen Initiativen auf dem Gebiet der globalen Sozialpolitik inzwischen stärker zu prägen vermögen als in den vergangenen Jahrzehnten.

Tatsächlich ist seit der Jahrtausendwende und keineswegs nur im Kontext der Initiative für einen globalen sozialen Mindestschutz ein verstärktes Interesse globaler Akteure und Institutionen an sozialpolitischer Reform zu beobachten. Dies geht über die Visionen neoliberaler globaler Sozialpolitik der 1990er Jahre hinaus beziehungsweise werden deren Anliegen in weitaus größerem Umfang umgesetzt, als dies in den 1990er Jahren der Fall war. Ein wichtiges Beispiel sind

die mancherorts bereits in den 1990er Jahren gestarteten sogenannten Programme Sozialen Geldtransfers (Social Cash Transfer – SCT), die mittlerweile von vielen Ländern insbesondere auf mittlerer Entwicklungsstufe eingeführt und seitens internationaler Organisationen intensiv diskutiert, beworben und begleitet wurden. Es geht dabei in der Regel um beitragsfreie soziale Unterstützungssysteme in ausgewählten Bereichen der Gesundheitsversorgung für arme Familien, um sogenannte „soziale Renten“ und Sozialhilfesysteme oft für ausgewählte Zielgruppen (z. B. bestimmte Familientypen, Behinderte, alleinstehend alte Menschen, Hinterbliebene, etc.), und um Systeme, die als „Geld-für-Arbeit“- und „Geld-für-Bildung“ beschrieben werden.⁷ Bei den letzteren wird beispielsweise die Einhaltung von Bestimmungen zur Schulpflicht mit Geldbeihilfen belohnt, bei anderen Varianten gibt es Geld für ernährungs- und gesundheitsbezogenes Verhalten mit positiven Auswirkungen für den eigenen Nachwuchs. Derartige Programme gehören zur Untergruppe der „an Bedingungen geknüpfte Geldtransfer Programme“ (Conditional Cash Transfer – CCT), die insbesondere von der Weltbank propagiert und unterstützt werden. Der Schlüssel dieser Programme liegt darin, dass sie „Bargeld an Verhalten binden, indem sie arme Familien unter der Bedingung mit Geld unterstützen, dass diese bestimmte nachvollziehbare Handlungen setzen.“ Viele Programme richten sich gezielt in erster Linie an Frauen, weil deren Einbindung die Programme effektiver mache und weil Frauen in Gesundheits- und Erziehungsangelegenheiten das Heft in der Hand hätten. In Brasilien kam im Jahr 2002, in Mexiko im Jahr 2005 jeweils rund ein Fünftel der Bevölkerung in den Genuss von Unterstützungen im Rahmen derartiger Programme in den Bereichen Gesundheit und Bildung. In Mexiko und in Nicaragua lag in jenen Haushalten, die in das Programm einbezogen waren, der durchschnittliche Beitrag zum Haushaltseinkommen bei 18 bis 20 Prozent.⁸ Eine 2009 erschienene Studie, die SCT-Programme in den „in Entwicklung oder im Übergang befindlichen Ländern“ möglichst vollständig zu erfassen sucht,

Fortsetzung Seite 31



In Deutschland gibt es 300 000 Menschen ohne Obdach; 30 000 von ihnen leben gänzlich auf der Straße. Viele Kommunen versuchen mit Schikanen, Obdachlose aus dem Stadtgebiet zu vertreiben. Günter Wallraff, der für einige Tage als Obdachloser lebte: „Bei über 200 Menschen, die in Köln *Platte machen*, gibt es nicht mal 100 Betten in den Nachtasylen.“ Besonders rücksichtslos geht dabei die Stadt Freital vor, indem sie den Tagessatz für eine Übernachtung im Obdachlosenheim von bisher 2,63 Euro ab Juni 2011 auf 9,58 Euro erhöht. „Die wollen uns loswerden“, beschreibt der Hartz-IV-Bezieher Rohland Pögen die Situation. Von den 364 Euro Hartz-IV, die Rohland Pögen monatlich zur Verfügung stehen, blieben ihm nur noch 67 Euro zum Leben. Für ein Frühstück berechnet das Heim 54,25 Euro pro Monat.

Fred N., obdachlos, Herford, Deutschland, 2000 (aus dem Buch- und Ausstellungsprojekt: „Und die im Dunkeln sieht man doch“ für „Herforder Mittagstisch“)

Die „Global Initiative for a Universal Social Protection Floor“ (SPF-I) wurde im April 2009 mit Beschluss des United Nations System Chief Executives Board aus der Taufe gehoben. Die entsprechenden Gremien von G20, ILO und OECD schlossen sich dem Projekt, das nicht nur als unmittelbare Reaktion auf die globale Krise gedacht ist, rasch an, ebenso zahlreiche Institutionen der Vereinten Nationen und der International Council on Social Welfare. Unterstützung gibt es außerdem durch die International Social Security Association und die International Trade Union Confederation. Letztere verweist per Beschluss vom

zeigt, dass die Programme zumeist aus dem Staatshaushalt finanziert werden und entweder gar nicht oder in sehr eingeschränktem Sinne beitragsgebunden sind. Mancherorts werden sie als zusätzliche, möglichst inklusiv angelegte Säule an bestehende Leistungssysteme insbesondere für die Familien von Arbeitskräften im formellen Sektor gleichsam angedockt. In Brasilien werden im Rahmen der SPF-Programme nationale Ressourcen gezielt in die ärmeren Landesteile umgeleitet und auf diese Weise gesellschaftliche und regionale Umverteilung kombiniert. In Indien können Familien, die unter der Armutsgrenze leben (ge-

nahmenpakete zur Sicherung von sozialem Mindestschutz systematisch eingebaut. Von internationaler Seite wird außerdem der Süd-Süd-Dialog in Sachen SPF gefördert.**

Der Gesamteindruck: Es geht bei den SPF-I Programmen in erster Linie um die Schaffung von sozialen Unterstützungsprogrammen auf nationaler Ebene, mit dem Staat als Schlüsselakteur und dem Staatshaushalt als wichtigstem Geldgeber. Die internationalen Akteure treten in erster Linie als Ratgeber bzw. Triebkraft und Bezugspunkt, sowie als sekundäre Unterstützer auf. Globale Umverteilung direkt in die SFI-Programme hinein spielt keine greifbare

Globaler Sozialer Mindestschutz

30 Juni 2010 auf die zentrale Rolle der Gewerkschaften bei der Schaffung des politischen Willens zur Umsetzung der Initiative in den einzelnen Ländern.

Ziel der SPF-I ist der Auf- bzw. Ausbau eines Netzes sozialpolitischer Maßnahmen in allen Ländern, das Menschen in Armut und sozialer Unsicherheit in ein System sozialer Grundversorgung einbezieht. Dies schließt den Zugang zu sozialen Gütern und Dienstleistungen, darunter insbesondere Gesundheitsversorgung und Grundbildung, ebenso ein wie soziale Rechte sowie Transferleistungen wie Geld und Naturalien, die fehlendes Einkommen ersetzen. Betont wird – insbesondere in Reaktion auf die globale Krise seit 2008 – immer wieder die „antizyklische“ Stabilisierungsfunktion eines solchen Systems sozialer Grundversorgung auf globaler Ebene. Systeme sozialer Versorgung sind demnach nicht nur dazu da, die Folgen von Wirtschaftskrisen auf die betroffenen Menschen abzufedern, sondern haben nachweislich positive Effekte im Bereich der Schaffung von Arbeitsplätzen etc.

Bezüglich der Frage, ob und welche Rolle Verteilungspolitik bzw. Umverteilung im SPF-System innerhalb der einzelnen Länder und auf globaler Ebene spielen soll, hält man sich eher bedeckt. In allgemeinen Dokumenten wird stets der Beitrag der SPF-I zum „Wirtschaftswachstum durch Erhöhung der Arbeitsproduktivität und verbesserte soziale Stabilität“ hervorgehoben sowie die Notwendigkeit, die Systeme sozialen Schutzes und sozialer Sicherheit im Rahmen von SPF-I so zu gestalten, dass „langfristige finanzielle Tragfähigkeit“ gewährleistet ist.*

Die jüngste von Seiten der SPF-Lobby selbst vorgelegte Detailstudie zu 18 SPF-Programmen in 15 Ländern des Südens

schätzt 300 Millionen Menschen) seit 2008 gegen eine geringe Anmeldegebühr Zugang insbesondere zu Krankenhausbehandlung erlangen. Die privaten Versicherer, über die das Programm abgewickelt wird, erhalten die maximal abgedeckte Summe von 650 US-Dollar pro Familie und Jahr vom Staat Indien und vom jeweiligen Bundesstaat. Mehr als 80 Millionen Menschen nehmen mittlerweile teil. Die Tatsache, dass die Geschäftsinteressen von Versicherern und Krankenhäusern systematisch in das Programm eingebunden sind, wird als wichtige Säule des Erfolgs des Programms gewertet.

In Bolivien wiederum wird die 2008 eingeführte Basisrente „Renta Dignidad“ für Personen ab 60 Jahren insbesondere aus einer Extrasteuer auf die Revenuen der staatlichen Grundstoffwirtschaft finanziert und als Teil einer „Sozialpolitik der Umverteilung“ definiert. Das thailändische Basisgesundheitsystem gewährt prinzipiell allen Bürgern und Bürgerinnen, die aus anderen staatlichen Sicherungssystemen herausfallen (80 Prozent der Bevölkerung) Zugang zu ambulanter und stationärer medizinischer Versorgung. Es erreicht bei weitem nicht alle Betroffene. 2008 wurde es durch staatliche Ausgaben in Höhe von 0,98 Prozent des Bruttoinlandsprodukts finanziert. In verschiedenen afrikanischen und besonders armen asiatischen Ländern ist derzeit der Prozess der national und international ausgeklügelt umrahmten Vorbereitung von SPF-Programmen in vollem Gange. Die globalen SPF-I Akteure stellen dabei ein ganzes Maßnahmenbündel zur technischen Unterstützung, spezifische Trainingsprogramme sowie systematisch aufgearbeitetes Wissen zur Verfügung. Der IWF hat in den letzten Jahren in seine Finanzierungsüber-

Rolle, die Einflussnahme der internationalen Finanzorganisationen auf die Gestaltung nationaler Politik dagegen sehr wohl. Umverteilung findet im nationalen Rahmen statt. Die Kosten der Programme machen zwischen deutlich unter ein Prozent und bis zu einigen Prozent des jeweiligen Bruttoinlandsprodukts aus.

Eher 'gewerkschaftlich' orientierte internationale Organisationen wie die ILO und die Internationale Vereinigung für Soziale Sicherheit heben stets hervor, dass die SPF-I lediglich eine von zwei Komponenten ihrer Politik zum Ausbau der sozialen Sicherung weltweit darstellt, und zwar die sogenannten Basis- bzw. „Horizontalkomponente“. Diese gelte es stets in enger Verbindung mit einer zweiten „vertikalen Komponente“ zu verfolgen. Letztere zielt darauf ab in Übereinstimmung mit den ILO-Standards zur sozialen Sicherheit „ein stufenweise höheres Niveau von Schutz bereitzustellen“*** Über der Ausweitung des Mindestschutzes als Grundlage soll also der fortgesetzte Aufbau „normaler“ staatlicher Sozialversicherungssysteme nicht vergessen werden.

* ILO, „social protection floor initiative“; www.socialsecurityextension.org/gimi/gess/ShowMainPage.do,30/03/2011.

** UNDP, *Successful Social Protection Floor Initiatives*, New York 2011; www.ilo.org/gimi/gess/ResShowResource.do?resourceid=20840,21/07/2011; *The IMF's Role in Helping Protect the Most Vulnerable in the Global Crisis*, März 2011 (internet)

*** *International Labour Conference ends with commitment to establish national social protection floors*; <http://www.ilo.org/gimi/gess/ShowNews.do?nid=10007,20/07/2011>.

dokumentiert für 37 Länder Rentenprogramme (in mindestens 24 davon geht dem Hilfsbezug eine Bedürftigkeitsprüfung voraus), für acht lateinamerikanische Länder und Jamaika „Geld-für-Bildung“-Programme und für 17 Länder Sozialhilfeprogramme, die nach dem SCT-Prinzip organisiert sind. Allein die Weltbank vervierfachte in den drei Jahren seit Ausbruch der weltweiten Finanz- und Wirtschaftskrise ihre Anleihen und Subventionen für SCT- und CCT-Programme im Vergleich zu den drei Vorjahren um das Vierfache auf 12 Milliarden US-Dollar.⁹

Globale Ökonomie der Sozialpolitik

Verfechter der neuen globalen Sozialpolitik nehmen immer wieder auf globale und regionsspezifische Daten über Armut und fehlenden sozialen Schutz und auf die ihnen zugrunde liegende ökonomische Polarisierung Bezug, um ihre sozialpolitischen Anstrengungen zu begründen. Eine zentrale Triebkraft, die die breite Koalition von ansonsten zum Teil sehr unterschiedlichen Kräften, die die neue globale Sozialpolitik unterstützen, zusammenschweißt, ist das Interesse an globaler Stabilitätssicherung. In einer am 1. November 2010 in Agadir gehaltenen Rede geißelte beispielsweise der damalige IWF-Chef Strauss-Kahn die „schädlichen“ Folgen von „Ungleichheit“ insbesondere innerhalb der Länder, aber auch im Rahmen der ererbten Form der Globalisierung, deren „Wachstumsmodell ... unausgeglichen und nicht nachhaltig“ gewesen sei. Die „wachsende Kluft zwischen Reichen und Armen ... insbesondere innerhalb der Länder“ könne „das soziale Gewebe zersetzen“. Länder, in denen die Ungleichheit zu stark ausgeprägt ist, seien, so Strauss-Kahn, instabiler und hätten schlechtere Wachstumchancen, und dies gelte in noch verstärktem Maße im Falle von ärmeren Ländern. „Wenn der Ertrag des Wohlstands in unserer globalisierten Welt nicht breit verteilt ist, könnte es zu Rückschlägen gegenüber der Offenheit und Kooperation und zum Rückzug in den ökonomischen Nationalismus kommen.“ Neben der Bekämpfung der „Geißel“ der Arbeitslosigkeit sah Strauss-Kahn in besseren sozialen Sicherheits-

netzen ein unverzichtbares Element der Umorientierung hin zu „nachhaltiger“, also dynamisch und krisenfrei voranschreitender Globalisierung.¹⁰

In dieser Sicht zielt globale Sozialpolitik nicht allein darauf ab, bestimmte „extreme“ Folgeerscheinungen globaler Liberalisierung in den Griff zu bekommen, um auf diese Weise ein Minimum an sozialer Stabilität sicherzustellen, wie dies in den 1990er Jahren der Fall war. Vielmehr tritt Sozialpolitik als eines von mehreren politischen Instrumenten auf die Bildfläche, die dazu beitragen können und sollen, den globalen Wachstumsmotor anzuwerfen bzw. in Gang zu halten, indem sie den Armen eine Chance eröffnen, als Konsumenten und Arbeitskräfte am globalen wirtschaftlichen Kreislauf teilzuhaben. Nicht zufällig wird denn auch in jüngster Zeit die positive Rolle hervorgehoben, die Sozialversicherungssysteme im allgemeinen und im Rahmen der zur Abfederung der globalen Krise getroffenen Maßnahmen in diesem Zusammenhang spielen können und gespielt haben. Insbesondere die ILO und die International Social Security Association betonen die Notwendigkeit, Sozialpolitik nicht mehr als Kostenfaktor, sondern als „Investition in Wirtschaftswachstum und soziale Kohäsion“ zu betrachten.¹¹

Aus Sicht des IWF soll bei alledem die derzeitige Ausrichtung und Gestaltung der internationalen Wirtschaftsbeziehungen nicht angetastet werden. Die neue Politik soll im Gegenteil dazu beitragen, frische Dynamik in diese Beziehungen und Austauschverhältnisse einzutragen und ihre Funktionsfähigkeit zu erhöhen. Nicht nur in dieser Hinsicht treten allerdings deutliche Unterschiede beim Vergleich von Vision und Politik der unterschiedlichen Akteure der neuen globalen Sozialpolitik zutage. Insbesondere die ILO stellt ihre globalen sozialpolitischen Initiativen explizit in den Kontext der von ihr geforderten „fairen Globalisierung“. Sie verbindet die Politik „der Ausweitung von sozialer Sicherung auf alle“ nachdrücklich mit einer Politik, die darauf abzielt, Löhne, Arbeitsbedingungen und soziale Sicherung so zu gestalten, dass „allen ein gerechter Anteil an den Früchten des Fortschritts und ein existenzsichernder Mindestlohn

zukommt“.¹² Ohne es explizit zu machen, orientiert diese kombinierte Politik darauf, dass den Arbeitskräften überall auf der Welt ein deutlich größerer Anteil an den von ihnen erwirtschafteten Werten zukommen soll, als dies bisher der Fall ist. Dadurch würden sich Voraussetzungen und in der Folge bestimmte der beispielsweise durch den IWF zäh verteidigten Dynamiken der gegenwärtigen weltwirtschaftlichen Beziehungen tatsächlich verändern.

Mitsommervariationen?

Das Spannungsverhältnis insbesondere zwischen ILO und IWF in Sachen grenzüberschreitender Sozialpolitik wird so rasch nicht von der Tagesordnung verschwinden. In jeder der beiden Organisationen und ihrem Umfeld gibt es massive Widerstände gegen das vorsichtige Aufeinanderzugehen. Nach dem unfreiwilligen Abgang von Strauss-Kahn ist es eine offene Frage, inwieweit der IWF an den eingeleiteten vorsichtigen Reformschritten zugunsten von Interessen aufstrebender nichtwestlicher Industrieländer und einer Politik der selektiven Kooperation mit Vertretern gemäßiger gewerkschaftsnahe Positionen festhalten wird.¹³ Auf der Internationalen Arbeitskonferenz der ILO im Juni dieses Jahres jedenfalls fiel nicht nur der Auftritt von Dominique Strauss-Kahn sang- und klanglos ins Wasser. Unter den Präsentationen befreundeter prominenter Organisationen zum Thema Sozialer Mindestschutz fehlte jene des IWF, und der Währungsfonds war auch sonst in keiner Weise prominent vertreten. Die von der Arbeitskonferenz beschlossene Resolution zum Sozialen Mindestschutz betont umgekehrt die Notwendigkeit, einen solchen „horizontalen“ Ausbau von sozialem Schutz mit dem „vertikalen“ Ausbau klassischer Sozialversicherungssysteme zu verbinden. 2012 will man sich am Beschluss einer Empfehlung versuchen, die darauf abzielen soll, Systeme des sozialen Mindestschutzes „innerhalb übergreifender Systeme sozialer Sicherheit“, wengleich angepasst an den jeweiligen „Entwicklungsstand“ der einzelnen Länder, zu unterstützen.¹⁴ Damit haben sich bei der ILO wieder einmal jene Kräfte deutlich zu Wort gemeldet, denen die Annäherung ihrer Organi-

sation an die klassischen internationalen Repräsentanten neoliberaler Politik ohnedies zu weit geht. Sie sehen in der Politik der reduzierten „Core Labour Standards“, die die ILO seit einiger Zeit verfolgt und die sie nun um die Politik des Sozialen Mindestschutzes ergänzen will, eine Abkehr von internationalen Arbeitsstandards mit dem dazu gehörigen Apparat der Ratifizierung und Überwachung. Sehr viel eher als um eine Abfederung sozialer Folgen der Globalisierung gehe es der neuen Politik der ILO darum, eine internationale Sozial- und Arbeitspolitik zu kreieren, die den Neoliberalismus gleichsam in sich aufgesogen hat.¹⁵

Ein weiterer wichtiger Unterschied zwischen den Strategien der verschiedenen Akteure der neuen globalen Sozialpolitik hat mit der bei vielen Strategien und Programmen spürbaren Tendenz zu tun, Sozialpolitik so zu konstruieren, dass die Leistungsberechtigten zu Co-Managern der Sozialsysteme und zu Sozialmanagern ihrer Familien gemacht werden. Die Tendenz, diejenigen, die solche Hilfen beziehen, selbst zu ‚Sozialpolitikerinnen‘ und ‚Sozialpolitikern‘ zu machen, findet sich in Programmen mit und solchen ohne Bedürftigkeitsprüfung. Verlangt werden beispielsweise unbezahlte Mitarbeit an Impfprogrammen oder die Leistungen werden, wie oben erwähnt, an die Verpflichtung auf bestimmtes Verhalten geknüpft.¹⁶ In der globalen Initiative Sozialer Mindestschutz werden derartige Politikmuster zumindest im Rahmen der generellen Umschreibung von Zwecken und Zielen der neuen Sozialpolitik nicht in den Vordergrund gestellt.

In einer Hinsicht gibt es ungeachtet aller Unterschiede Übereinstimmung bei den Akteuren und in der praktische Umsetzung der neuen globalen Sozialpolitik: Die Tatsache, dass Sozialsysteme eine Verankerung im Staat haben müssen, dass also die öffentliche Hand und all jene politischen Kräfte, die im nationalen Rahmen der Politikgestaltung von Bedeutung sind, Träger der neuen Initiativen bzw. an diesen zumindest beteiligt sein müssen, scheint mittlerweile außer Frage zu stehen. Die Initiative für einen sozialen Mindestschutz etwa zählt diese Träger ganz nonchalant als ihre zentra-

len Ansprechpartner auf.


Immer wieder wird im Zusammenhang mit dieser Initiative außerdem vorgerechnet, dass eine ausreichende soziale Mindestversorgung „auf praktisch jeder Stufe der Wirtschaftsentwicklung“ gewährleistet werden kann bzw. zumindest „global leistbar“ ist. Nötig seien dafür auf nationaler Ebene Ausgaben in Höhe von etwa drei bis vier Prozent des Bruttoinlandsproduktes.¹⁷ Während also einerseits die Globalisierung der Märkte für soziale Dienstleistungen, die Transnationalisierung der Finanzierung privat(isiert)er sozialer Politik und die Auslagerung der Staatsbudgets durch Privatisierung munter voranschreiten, sollen die Staaten neuerlich für die Institutionalisierung und Finanzierung einer Grundsicherung für Alle oder für ausgewählte Gruppen in die Pflicht genommen werden.

Wie es den einzelnen Menschen und den Bevölkerungen der einzelnen Länder zu einem gegebenen Zeitpunkt mit der neuen Sozialpolitik ergeht – bzw. ergehen würde, so diese Politik denn umgesetzt wird – hängt keineswegs nur von den bis hierher diskutierten Entwicklungstendenzen und Auseinandersetzungen ab. So ist es zum Beispiel im Fall der Geldtransferprogramme und sogar der bedingten Geldtransferprogramme aus Sicht der Empfängerinnen und Empfänger von entscheidender Bedeutung, ob die neuen Programme als Ergänzung bestehender Sozialsysteme oder isoliert, etwa nach erfolgter Privatisierung oder Einschränkung früherer Sozialsysteme eingeführt werden. Bei der Bedürftigkeitsüberprüfung in den neuen Gesundheitsprogrammen kommt es zum Beispiel für unverheiratete Frauen mit Kindern von unterschiedlichen Vätern darauf an, ob das Personal der Einrichtungen, die die Überprüfung vornehmen, sie aufgrund ihres abweichenden Lebensstils als nicht bezugsberechtigt einstuft oder nicht.¹⁸ In der Gesamtsicht stellt sich die soziale Lage vieler Menschen im Süden allerdings schlicht und einfach so beengt oder aussichtslos dar, dass sie mit offenen Armen nach der neuen Sozialpolitik greifen, egal in welcher Form sie daher kommt. Dementsprechend erfolgreich wurden in manchen Fällen die sozialpolitischen Ziele der Programme um-

gesetzt. Das familienorientierte *Oportunidades*-Programm in Mexiko stellt ein beeindruckendes Beispiel dar. Die Schulbesuchsrate in Grundschulen ist in ländlichen Gebieten um 85 Prozent gestiegen, Größe und Gewicht der Kinder unter drei Jahren sind um 16 Prozent gestiegen, die Müttersterblichkeit um elf Prozent gesunken. Eine Studie über das in Nicaragua eingeführte Bedingte Geldtransferprogramm stellte fest, dass bereits deutlich geringere in das Programm eingebaute Anreize genügen, um die erwünschten Verhaltensänderungen herbeizuführen.¹⁹

All dies änderte jedoch bis auf weiteres nichts daran, dass die Dynamik der ungleichen globalen Entwicklung, in die die neue globale Sozialpolitik eingebaut ist, Voraussetzungen sozialer Integration auf zwei sozialpolitisch höchst relevanten Ebenen laufend unterminiert. Erstens produziert diese Dynamik innerhalb der Länder sowie zwischen den Ländern und Weltregionen immer neue soziale Polarisierung und damit auch Armut, die dann von der neuen Sozialpolitik abgefangen werden soll. Darüber, wie erfolgreich sie dabei ist, sagen Daten wie oben für das *Oportunidades*-Programm aufgelistet, gar nichts. Zweitens kommt es als Begleiterscheinung und im Ergebnis der offenen Weltwirtschaft (die in Wahrheit natürlich nur selektiv offen ist) zu einer zunehmend ungleichen Verteilung sozialer Lasten und Kosten zwischen den höher und den weniger entwickelten Ländern. Zu denken ist dabei beispielsweise an die sogenannten transnationalen und globalen „Pflegeketten“. Die hochentwickelten Länder werden hier sozialpolitisch entlastet, weil billige Arbeitskräfte aus weniger entwickelten Ländern den Großteil der Pflegearbeit leisten. Die Herkunftsländer dagegen werden sozialpolitisch belastet, weil in ihren Kranken- und Rentenversicherungskassen die Beiträge der Abgewanderten fehlen. Nicht selten haben außerdem diese Länder die Ausbildung der Pflegemigranten (der Großteil davon Frauen), finanziert. Diese fortdauernde globale sozialpolitische Polarisierung wird von zentralen Akteuren der globalen Sozialpolitik, die von den Prinzipien der offenen Weltwirtschaft nicht abgehen wollen oder können, ebenso wenig

Fortsetzung Seite 35



Im Zeitraum 1999 bis August 2009 kehrten laut Berliner Regierung 114.092 Menschen aus Deutschland in den Kosovo zurück. Jeder Fünfte mit Zwang, durch Abschiebung. Sami Kurteshi, Obmann für Menschenrechte im Kosovo: *„Ich sehe nicht, wie dieser Staat mit 40 bis 50 Prozent Arbeitslosigkeit, noch Menschen helfen könnte, die zurückkehren. Uns ist überhaupt nicht klar, was mit Rückkehrer-Familien geschieht. Weder unsere Behörden, noch die Länder, aus denen Menschen abgeschoben werden, sind an Transparenz interessiert.“*

Alte Frau in Tifshati Zogaj, Kosovo, 2000 (aus dem Buch- und Ausstellungsprojekt: „LEBENHELFEN“ für „Cap Anamur“)

Aus globaler Sicht genießt die Bevölkerung der entwickelten Industrieländer gegenüber allen anderen Weltregionen in ungleich höherem Ausmaß sozialen Schutz. Dies gilt trotz aller Spar- und Kontrollmaßnahmen und obgleich die Sozialsysteme dieser Länder bestimmte soziale Gruppen wie informelle Arbeitskräfte, Frauen und Migrantinnen*, in massiver Weise diskriminieren.

Weltweit haben laut der jüngsten diesbezüglichen Studie der ILO nur etwa 20 Prozent der Bevölkerung im arbeitsfähigen Alter (und ihre Familien) Zugang zu effektivem sozialen Schutz, definiert als Einkom-

jeweiligen Land in Bezug setzten. Die auf diese Weise zustande kommenden Prozentzahlen an Armen im betreffenden Land bringen aber die riesigen Unterschiede im mittleren Einkommen zwischen den Ländern zum Verschwinden. Der reale Unterschied in den Lebensperspektiven, die sich für einen Armen auftun, dessen Einkommen bei weniger als 60 Prozent eines mittleren nationalen Einkommens von 300 Euro liegt und jenem Armen, dessen Einkommen bei weniger als 60 Prozent eines mittleren Einkommens von 1500 Euro liegt, ist gewaltig. Statistisch dagegen gibt es in beiden Ländern einen gleich großen Anteil an Armen.

zehn zentralen Teilindikatoren (darunter Ernährung, Wasserversorgung, Kindersterblichkeit etc.) an deutlichem materiellen Mangel leiden. In einer ganzen Reihe afrikanischer und asiatischer Länder liegt der Anteil der Betroffenen bei über 50, manchmal sogar über 90 Prozent der Bevölkerung. 51 Prozent der weltweit Betroffenen leben in Südasien. Die Anzahl derer, die in den erfassten Ländern von 1,25 Dollar oder weniger am Tag leben, beträgt 1,44 Milliarden. Die Zahl jener, die von 2 Dollar oder weniger leben müssen, ist höher als die Zahl der von multidimensionaler Armut Betroffenen.**

Sozialer Schutz und Armut weltweit

34 menssicherheit (durch soziale Leistungen) und (bezahlbaren) Zugang zur Gesundheitsversorgung. Nur ein Drittel der Länder der Welt, in denen 28 Prozent der Weltbevölkerung leben, verfügen über umfassende Sozialsysteme. In zahlreichen anderen Ländern sind die Sozialsysteme höchst rudimentär. Etwa ein Drittel der Weltbevölkerung hat überhaupt keinen Zugang zu Gesundheitssystemen oder -diensten. In Ländern mit niedrigem Einkommen erhalten weniger als 20 Prozent der Bevölkerung im Rentenalter irgendeine Art von Rentenzahlungen. In Afrika, Asien und im Nahen Osten beziehen jeweils weniger als zehn Prozent der Arbeitslosen irgendeine Form von Arbeitslosenunterstützung. Nicht beitragsgebundene Sozialleistungen sind in der weniger entwickelten Welt derzeit im Aufstieg begriffen.*

Es gilt also im globalen Maßstab dasselbe, was innerhalb der einzelnen Länder immer wieder beobachtet werden kann: Jene, die vergleichsweise wenig sozialen Schutz benötigen, weil es ihnen relativ gesehen materiell besser geht, genießen ein vergleichsweise hohes Maß an sozialem Schutz. Und jene, die besonders arm und deren Lebensverhältnisse besonders unsicher sind, werden in überproportionalem Maß an den Rand der Sozialsysteme oder ganz aus ihnen heraus gedrängt.

Darum muss jede Diskussion um Sozialpolitik die Frage nach dem Ausmaß von Armut und sozialer Unsicherheit im gegebenen Land oder Kontext zu einem zentralen Ausgangspunkt ihrer Überlegungen machen. Die internationalen und nationalen Statistiken beziehen sich bei der Messung von Armut in hohem Maße auf Indikatoren, die den Anteil der Armen an der Bevölkerung dadurch bestimmen, dass sie deren Einkommen zum *mittleren Einkommen im*

Ein ähnliches Problem gibt es übrigens auch bei jenen sozialpolitischen Daten, die die Entwicklung eines Sozialsystems am Anteil der Sozialausgaben am Bruttoinlandsprodukt oder an den Staatsausgaben messen. Auch hier kann sich je nach Entwicklungsstand des jeweiligen Landes hinter einem gleich hohen Anteil ein sehr starkes oder doch vergleichsweise schwaches Sozialsystem verbergen.

Auch ein zweiter bekannter Armutsindikator, nach dem sich Armut am täglichen Einkommen, also daran misst, wie viel Geld eine Person pro Tag zur Verfügung hat, besitzt problematische Eigenschaften. Denn eine Subsistenzbäuerin mag weniger als einen Dollar pro Tag zur Verfügung haben, jedoch in Wirklichkeit keineswegs ärmer oder gefährdeter sein als eine Frau, die sich im informellen Sektor einer Großstadt mit verschiedenen Tätigkeiten durchschnittlich mehr als einen Dollar am Tag erwirtschaftet. In der Boomphase vor 2007 wurde immer wieder argumentiert, dass sich die steigende Zahl von Armen, die dieser Indikator ausweist, gerade der Zunahme der in globalen Produktionssystemen beschäftigten Arbeitskräfte verdanke.

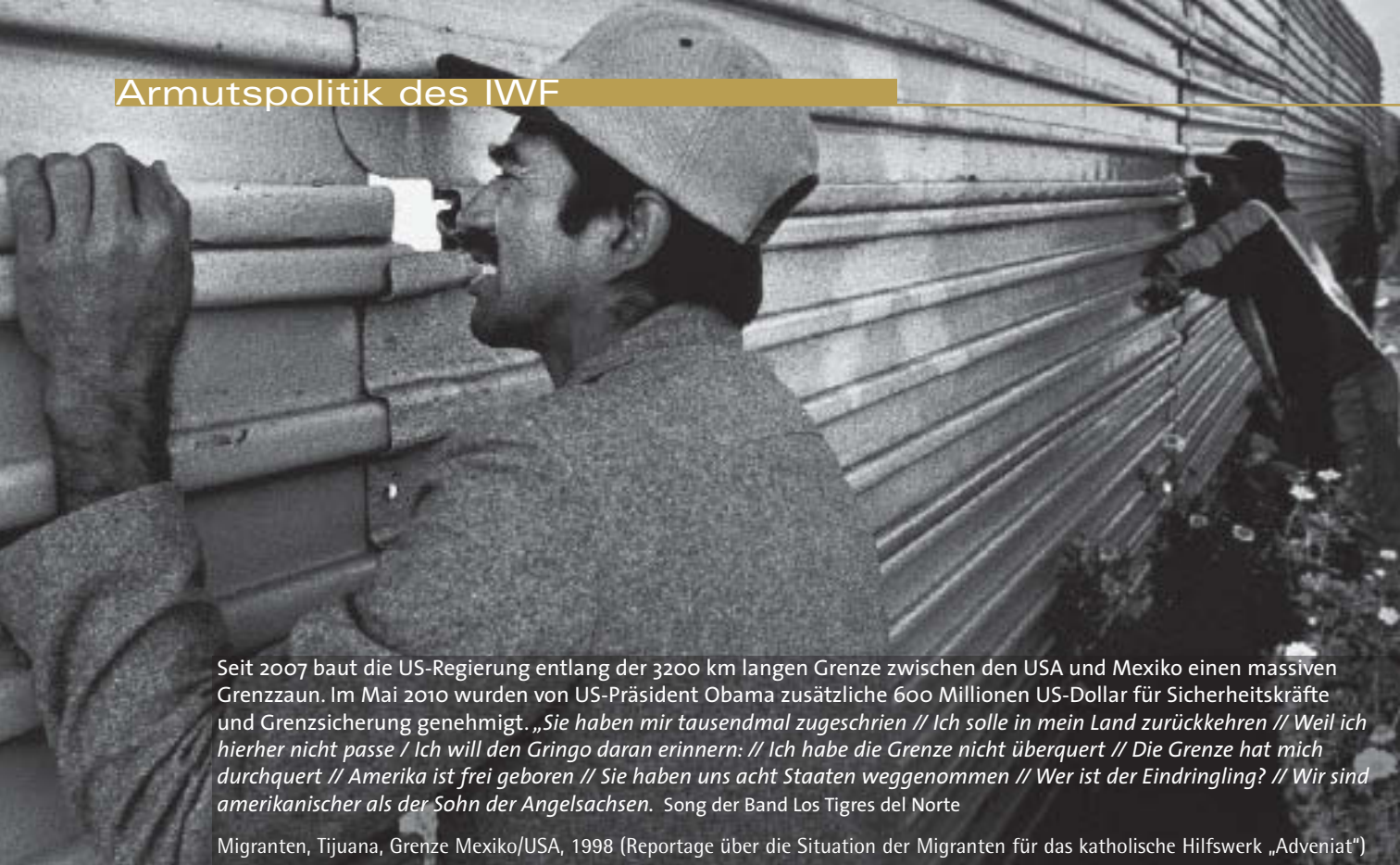
In jüngster Zeit haben Experten aus all diesen Gründen einen neuen Indikator für soziale Sicherheit bzw. Unsicherheit entwickelt. Nach den neuesten Daten des Human Development Report 2010 sind in 104 Ländern, in denen 78 Prozent der Weltbevölkerung leben (einbezogen sind die meisten Entwicklungsländer und früheren staatssozialistischen Länder, nicht erfasst die hochentwickelten Industrieländer) 1,75 Milliarden Menschen oder mindestens 30 Prozent der Bevölkerung von multidimensionaler Armut betroffen. Dieser Indikator erfasst Menschen, die mit Blick auf mehrere unter

Der neue multidimensionale Armutsindikator wirft ein grelles Licht auch auf die tiefe Spaltung der Europäischen Union im Hinblick auf Armut und soziale Ungleichheit. Hier wurde die Armut schon 2008 mithilfe des Indikators „materieller Mangel“ gemessen, der sehr ähnlich strukturiert ist wie der Indikator der „multiplen Armut“ im Human Development Report. In der EU werden jene als arm erfasst, die in drei von neun Feldern an „material deprivation“ leiden, darunter die Fähigkeit, Miete und Betriebskosten zu bezahlen, zu heizen, sich eine Waschmaschine anzuschaffen, mit unerwarteten Kosten zurechtzukommen, etc. In der „alten“ EU der 15 wurde gemäß des neuen Indikators ein durchschnittlicher Wert von 12,5 Prozent Armut gemessen; einbezogen sind dabei auch „alte“ EU-Länder wie Portugal mit 23 und Griechenland mit 21,8 Prozent. Bei den 12 neuen Mitgliedsstaaten beträgt der Anteil jener, die an multiplen „materiellen Mangel“ leiden, im Durchschnitt 35,3 Prozent, wobei etwa Rumänien und Bulgarien satte 50 bzw. 51 Prozent aufweisen.***

* ILO, *World Social Security Report. Providing coverage in times of crisis and beyond*, 2010/2011; www.ilo.org/gimi/gess/RessShow Ressource.do?ressourceId=15263,03/04/2011.

** United Nations, *Human Development Report 2010*; hdr.undp.org/en/statistics/mpi/; hdr.undp.org/en/statistics/mpi/; University of Oxford, "Press Release"; hdr.undp.org/en/media/MPI-Press-Release-OPHI-HDRO-14July2010.pdf; OPHI; www.un.org/en/ga/second/65/docs/foster.pdf; 02/04/2011.

*** 26/11/2010; EU, *Draft Joint Report on Social Protection and Social Inclusion 2010*; ec.europa.eu/social/main.jsp?catId=757&langId=en, 03/04/2011.



Seit 2007 baut die US-Regierung entlang der 3200 km langen Grenze zwischen den USA und Mexiko einen massiven Grenzzaun. Im Mai 2010 wurden von US-Präsident Obama zusätzliche 600 Millionen US-Dollar für Sicherheitskräfte und Grenzsicherung genehmigt. „*Sie haben mir tausendmal zugeschrien // Ich solle in mein Land zurückkehren // Weil ich hierher nicht passe / Ich will den Gringo daran erinnern: // Ich habe die Grenze nicht überquert // Die Grenze hat mich durchquert // Amerika ist frei geboren // Sie haben uns acht Staaten weggenommen // Wer ist der Eindringling? // Wir sind amerikanischer als der Sohn der Angelsachsen.* Song der Band Los Tigres del Norte

Migranten, Tijuana, Grenze Mexiko/USA, 1998 (Reportage über die Situation der Migranten für das katholische Hilfswerk „Adveniat“)

in Frage gestellt, wie das globale System der fort dauernden Produktion von Verarmung. So gesehen erscheint die neue globale Politik des sozialen Mindestschutzes als eine Art Infusion in die Dörfer und Armenviertel der Städte des Südens, die den totalen Kollaps des

sozialen und realen Körpers verhindern soll, obgleich dieser aufgrund der realen

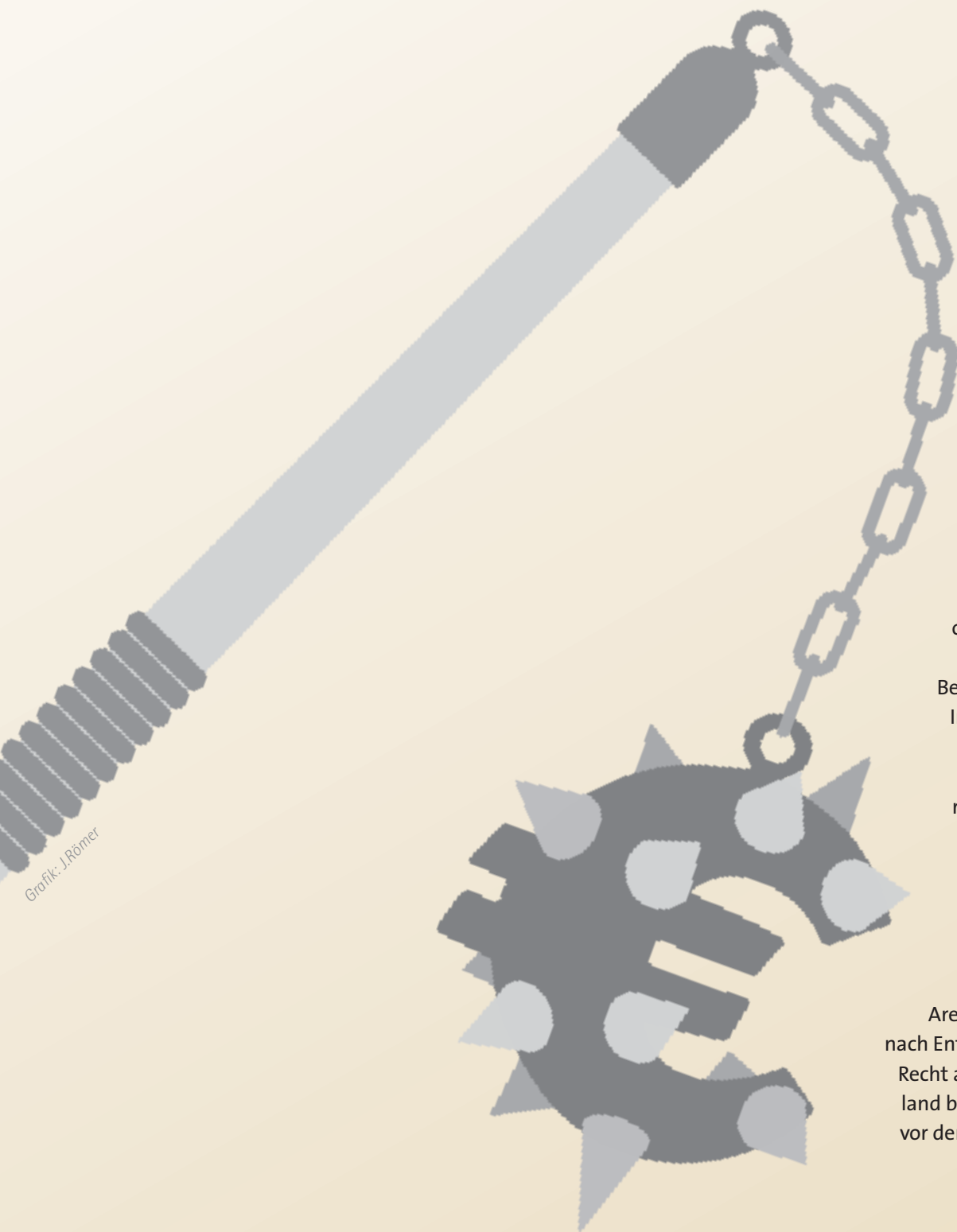
globalen Entwicklungsdynamik eigentlich schon längst Realität ist.

Susan Zimmermann ist Historikerin und lebt in Wien und Budapest. Sie forscht zur Geschichte internationaler Arbeitspolitik mit Fokus auf die Verquickung der Dimensionen Klasse, „Rasse“, Geschlecht und globale Ungleichheit. Als „Hobby“ beschäftigt sie sich mit aktueller Sozial- und Krisenpolitik.

Anmerkungen:

- 1 B. Deacon, A.P. Jakobi, A. Kaasch, *International Policy Networks and Basic Social Needs. Shaping Global Social Policy*. Paper presented to the Conference of ISA RC 19, Montreal, August 20-22, 2009, 28 (internet).
- 2 B. Deacon, *Global Social Policy. International Organisations and the Future of Welfare*, London 1997; B. Deacon, *Globalization and Social Policy. The Threat to Equitable Welfare*, Geneva 2000; N. Yeates (Hg.), *Understanding Global Social Policy*, Bristol 2008.
- 3 M. A. Orenstein, *Privatizing Pensions. The Transnational Campaign for Social Security Reform*, Princeton 2008.
- 4 K. Farnsworth, *Business and global social policy formation*, in: Yeates 2008, 73-99; L. Sklair, D. Miller, *Capitalist globalization, corporate social responsibility and social policy*, in: *Critical Social Policy* 30 (2010), 472-495; Sh. Razavi, R. Pearson (Hg.), *Globalization, Export-Oriented Employment and Social Policy*, Houndsmills 2004.
- 5 ILO, *The World Commission. Origins and Working Methods* (internet); Weltkommission für die soziale Dimension der Globalisierung, *Eine faire Globalisierung. Chancen für alle schaffen*, S. XIV (internet).
- 6 Ch.a Behrendt, *Crisis, opportunity and the Social Protection Floor*, in: *Global Social Policy* 10 (2010), 162-164.
- 7 L. Leisering, *Extending social security to the excluded. Are social cash transfers to the poor an appropriate way of fighting poverty in developing countries*, in: *Global Social Policy* 9 (2009), 246-272.
- 8 B. de la Brière, L. B. Rawling, *Examining Conditional Cash Transfer Programs: a role for increased social inclusion?*, 2006 (internet); S. Bradshaw, *From structural adjustment to social adjustment. A gendered analysis of Conditional Cash Transfer Programmes in Mexico and Nicaragua*, in: *Global Social Policy* 8 (2008), 188-207.
- 9 Leisering 2009; Banerji, *Building Social Protection Systems*, Geneva 2011 (internet).
- 10 IMF, *Human Development and Wealth Distribution*. By Dominique Strauss-Kahn. November 1, 2010; <http://www.imf.org/external/np/speeches/2010/110110.htm> <http://www.imf.org/external/np/speeches/2010/110110.htm>, 21/07/2011.
- 11 International Labour Conference, Report VI. *Social security for social justice and a fair globalization, ...* 2011 (internet); *The Social Protection Floor. A joint Crisis Initiative of the UN Chief Executives Board for Coordination on the Social Protection Floor* (internet).
- 12 ILO, *ILO Declaration on Social Justice for a Fair Globalization adopted by the International Labour Conference ... Geneva, 10. June 2008* (internet).
- 13 A. Artner, Jöjjon már Bruce Willis – avagy hol az USA aranya?; www.magyardiplo.hu/kezdlap/490-joejjoen-mar-bruce-willis-avagy-hol-az-usa-aranya, 20/07/2011.
- 14 *Recurrent Discussion on Social Protection*; <http://www.ilo.org/gimi/gess/RessShow> Ressource.do?ressourceId=23091 <http://www.ilo.org/gimi/gess/RessShow> Ressource.do?ressourceId=23091,20/07/2011; *International Labour Conference ends with a commitment*; <http://www.ilo.org/gimi/gess/ShowNews.do?nid=10007>; <http://www.ilo.org/gimi/gess/ShowNews.do?nid=10007>, 20/07/2011.
- 15 J. Elias, *Women workers and labour standards: the problem of 'human rights'*, in: *Review of International Studies* 33 (2007), 45-57.
- 16 Ch. Ewig, *Global Processes, Local Consequences. Gender Equity and Health Sector Reform in Peru*, in: *Social Politics. International Studies in Gender, State and Society* 13 (2006), 427-455; Bradshaw 2008, 191; Leisering 2009.
- 17 ILO, *Social Protection Floor Initiative*, 2010 (internet); ILO/Christian Jacquier, *South-South Dialogue on the Social Protection Floor Initiative. A Social Protection Floor for All*, 2010 (internet)
- 18 Leisering 2009, 265; Ewig 2006, 439 f.
- 19 Bradshaw 2008, 192, 197.

Kahlfraß 65 0



Grafik: J.Römer

Der Bogen scheint
schen Besatzung G
tischen Politik wirtsch
sicher Vernichtung i
gerten deutschen Rep
führung und zur aktuel
chenland. Weit gespann
oder Österreich.

Ein geistiger Bogen von de
Besitzer zum sozialen Kahlsc
Internationalem Währungsfo
bank und EU, wird in Griech
geschlagen. Und ein Zusam
raschenden Zugeständnis d
2000, in Griechenland l
den Euro einzuführen
derungen nach Entsch
und auf Reparationen v
in Griechenland gesehe
mutet. Hatte nicht das höc
Areopag, Anfang 2000 die Rech
nach Entschädigungszahlungen für
Recht auf Beschlagnahme deutsch
land bestätigt? Stand nicht im Jul
vor dem Goethe-Institut in Athen

1941-1944 // Kahlschlag 2010ff und Jahre verweigerter Reparationen // Oder: Wie der Euro nach Griechenland kam

37

weit gespannt – von der deut-
riechenlands mit der systema-
haftlicher Zerstörung und phy-
über die 65 Jahre lang verwei-
arationen bis hin zur Euro-Ein-
len EU-Politik gegenüber Grie-
t erscheint dies in Deutschland

er „Kahlfraß“-Politik der NS-
schlag der Troika, bestehend aus
onds, Europäischer Zentral-
enland von vielen Menschen
nmenhang zwischen dem über-
er EU-Kommission vom Juni
bereits ein halbes Jahr später
n, und dem Verzicht auf For-
ädigung für NS-Massaker
wird in einigen Kommentaren
und von vielen Menschen ver-
hste griechische Gericht, der
htmäßigkeit der Forderungen
NS-Opfer und zugleich das
nen Vermögens in Griechen-
i 2000 die Gerichtsvollzieherin
? Gab es nicht im Herbst 2000

diesen möglicherweise verfassungswidrigen Schritt der griechischen Regie-
rung unter Kostas Simitis gegen die Justiz des Landes, mit der die Beschlag-
nahme deutschen Eigentums unterbunden wurde? Und stellt sich nicht in
den letzten Jahren heraus, dass just in den Jahren 1999 bis 2007 ein großer
Teil des Spitzenpersonals der beiden griechischen Staatsparteien mittels
deutscher Schmiergelder in Höhe von mehr als 150 Millionen Euro buch-
stäblich eingekauft worden war?

Ehre, wem Ehre gebührt: Im Herbst 2010 wurde Georgos Papandreou mit
dem deutschen „Quadriga“-Preis ausgezeichnet. Laudator war Josef Acker-
mann. Der Deutsche Bank-Chef begründete die Verleihung dieses Top-Prei-
ses der deutschen Wirtschaft damit, dass Papandreou „die Kraft zur Wahr-
haftigkeit unter Beweis gestellt“ habe. Dabei muss man wissen: Papan-
dreou ist nicht nur Ministerpräsident Griechenlands in der heutigen Zeit,
wo der Euro das Land verwüstet. Georgos Papandreou war griechischer
Außenminister in der Zeit, als der Euro nach Griechenland kam. Also in jener
Zeit, als es den Griechen an „Wahrhaftigkeit“ so sehr gemangelt haben soll.

Hat es aber nicht. Lesen Sie dazu unser LP21-Spezial, das **Karl Heinz Roth**,
Winfried Wolf und **Georg Fülberth** verfassten: die Geschichte, wie der Euro
nach Griechenland kam (*Seiten 38-41*), die Darstellung des NS-Projektes
„Kahlfraß“ in den Jahren 1941 bis 1944 (*Seiten 42-50*), die Ausführungen zur
Aktualität und Höhe der Reparationsforderungen Griechenlands gegenüber
Deutschland (*Seiten 51-55*), die Beschreibung des aktuellen sozialen Kahl-
schlags, den die Troika in Griechenland betreibt (*Seiten 56-58*) – was auch in
unserer Rubrik „QaLü“ auf den *Seiten 2 und 3* dokumentiert wird. Und das
„Lexikon“ zum Thema Souveränität und EU (*Seite 59*).

Wie kam der Euro nach Griechenland?

Verdrängte die Angst vor Entschädigungszahlungen für NS-Opfer die Angst vor einem Euro-Debakel?

Winfried Wolf

38

Am 2. Mai 1998 entschieden die EU-Regierungschefs auf einem Sondergipfel in Brüssel „endgültig“ über die Zusammensetzung der Euro-Zone. Danach würde es elf Euro-Länder geben: Deutschland, Frankreich, Italien, Spanien, Portugal, Irland, Österreich, Belgien, die Niederlande, Finnland und Luxemburg. Drei EU-Mitgliedsstaaten – Dänemark, Schweden und Großbritannien – *wollten nicht dabei sein*.

Ein Land, Griechenland, *konnte* und *durfte* nach der ebenfalls einstimmigen Entscheidung der zukünftigen Euro-Länder nicht dabei sein. Es war die deutsche Regierung, die unmissverständlich klar

gemacht hatte, dass die grundlegenden Daten zur Ökonomie und zu den Finanzen Griechenlands eine solche Ausgrenzung unabdingbar machten.

Dann ging es atemberaubend schnell – in eine völlig andere Richtung. Ein Jahr später änderte die deutsche Regierung ihr zuvor striktes Nein zu einer Beteiligung Griechenlands in der Euro-Zone in ein bedingtes Ja. Teilnehmen sollte Griechenland dann, wenn sich die ökonomischen Grunddaten deutlich verbesserten. Wie durch Geisterhand halbierte sich im gleichen Jahr das griechische Budgetdefizit. Am 19. und 20. Juni 2000 wurde auf einem EU-Gipfel im nordportugiesischen Örtchen Maria da Feira Griechenland einstimmig das Attribut

„Euro-reif“ zugesprochen. Die Wortwahl des Beschlusses ist bemerkenswert: „Der Europäische Rat beglückwünscht Griechenland zur Konvergenz, die es in den letzten Jahren aufgrund seiner soliden Wirtschafts- und Finanzpolitik erreicht hat, und begrüßt die Entscheidung, dass Griechenland zum 1. Januar 2001 dem Euro-Währungsgebiet beitrifft.“

Die gängige Erklärung für diese flotte Kehrtwende um 180 Grad lautet: Die Griechen haben getrixt, getäuscht, gefälscht. Die EU und insbesondere die deutsche Bundesregierung seien von falschen Tatsachen ausgegangen. Erst seit jüngerer Zeit – gemeinhin wird hier der Zeitpunkt Ende 2009 genannt, also der Antritt der neuen griechischen Regie-



rung unter Georgios Papandreou – seien die tatsächlichen Fakten bekannt geworden. „Griechenland hätte nie den Euro bekommen dürfen“, urteilt heute Theo Waigel, der bis 1998 deutscher Finanzminister war. Auch Hans Eichel, Finanzminister im rot-grünen Kabinett in den Jahren 1999 bis 2005, konstatierte 2010:

„Rückblickend betrachtet muss man sagen: Ja, es war ein Fehler (Griechenland in die Euro-Zone aufzunehmen), weil die Finanzdaten wohl nicht gestimmt haben.“

Diese Version der Geschichte ist nicht stimmig. Da gibt es zunächst eine irritierende personelle Kontinuität: Als die EU im Juni 2000 Griechenland für Euro-würdig erklärte, war derselbe Georgios Papandreou, der heute Premierminister ist, griechischer Außenminister. Premier war der in Deutschland ausgebildete Wirtschaftswissenschaftler Konstantinos Simitis. Er lehrte bis 1975 an den Universitäten Konstanz und Gießen und war per „Du“ mit Gerhard Schröder, dem Bundeskanzler zur Zeit der Euro-Einführung. Papandreou und Simitis durften in Maria da Feira gemeinsam mit den „echten“ Euro-Ländern die Gläser, gefüllt mit altem portugiesischem Portwein, auf die Einheitswährung erheben.

War also Papandreou, der ehrliche Makler und Spar-Premier von heute, vor einem Jahrzehnt ein notorischer Lügner, Verschwender und Statistik-Fälscher? Wohl kaum. Oder besser: Nicht mehr, als dies allgemein auch in Kern-Europa üblich war und ist.

Alles seit 2000 bekannt

Die EU war von Anfang an gut darüber informiert, dass Griechenland wichtige Kriterien, die im Maastricht-Vertrag als relevant für eine Einheitswährung festgehalten sind, verfehlte. Die EU-Entscheidung zu Griechenland erfolgte insbesondere auf Basis der Berichte der Europäischen Zentralbank (EZB). Im Jahresbericht der EZB für das Jahr 2000 findet sich unter der Überschrift „Beitritt Griechenlands zum Euroraum“ eine Tabelle mit den „Makroökonomischen Indikatoren für Griechenland“. Die Tabelle wird hier oben rechts in ihren wichtigen Be-

	1994	1995	1996	1997	1998	1999	2000
Leistungsbilanz*	-0,1	-2,5	-3,7	-4,0	-3,0	-4,1	-7,1
Arbeitslosenquote**	8,9	9,1	9,8	9,7	11,2	12,0	11,3
Haushaltsdefizit in % des BIP	10,0	-10,2	-7,4	-4,6	-3,2	-1,8	-0,9
Bruttoverschuldung in % des BIP!	109,3	108,7	111,3	108,3	105,5	104,6	103,9
Wechselkurs Drachme geg. ECU bzw. Euro	288	303	306	309	331	326	340***

* Einschl. Vermögensübertragungen ** Erwerbslose in % der Erwerbspersonen *** Ende 2000

standteilen 1:1 wiedergegeben.

Danach war über den gesamten Zeitraum 1994 bis 1999 die griechische Leistungsbilanz negativ – mit wachsender Tendenz. Obgleich der Anteil des Haushaltsdefizits am Bruttoinlandsprodukt sich – nach den damaligen Zahlen – erheblich reduzierte, lag die Bruttoverschuldung als Anteil am Bruttoinlandsprodukt immer deutlich über 100 Prozent. Im Maastricht-Vertrag wurde als Maximum für diesen Indikator 60 Prozent festgelegt. Die Arbeitslosenquote lag auf Rekordniveau und stieg bis 1999 deutlich an, obgleich es sich in diesen Jahren um eine Schönwetterkonjunktur handelte. Insbesondere verschlechterte sich der Wechselkurs zwischen der Drachme und dem ECU (dem Euro-Vorläufer) bzw. dem bereits 1999 eingeführten Euro von Jahr zu Jahr. Allein zwischen 1994 und 2000 gab es eine Abwertung der griechischen Währung von 288 Drachmen je Ecu/Euro auf 340 Drachmen je Euro oder um 18 Prozent. Das besagt: Nur durch eine Abwertung der griechischen Währung gegenüber dem Durchschnitt der EU-Währungen um knapp ein Fünftel und binnen sechs Jahren konnte Griechenland seine Wettbewerbsfähigkeit innerhalb der EU einigermaßen erhalten. In anderen Worten: Dokumentiert wurde, dass bei Existenz einer EU-Einheitswährung unter Einschluss Griechenlands das Land wirtschaftlich ruiniert werden würde.

EU 2004: „Athen trixt“

Vier Jahre nach der Euro-Einführung tat die EU dann auch nach außen das kund, was sie immer wusste. 2004 teilte das EU-Statistikamt Eurostat mit, in den Jahren 2000 bis 2003 habe die griechische Neuverschuldung die „rote Linie“ von 3 Prozent des BIP deutlich über-

sritten. Die bisherigen offiziellen Zahlen Griechenlands wurden korrigiert, auch diejenigen für 2000, wo das Defizit anstelle von den gemeldeten rund 1 Prozent bereits 4 Prozent des BIP ausgemacht hatte. Eurostat führte auch konkret aus, wie die geschönten Zahlen zustande gekommen waren. Es handelte sich in der Regel nicht um plumpe Fälschungen. Vielmehr hatten weltweit führende Privatbanker die griechische Regierung in speziellen Formen der sogenannten kreativen Buchführung beraten, so dass, laut Eurostat, „die Militärausgaben zu gering und die Überschüsse der Sozialfonds zu hoch in die Haushaltszahlen einflossen“. Kanzlerin Merkel empörte sich darüber im Jahr 2010: „Es ist eine Schande, dass Banken wie Goldman Sachs, die uns schon an den Abgrund gebracht haben, auch noch beim Fälschen der Statistiken in Griechenland mit dabei waren.“ Tatsächlich aber hatten mehrere Euro-Länder ihre Statistiken auf vergleichbare Art geschönt – darunter Deutschland. Doch auch dieser Eurostat-Bericht blieb folgenlos.

Vier Gründe

Alle wussten also Bescheid. Fast alle konnten sich zusammenreimen, dass das Projekt der Einheitswährung extrem riskant und Griechenland das erste Mitglied in Euroland sein würde, das mit der Einheitswährung einer Zerreißprobe ausgesetzt werden würde. Wie lässt sich die erstaunliche Wende, Griechenland binnen weniger Monate von „Nicht Euro-reif“ auf „Euro-reif“ zu qualifizieren, erklären? Dafür gab es zunächst allgemein politische, sodann kurzfristige ökonomische Gründe, desweiteren einen strategisch-militärischen und am Ende auch einen für Deutschland höchst spezifisch politischen Grund.

Allgemein politisch machte es sich nicht gut, einen einzelnen EU-Mitgliedsstaat gegen dessen erklärten Willen beim Euro-Projekt außen vor zu lassen. Zumal viele Argumente, die gegen Griechenland als Euro-Mitgliedsland sprachen, auch gegen die portugiesische, die italienische oder die belgische Mitgliedschaft im exklusiven Euro-Club vorgebracht werden konnten. Portugal war vergleichbar strukturschwach wie Griechenland. Italiens und Belgiens Anteil der öffentlichen Schulden lag bereits im Jahr 2000 bei mehr als 100 Prozent.

Ökonomisch brachte jede Erweiterung der späteren Eurozone den stärksten Konzernen und Banken in der EU – also in erster Linie den deutschen – Vorteile. Damit wuchs der Markt, in den diese unter optimalen Bedingungen vordringen können – ohne Abwertungen der nationalen Währung und damit Entwertungen ihrer Engagements fürchten zu müssen. Hier handelte es sich allerdings um eine national-bornierte, vor allem den deutschen Konzernen und Banken zu Gute kommende Position. Mittelfristig liegen auch die ökonomischen Kosten für die deutsche Seite deutlich höher als die kurzfristigen materiellen Vorteile. Das wurde spätestens im Frühjahr 2010 mit dem ersten Aufbrechen der Krise in Griechenland deutlich. Und vor allem ist das Spiel, das hier gespielt wird, extrem riskant.

Kosovo-Krieg In der heißen Phase zur Debatte um einen griechischen Beitritt zur Einheitswährung hatten die Nato und die EU den Krieg gegen die Bundesrepublik Jugoslawien vom Zaum gebrochen. Beginnend im Frühjahr 1999 und bis September dieses Jahres kam es zu Konstellationen, die in Griechenland fatal an die NS-Zeit erinnerten: Ein von Deutschland militärisch mitgetragener Krieg gegen Serbien; deutsches militärisches Material, das im Hafen von Saloniki angelandet wurde und dann auf dem Landweg Richtung Serbien rollte; eine griechische Bevölkerung, die zu mehr als 90 Prozent diesen Krieg ablehnte und mehrheitlich Serbien als Bündnispartner sah. Eine Regierung in Athen, die in dieser Situation offensiv die griechischen Interessen vertreten hätte, hätte der Nato enorme Probleme bereitet. Tat-

sächlich beließ es die griechische Regierung unter Simitis bei verbalen Protesten – sicherlich auch dank der Wende in der Euro-Frage.

Schließlich gab es für die Bundesregierung auch ein sehr handfestes **politisches** Argument, die griechische Seite in dieser Zeit mit dem Geschenk der Einheitswährung ruhig zu stellen. Seit Herbst 1997 hatten mit dem Urteil des griechischen Landgerichts von Levandia griechische Opfer von NS-Massakern erstmals seit Ende des Zweiten Weltkriegs realistische Chancen, deutsche Entschädigungszahlungen durchzusetzen. Am 4. Mai 2000 bestätigte der Areopag, der Oberste Gerichtshof, die Rechtmäßigkeit des Levandia-Urteils, wonach Deutschland 54 Millionen Euro an Entschädigung für die Opfer des Massakers in Distomo zu zahlen hatte. Da die Bundesregierung durch Außenminister Fischer mitteilen ließ, den vergleichsweise geringen Betrag nicht zahlen zu wollen, gab der Areopag zugleich grünes Licht für eine Beschlagnahme deutschen Eigentums in Griechenland. Nur eine Woche später hieß es in einem vertraulichen Dokument des deutschen Finanzministeriums: „Das Bundeskanzleramt wünscht eine Befassung des Kabinetts über die Einführung des Euro in Griechenland.“ Kritik aus dem konservativen deutschen Lager – etwa aus den Reihen der Bundesbank – wurde rigoros abgebügelt. Am 24. Mai beschloss das Kabinett das Ja zum griechischen Euro-Beitritt. Am 7. Juni 2000 fasste der Bundestag einen vergleichbaren Beschluss – die CDU/CSU-Opposition verzichtete überraschenderweise auf den zu erwartenden Gegenantrag. Am 19. Juni fand der bereits beschriebene entscheidende EU-Gipfel in Portugal statt. Am gleichen Tag (!) erklärte der griechische Justizminister Michalis Stathopoulos in einem Interview in der *Berliner Zeitung*, „dass die Frage nach Reparationen auch 55 Jahre nach Kriegsende politisch als nicht abgeschlossen betrachtet wird.“

Und vier Wochen später stand die Gerichtsvollzieherin vor dem deutschen Goethe-Institut in Athen, um das Areopag-Urteil zu vollstrecken und deutsches Vermögen zu pfänden. Im September entschied dann das Oberlandesgericht

Athen, dass vor einer Vollstreckung die Zustimmung des griechischen Justizministers eingeholt werden müsse. Stathopoulos verweigerte dann prompt die Zustimmung. Damit griff in einem verfassungsrechtlich fragwürdigen Akt die griechische Regierung, die Exekutive, in das Verfahren der Judikative ein und verhinderte jegliche Beschlagnahmeaktion deutschen Vermögens zur Entschädigung von Opfern der NS-Massaker.

Doch inzwischen war Griechenland ja als Euro-würdig befunden worden. Die Zeit drängte. Nur sechs Monate später fand in Griechenland eine Währungsumstellung statt, auf die sich die anderen elf Euro-Länder drei volle Jahre hatten vorbereiten müssen. Inzwischen flossen auch die ersten Millionen Euro an Schmiergeldern, die die deutschen Konzerne Siemens und Ferrostaal-MAN „zur Pflege der politischen Landschaft“ in Griechenland „investierten“. Durch deutsche Gerichte geklärt ist inzwischen, dass zwischen 1999 und 2007 *pro Jahr* rund 15 Millionen Euro an Schmiergeldern an führende Politiker der beiden Parteien PASOK und Nea Demokratia gezahlt wurden. Dabei ging es in der Regel um spezifische Aufträge im militärischen Bereich (U-Boote, Panzer), im Verkehrsbereich (U-Bahn Athen) und im Baugewerbe (Olympiade). Ein wichtiges Resultat dabei war jedoch auch, dass die griechische politische Klasse auf diese Weise zu einem großen Teil von deutschen Zuwendungen abhängig und erpressbar gemacht wurde. Es dürfte in Europa kein anderes Land gegeben haben, in dem derart konzentriert die herrschende politische Kaste aufgekauft wurde; eine Bilanz in der *Welt* lautet: „Ein Untersuchungsausschuss des griechischen Parlaments hatte die Causa Siemens durchleuchtet und herausgefunden, dass die halbe griechische Regierung der damaligen Jahre bestochen worden war, allen voran der damalige Ministerpräsident Kostas Simitis.“

In der Zeitleiste (S. 41) ist die Parallelität zwischen Euro-Verweigerung für Griechenland bzw. Ja zu einem griechischen Beitritt zur Euro-Zone und die politische und juristische Zuspitzung bei den Forderungen nach Entschädigung zusammengestellt.

LP21-Spezial >> Griechenland & die Euro-Krise

Zeitleiste	Stationen der Einführung des Euro in Griechenland	Entschädigungsforderungen von griechischen Massaker-Opfern und Aktualität der Reparationen
1990	Deutsche Vereinigung. Zwei-plus-Vier-Vertrag. Reparationen und Entschädigungen für Opfer von NS-Massakern finden keine Erwähnung	Die jeweiligen griechischen Regierungen erklären wiederholt, dass mit der Wiedervereinigung das Londoner Schuldenabkommen von 1953 obsolet ist und damit die Reparationsleistungen und Entschädigungen für Opfer von NS-Massaker auf der Tagesordnung stehen.
1997/ 1998	Es bleibt auf EU-Ebene und insbesondere in Deutschland dabei: Der Euro wird in Griechenland nicht eingeführt. Der <i>Spiegel</i> schreibt z.B. 1998: „14 EU-Mitgliedsländer erfüllen die beiden wichtigsten Kriterien für die Währungsunion, nur Griechenland nicht.“ (10/1998) Am 2. Mai 1998 entscheiden die EU-Regierungschefs in Brüssel endgültig über die Zusammensetzung der Euro-Zone. Elf EU-Länder sind dabei – Großbritannien, Dänemark und Schweden nicht, weil sie den Schritt nicht bzw. noch nicht mit vollziehen wollen. Griechenland nicht, weil das Land nicht als Euro-reif gewertet wird. September 1998: Wahlsieg von SPD und Grünen. Neue Regierung unter Kanzler Gerhard Schröder (SPD) und Außenminister Joseph Fischer (Grüne)	Am 30.10.1997 verurteilt das Landgericht Levandia (Griechenland) Deutschland zur Zahlung von 54 Millionen DM als Entschädigung für die Hinterbliebenen des NS-Massakers in Distomo. Die deutsche Regierung unter Kanzler Helmut Kohl legt gegen das Urteil Revision beim obersten Gerichtshof Griechenlands ein.
1999	Führende deutsche Politiker erklären erstmals, dass Griechenland die Einheitswährung einführen könne, wenn spezifische ökonomische Ziele erreicht würden.	
April/ Mai 2000	April: Der ehemalige hessische Landeszentralbankchef Hans Reckers – Mitglied im Zentralbankrat der Deutschen Bundesbank - kritisiert öffentlich den Beitritt Griechenlands zur WWU. Bundesfinanzminister Hans Eichel interveniert mit einem (erst im August 2011 publik gewordenen) Brief bei Bundesbank-Chef Ernst Welteke gegen die Kritik von Hans Reckers. Mai: Die EU-Kommission empfiehlt erstmals, den Euro auch in Griechenland einzuführen. 24. Mai: Das rot-grüne Bundeskabinett fasst den Beschluss zugunsten einer Aufnahme Griechenlands in den Euro-Club und will dazu eine Bundestagsentscheidung herbeiführen	In seinem Urteil vom 4. Mai bestätigt das Oberste Gericht Griechenlands, der Areopag, das Levandia-Urteil. Es handle sich um Kriegsverbrechen, bei denen die „Staatenimmunität“ nicht zum Tragen komme. Da die Verbrechen in Griechenland stattfanden, könnten die Hinterbliebenen sehr wohl vor einem griechischen Gericht klagen. Die SPD-Grünen Bundesregierung verweigert jegliche Zahlung. Sie will keinen „Präzedenzfall“ schaffen. Allein die griechischen Forderungen zur Entschädigung von Opfern der NS-Massaker addieren sich auf bis zu 20 Milliarden Euro.
Juni / Juli 2000	7. Juni: Der Bundestag beschließt mit der rot-grünen Mehrheit – unterstützt von großen Teilen der CDU und der Fraktion der PDS – Griechenland kurzfristig in den Euro-Club aufzunehmen und entsprechend auf dem kommenden EU-Gipfel zu votieren. 19. Juni: Auf dem EU-Gipfel im portugiesischen Santa Maria da Feira wird bestätigt, dass Griechenland alle Kriterien für eine Euro-Einführung am 1.1.2001 erfülle.	12. Juli: Eine Gerichtsvollzieherin vollstreckt auf Grundlage der Entscheidung des Areopags das Urteil von Levandia und leitet ein Beschlagnahmeverfahren beim deutschen Goethe-Institut in Athen ein. Der Termin der Zwangsversteigerung wird auf September 2000 festgelegt. Der deutsche Botschafter in Athen, Karl Heinz Kuhna, interveniert beim griechischen Außenministerium. Der deutsche Außenminister Joseph Fischer nennt die Maßnahme „völkerrechtswidrig“. Die griechische Regierung wird aufgefordert, auf die Entscheidungen der gr. Justiz Einfluss zu nehmen. Die gr. Regierung distanziert sich von dem Areopag-Urteil. Eine parallel bereits eingeleitete Zwangsversteigerung des Deutschen Archäologischen Instituts in Athen wird von derselben Gerichtsvollzieherin (Konstantina Papaspyrou), die die Beschlagnahme des Goethe-Instituts vornahm, kurzfristig abgesetzt – „aus privaten Gründen“. September: Ein Eilantrag der Bundesregierung gegen die für den 19.9. angesetzte Zwangsversteigerung des Goethe-Instituts wird vom Athener Oberlandesgericht zurückgewiesen. Kurz darauf entscheidet dasselbe Gericht, dass vor einer Vollstreckung der Zwangsversteigerung der griechische Justizminister dieser Maßnahme zustimmen müsse. Derselbe – Michail Stathopoulos – verweigert die Zustimmung. Kritiker dieser Entscheidung sehen darin eine verfassungswidrige Intervention der Exekutive gegenüber der Judikative.
2008-2010		Nachdem die Forderungen griechischer und italienischer Opferverbände in Italien juristisch anerkannt und deutsches Vermögen in diesem Land zeitweilig beschlagnahmt wurde, reichte die Bundesregierung (Merkel/Steinmeier) am 23. Dezember 2008 Klage beim Internationalen Gerichtshof in Den Haag ein. Sie fordert darin, dass die italienische Justiz künftig das Prinzip der „Staatenimmunität“ anzuerkennen habe und entsprechende Urteile, in denen die Bundesregierung zu Schadenersatz wegen NS-Kriegsverbrechen verklagt werde, unzulässig seien.

Kahlfraß

Nicht nur „ein paar
niedergebrannte
Ortschaften“ –
Die Zerstörung
der griechischen
Volkswirtschaft
während der
deutschen
Besatzung
1941-1944

42

Karl Heinz Roth

Distomo, Kalavryta, Kommeno... Das sind die bekanntesten Namen jener Hunderte von Dörfern, Weilern und Kleinstädten, die die deutschen Okkupanten während des zweiten Weltkriegs ausgelöscht haben – und zwar häufig nach grausigen Massakern an ihren Einwohnern. Sie haben sich in den vergangenen Jahrzehnten zu Gedenkstätten entwickelt, in denen sich Griechen und Deutsche begegnen. Gemeinsame Initiativen gegen das Vergessen und zur Entschädigung der Nachkommen dieser Gemeinden wurden gegründet.¹

Dabei entstanden Freundschaften, deren Grundlage die gemeinsame Aufarbeitung der lokalen Katastrophen bildet. Wenn wir die Veröffentlichungen zu diesem Thema durchblättern, dann erkennen wir, dass in ihnen nicht nur Geschichte rekonstruiert wurde. Es wurden insbesondere auch Exklaven geschaffen, die die Akteure vor dieser Kälte der offiziellen deutsch-griechischen Beziehungen abschotteten, wie sie gerade in den letzten Monaten mit dem Diktat der deutsch geprägten EU-Politik gegenüber Griechenland deutlich wurde.²

Allen diesen Initiativen verdanken wir viel. Sie sind Fixpunkte, die eine der finstersten Episoden der deutsch-griechischen Geschichte im kollektiven Gedächtnis verankert haben. Sie machen es den Beteiligten möglich, sich jenseits der fortbestehenden Traumatisierungen zu bewegen, die sonst unweigerlich bei jeder deutsch-griechischen Begegnung mitschwingen. Aber diese Exklaven umfassen nicht das ganze Ausmaß der Zerstörungen. Sie haben der brutalen Asymmetrie der aktuellen deutsch-griechischen Beziehungen deshalb nur wenig entgegenzusetzen. Die Forderung nach der Entschädigung der Nachkommen einiger Dorfgemeinden erscheint als hilflose Geste, die sich nicht verallgemeinern lässt.

Infolgedessen behandeln die bundesdeutschen Machteliten diese Tendenzen

zur Aussöhnung „von unten“ als exotische Randerscheinung, die ihre Agenda nicht stört. Dafür – und für die damit einhergehende Verweigerung jeglicher historischer Verantwortung – zahlen sie allerdings einen hohen Preis. Sie leiden unter einem ausgesprochenen Griechenlandkomplex. Sie verzeihen dem kleinen südosteuropäischen Partner der Alliierten bis heute nicht, dass er sich der Okkupation so entschieden widersetzte. Und sie haben bis heute nicht vergessen, dass die Besatzungsherrschaft in kürzester Frist scheiterte und Griechenland wirtschaftlich ruinierte.

Deshalb blieben die Hypotheken des zweiten Weltkriegs gerade im Fall Griechenland so allmächtig. Die bundesdeutschen Führungsetagen und Funktionseliten aus Wirtschaft, Politik und Medien befinden sich bis heute in einer affektiven Erstarrung, die durch eine Mischung aus Arroganz, Verunsicherung und Verachtung übertüncht wird. Vor diesem Hintergrund ist auch die gegenwärtig von Berlin diktierte Linie der harten Hand gegenüber der am stärksten verschuldeten Nationalökonomie der Euro-Zone zu verstehen. Dass die griechische Strukturkrise auch mit den langfristigen Folgen der ungeheuren Zerstörungen des zweiten Weltkriegs zu tun hat, wird systematisch ausgeblendet und zum Tabu erklärt.

Verlassen wir die schützenden Exklaven der Erinnerungskultur an den Rändern der beiden Gesellschaften. Wagen wir den Tabubruch: Schlagen wir eine Brücke zwischen der katastrophalen Vergangenheit und der monströsen Gegenwart der deutsch-griechischen Beziehungen. Es gilt, gegen den Aberwitz der deutschen Griechenlandpolitik Front zu machen und die historische Dimension ins Spiel zu bringen. Bilanzieren wir deshalb in einem ersten Schritt, wie die Deutschen während des zweiten Weltkriegs die griechische Volkswirtschaft in den Abgrund gestürzt haben. Und listen wir anschließend auf, in welchem Ausmaß die heutige Führungsnation der Europäischen Union gegenüber dem Partnerland Griechenland *in der Schuld* steht.

Jannis Ritsos

„So viele Jahre hungern sie alle, dürsten und fallen sie,
belagert zu Land und zu Wasser;
die Hitze hat ihnen die Äcker zerfressen, und das
Salz ist durch die Hauswände gedrungen,
der Wind hat ihnen die Türen abgerissen und den
wenigen Flieder des Platzes,
durch die Löcher ihres Überrocks kommt und geht der Tod,
rauh ist ihre Zunge wie ein Zypressenzapfen; die Hunde sind
ihnen gestorben, eingehüllt im eigenen Schatten;
der Regen peitscht ihre Knochen.
Auf den Gipfeln versteinert, rauchen sie Kuhmist, rauchen
sie Nacht,
spähen aufs tobende Meer, wo
der zerbrochene Mast des Mondes versank.
Das Brot ist alle, die Kugeln sind alle,
jetzt füttern sie die Kanonen nur noch mit ihrem Herzen.“*

43

Zerstörung der griechischen Volkswirtschaft 1941 – 1944

Am 6. April 1941 überfiel die Wehrmacht Jugoslawien und Griechenland.³ Während die Führung der NS-Diktatur im Fall Jugoslawien unmittelbar auf einen ihr missliebigen politischen Machtwechsel reagierte, hatte sie die Aggression gegen Griechenland von langer Hand vorbereitet. Die griechische Armee hatte eine Ende Oktober 1940 von Albanien aus gestartete italienische Offensive zurückgeschlagen und ein britisches Expeditionskorps zur Unterstützung ins Land gelassen. Durch diese Entwicklung sahen die Deutschen die für sie strategisch entscheidenden rumänischen Ölfelder und ihren gegen die Sowjetunion geplanten Angriffskrieg von der südosteuropäischen Flanke her bedroht.

Weder Jugoslawien noch Griechenland waren in der Lage, dem mit großer

operativer und materieller Überlegenheit vorgetragenen Angriff der 12. Armee der Wehrmacht stand zu halten. Die Wehrmachtführung nutzte diesen „Blitzkriegs-Exkurs“ zugleich als Experimentierfeld, indem sie die für den Überfall auf die Sowjetunion entwickelten Strukturen des raubwirtschaftlichen „Kahlfräbes“ am Beispiel der beiden Länder erprobte. Beim Generalstab der 12. Armee wurde ein Verbindungsoffizier des Wehrwirtschafts- und Rüstungsamts des Oberkommandos der Wehrmacht (OKW) eingesetzt, dessen Aufgabe darin bestand, alle beweglichen Wirtschaftsgüter zu plündern und ins Reich abzutransportieren. Anschließend sollten die beiden Nationalökonomien so umgesteuert werden, dass sie in erster Linie der Versorgung der Besatzungstruppen und des rohstoffhungrigen Machtzentrums der faschistischen „Achse“ dienten. Zu die-

*Aus: Jannis Ritsos, „Romiosini“ (Athen 1945-47); hier in: J.R., *Milos geschleift*, Heyne Lyrik Nr 31, übersetzt von Thomas Nicolaou



Als „Kahlfraß“ bezeichneten die Wirtschaftsoffiziere der Wehrmacht in ihren Kriegstagebüchern und Lageberichten die härteste und brutalste Form der Ausplünderung eines besetzten Gebietes, wie sie vor allem in Griechenland, Jugoslawien und den okkupierten Territorien der Sowjetunion praktiziert wurde. Sie wurde, vor der Übergabe von Besatzungsgebieten an verbündete Regimes, im Vorstadium von Rückzugsoperationen und bei der Entvölkerung solcher Regionen angewandt, die vom Partisanenwiderstand kontrolliert wurden, um diese in „Tote Zonen“ zu verwandeln.

Nach der Erteilung des „Kahlfraß“-Befehls durch die Armee- und Heereswirtschaftsführer wurden das Vieh abgetrieben oder geschlachtet, alle Lebensmittel- und Rohstoffvorräte abtransportiert und alle kriegswirtschaftlich verwertbaren Zwischenprodukte, Fertigfabrikate und Produktionsmittel (Werkzeuge, Maschinen und Anlagen) entfernt. Die gesellschaftlichen Produktions- und Reproduktionsmöglichkeiten waren komplett ausgeschaltet und der Hungertod der Zivilbevölkerung bewusst in Kauf genommen.

Quellen: Bundesarchiv-Militärarchiv Freiburg i. Br., Bestände RH 20-11, RH 20.12, RH 20-17, RW 31, RW 46.

sem Zweck wurde die Wehrwirtschafts- abteilung mit Managern der deutschen Großunternehmen und Wirtschaftsverbände besetzt. Zusätzlich wurden „Wirtschaftskommandos“ als regionale Ableger gebildet. Im Verlauf der Besatzungsherrschaft wurden diese „Wehrwirtschaftsstäbe“ analog zu den Veränderungen der militärischen Spitze mehrfach modifiziert. Aber sie behielten bis zuletzt das Heft in der Hand. Die Griechenland-Bevollmächtigten des Auswärtigen Amtes, die sich bemühten, eine loyale Kollaborationsschicht herauszubilden, hatten bei allen wichtigen Entscheidungen das Nachsehen. *Kurz: Jugo-*

slawien und Griechenland waren wie bald darauf die besetzten Gebiete der Sowjetunion den schrankenlosen Raub- und Ausbeutungsinteressen der deutschen Kriegsmaschinerie unterworfen.

In Griechenland kam diese besonders rücksichtslose Variante der deutschen Okkupationspolitik auch deshalb sofort zum Tragen, weil die Deutschen das Land in drei Besatzungszonen aufteilten und die für sie strategisch weniger wichtigen Gebiete ihren Bündnispartnern Italien und Bulgarien überließen. Bevor sie diese Territorien nach und nach an die italienischen und bulgarischen Besatzungsbehörden abtraten, plünderten sie sie

mit besonderer Gründlichkeit. Gleichzeitig sicherten sie sich den Zugriff auf die strategisch wichtigen Rohstoffe, indem sie die gesamte Montanindustrie unter ihre Kontrolle brachten. Infolgedessen waren in den ersten Besatzungsmonaten alle griechischen Territorien ihren Raubzügen ausgesetzt.

In der Tat wurde Griechenland systematisch ausgeraubt. Anfang Juni 1941 lagen im Hafen von Saloniki große Mengen von Chromerz-, Zink-, Zinn-, Kupfer- und Bleikonzentraten transportbereit in Richtung Deutschland. Zusätzlich brachten deutsche Industriemanager die Jahresproduktionen dieser Industriemetalle unter ihre Kontrolle, ebenso diejenigen von Bauxit, Mangan, Nickel, Molybdän und Schwefelkies. Der Gesamtwert der jährlichen Rohstoffexporte bezifferte sich damit auf 45 bis 50 Millionen Reichsmark (RM). Aber auch große Mineralöl- und Kohlevorräte sowie die wichtigsten landwirtschaftlichen Exportprodukte wurden weggeschafft, darunter 71 000 Tonnen Rosinen, 18 000 Tonnen Olivenöl, 7 000 Tonnen Baumwolle, 3 500 Tonnen Zucker, 3 000 Tonnen Reis und 305 Tonnen Seidenkokons. Darüber hinaus konfiszierten die Wirtschaftsoffiziere die Werkzeugmaschinen des Bodsakis-Rüstungskonzerns und große Teile des rollenden Materials der Eisenbahn.

Das bedeutendste Beutegut aber war der Tabak. Unter der Regie des Reemtsma-Managers Otto Lose wurde die gesamte Ernte der Jahre 1939 und 1940 beschlagnahmt und abtransportiert. Es handelte sich um 85 000 Tonnen Orienttabake im Gegenwert von 175 Millionen RM, die für eine komplette Jahresversorgung des „großdeutschen Reichs“ mit Zigaretten ausreichten und dem Reichsfiskus ein Tabaksteueraufkommen von 1,4 Milliarden Reichsmark (RM) einbrachten.

Für diese „Ankäufe“ stellten die Beute- und Erfassungskommandos der 12. Armee Lieferbescheinigungen aus, die Zahlungsversprechen für die Zeit nach Kriegsende enthielten, oder sie bezahlten mit „Reichskreditkassenscheinen“, dem Besatzungsgeld der Wehrmacht,

zum Preisstand von 1939. Diese fiktiven Zahlungsverprechen und Zahlungen mussten von der am 30. April 1941 installierten Kollaborationsregierung des Generals Tsolakoglu mit Krediten oder mit Bargeld – in Drachmen – refinanziert werden. Infolgedessen blieb ihr nichts anderes übrig, als die Notenpresse anzuwerfen, ihren Staatshaushalt zu überschulden und das Bilanzvolumen der Griechischen Nationalbank defizitär aufzublähen. Dies war der erste Schritt in die Hyperinflation, die Kehrseite des Raubzugs. Die Talfahrt der griechischen Wirtschaft wurde zusätzlich dadurch beschleunigt, dass ihr gesamter Verarbeitungssektor seine Rohstoffbasis verlor und die Produktion drastisch heruntergefahren werden musste.

Im August 1941 beendeten die drei Okkupationsmächte die Plünderungs-etappe. Sie gingen nun dazu über, den für ihre Besatzungstruppen unverzichtbaren gewerblichen Kern der kleinen griechischen Volkswirtschaft zu reorganisieren, die für das Reich bestimmte Rohstoffproduktion anzukurbeln und die übrigen ökonomischen Ressourcen zur Finanzierung der Besatzungskosten zu mobilisieren. Auf diese Weise kristallisierten sich *drei Schlüsselbereiche* der mittelfristig angelegten Ausbeutung heraus, die nun formell in griechischer Währung, der Drachme, abgewickelt wurde: Erstens die außenhandelspolitische Abschöpfung im Rahmen des bilateralen Verrechnungsverkehrs, zweitens die direkten Rohstoffexporte der Montanunternehmen, und drittens die Abpressung von Besatzungskosten zur Finanzierung der Besatzungstruppen einschließlich deren militärischen Infrastrukturvorhaben. Für alle diese Operationen stellten die Wirtschaftsoffiziere und „Sonderführer“ der Wehrwirtschaftsabteilung des Wehrmachtbefehlshabers den organisatorischen Rahmen, während der Griechenland-Bevollmächtigte des Auswärtigen Amtes den Verwaltungsapparat der Kollaborationsregierung geld- und fiskalpolitisch in die Pflicht nahm. Innerhalb dieses Rahmens konnten dann die Unternehmensniederlassungen der „ersten Stunde“ – Krupp,



Fotos v.o.n.u.: Hungerwinter 1941/42, Athener Hauptfriedhof Winter 1941/42, Deutsche Soldaten in einem Athener Kafeneon, 1941, „Wachsoldat“ (Propaganda-Postkarte von 1941), Denkmal für die Widerstandskämpfer in Distomo

„Kunst genießen – Massaker vergessen“



Aus Protest gegen die Haltung der deutschen Regierung, keine Entschädigungen an Massaker-Opfer in Griechenland zu bezahlen, gab es am 9. Juni 2002 vor dem Berliner Pergamon-Museum eine Kundgebung. Dabei wurde ein Flugblatt verteilt, aus dem die folgenden Auszüge stammen:

„Der deutsche Urlauber liebt Griechenland und die Stätten der Antike, verdrängt aber gern die jüngere Geschichte.“ (Der Historiker Martin Seckendorf)

Morgen ist der 58. Jahrestag des Massakers in Distomo. Am 10. Juni 1944 überfielen Angehörige der 4. SS-Polizei-Panzer Grenadier-Division das griechische Dorf Distomo und ermordeten 218 Bewohnerinnen und Bewohner jeglichen Alters. Wir sind hier, um Öffentlichkeit für die Überlebenden und ihre legitimen Forderungen herzustellen.

Das Pergamonmuseum ist dafür bestens geeignet. Es wurde 1875 von Kaiser Wilhelm I. nach der deutschen Reichsgründung und vor dem Hintergrund geplanter Weltmachtpolitik in Auftrag gegeben, da – so der offizielle Katalog dieses Museums – Deutschland „eine neue kulturelle Legitimation auf allen Gebieten [brauche]“. (...) Dementsprechend wurden korrupten Potentaten für ein paar Mark antike Kunstschätze abgehandelt, die dann in das Deutsche Reich verschifft wurden. (...) Wohl nicht zufällig eröffnete Wilhelm II. das erste Pergamonmuseum 1901 an genau dem Tag, an dem er auch Fertigstellung der Berliner „Siegesallee“ mit all ihren militaristischen Denkmälern feierte.

Für dieses Verhältnis von „Kunstsinne“ und Krieg steht auch der bemerkenswerte Umstand, dass Hitler direkt nach der militärischen Besetzung Griechenlands 1941 persönlich weitere deutsche archäologische Ausgrabungen der klassischen Stätten von Olympia anordnete. (...) Oberaufseher der Grabungen wurde ein eigens abkommandierter Sturmbannführer der SS, die zur selben Zeit Kriegsverbrechen an Griechen und Griechinnen verübte. Dieses Interesse an hellenischen Kunstwerken ging einher mit der Ausbeutung der Bodenschätze Griechenlands für die Nazi-Kriegswirtschaft, mit der Verachtung, Erniedrigung und Geiselnahme der griechischen Zivilbevölkerung und der Liquidierung griechischer KommunistInnen und WiderstandskämpferInnen.

Während der deutschen Besatzung (...) wurden 460 griechische Ortschaften völlig zerstört und etwa 60 000 Zivilpersonen, Frauen, Männer und Kinder umgebracht. 65 000 griechische Jüdinnen und Juden wurden deportiert und ermordet. (...) Distomo ist nur eines von über 60 größeren und fast unbekannteren Massakern, das deutsche Truppen (...) in Griechenland verübten. Nur drei seien beispielhaft erwähnt:

Soldaten der 1. Gebirgsjägerdivision „Edelweiß“ vernichteten am 16. August 1943 das griechische Dorf Kommemo und ermordeten 317 Einwohner. (...) Im Dezember 1943 zerstörte die 117. Jägerdivision die Kleinstadt Kalavryta und 24 Dörfer in der Umgebung, mehr als 1300 Männer wurden erschossen. (...) Auf Kreta ermordete im September 1943 eine Einheit der 22. Infanteriedivision fast 500 Einwohner der kretischen Ortschaft Vianos. (...)

In den letzten Jahren hat sich die neue „Berliner Republik“ in Richtung Großmacht aufgemacht. Militäreinsätze in aller Welt korrespondieren mit der aufwendigen Restaurierung der Museumsinsel. Während die Restaurierung zur mehr als eine Milliarde Euro kostenden nationalen Aufgabe erklärt wird, gibt es für die Entschädigung griechischer Überlebender keinen Cent.

I.G. Farben, Reemtsma, AEG, Siemens, Rheinmetall-Borsig, die Bau-Einsatzfirmen der Organisation Todt, die Aluminiumindustrie und der Großhandel – ihre Positionen weiter ausbauen. Gleichzeitig brachten die Berliner Großbanken den privaten griechischen Finanzsektor unter ihre Kontrolle. Im Wechselspiel dieser raffiniert eingefädelten raubwirtschaftlichen Strukturen verschlechterten sich die ökonomischen Parameter dramatisch.

Die Drachme wurde zweimal abgewertet (vor der Okkupation lag dies bei rund 41 zu 1, zu Beginn der Okkupation legten die Deutschen den Wechselkurs bereits auf 50:1 fest, im Juni folgte eine weitere Abwertung auf 60:1). Parallel dazu wurde die Griechische Nationalbank gezwungen, die inzwischen in Griechenland umlaufenden Reichskreditkassenscheine in Höhe von 100 Millionen RM gegen Drachmen (ca. 6 Mrd.) und gegen die von den Italienern in Umlauf gebrachten Drachmen-Noten umzutauschen und entschädigungslos abzuführen. Im August wurde ihrem Direktorium dann erstmalig die Zahlung von monatlich drei Milliarden Drachmen für Besatzungskosten auferlegt.

Damit waren die Schleusen für das Ausbluten der griechischen Ökonomie endgültig geöffnet. Da die Wehrmacht Griechenland inzwischen als Sprungbrett für ihre Operationen in Richtung Nordafrika – Suezkanal betrachtete, stiegen die Nachschub- und Logistikkosten gewaltig an. Sie wurden voll in die Besatzungskosten eingerechnet. Allein bis März 1942 wurde die Zahlung von Besatzungskosten in Höhe von 720 Millionen RM (43,6 Milliarden Drachmen) gefordert. Obwohl die Kollaborationsregierung mehrfach mit ihrer Demission drohte, wurde eine an den monatlichen Anforderungen der Wehrmacht orientierte Zahlungsweise durchgesetzt. Da sich parallel dazu auch die außenwirtschaftlichen Parameter zum Nachteil Griechenlands verschlechterten, war der Absturz der griechischen Nationalökonomie nicht mehr aufzuhalten.

Hungerwinter 1941/42

Als Erste bekamen die städtischen Unterklassen diese Entwicklung zu spüren. Aufgrund der sich anbahnenden Hyperinflation stiegen die Lebensmittelpreise rapide: Sie verdoppelten sich bis zur Jahreswende 1941/42 und stiegen bis Anfang 1944 um das Vier- bis Fünffache. Das Lebensmittelgewerbe schrumpfte drastisch, denn die Deutschen hatten neben den landwirtschaftlichen Veredelungsprodukten inzwischen auch die Getreidevorräte geplündert. Von den internationalen Getreide- und Lebensmittelmärkten war Griechenland durch die britische Blockade abgeschnitten. Da die Deutschen die ohnehin schwach entwickelte Infrastruktur wie etwa die strategische Bahnlinie Saloniki – Athen ausschließlich für ihre Nachschublieferungen nach Kreta und Nordafrika nutzten, kamen auch die innergriechischen Lebensmitteltransporte zum Erliegen. Es kam zur *Hungerkatastrophe*. In den griechischen Mittel- und Großstädten starben im Winter 1941/42 100000 Menschen an Hunger bzw. an Folgekrankheiten, die durch den Hunger ausgelöst wurden. Es handelte sich zu meist um Kinder und Alte aus den Unterklassen. Wer konnte, floh in die ländlichen Regionen und in die Subsistenzwirtschaft. Die massenhafte Binnenwanderung verknüpfte sich mit einem elementaren Willen zum Widerstand, der sich rasch zu organisieren begann.

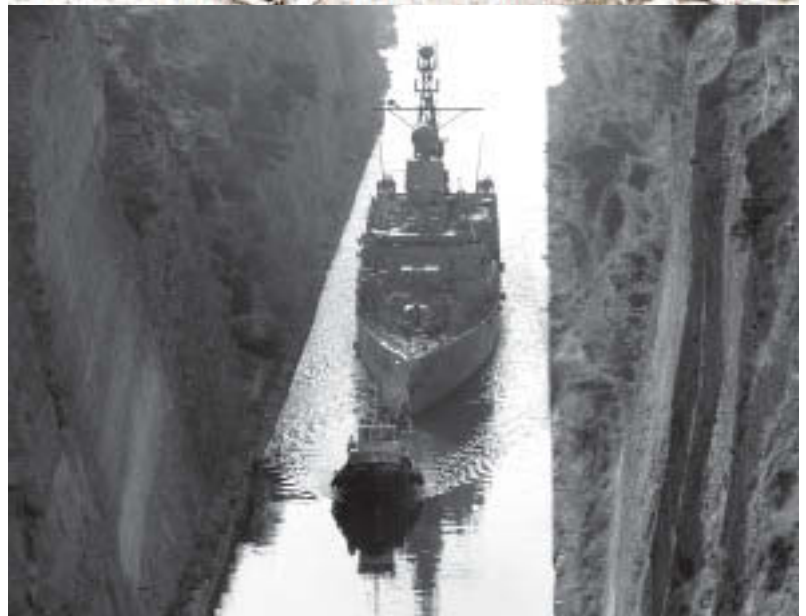
Erst im Spätsommer 1942 überblickten die Deutschen das ganze Ausmaß der Katastrophe. Der Zusammenbruch der griechischen Wirtschaft und die Hyperinflation widersprach ihren mittelfristigen Ausbeutungsinteressen. Hinzu kam angesichts des sich abzeichnenden Scheiterns der deutsch-italienischen Nordafrika-Offensive die Notwendigkeit, Griechenland als das bisherige Sprungbrett in Richtung Nahost in eine vorge-schobene Festung umzubauen. Das Land wurde nun erst recht zum Objekt gigantischer Bau- und Infrastrukturvorhaben für militärische Zwecke – so zu einem großangelegten Ausbau des Hafens von Piräus und zur Anlage mehrerer neuer Flugplätze. Es gab somit eine Menge

Gründe für eine Überprüfung und Korrektur der bisherigen Besatzungswirtschaft. Gleichwohl sollte an den grundsätzlichen Weichenstellungen festgehalten werden. Es ging den deutschen Machthabern lediglich darum, die technischen Instrumente der Ausbeutung zu verbessern.

Hyperinflation & Kollaps

Mitte Oktober 1942 wurde der Wiener NSDAP-Politiker und Südosteuropaexperte Hermann Neubacher zum *Sonderbeauftragten des Reiches für wirtschaftliche und finanzielle Fragen in*

Griechenland ernannt. Er sollte versuchen, die Situation im Rahmen einer „wirtschaftlichen Sonderaktion“ zu stabilisieren. Als wichtigstes Instrument wurde ihm dafür eine kurz zuvor von der Reichsgruppe Industrie und der Wirtschaftsgruppe Groß- und Außenhandel gegründete Deutsch-Griechische Warenausgleichsgesellschaft mbH (DEGRIGES) zur Seite gestellt. Ihre wichtigste Aufgabe bestand darin, das Reich weiterhin mit den strategisch wichtigen Exportgütern Chrom, Molybdän, Nickel, Schwefelkies, Magnesit, Bauxit, Terpen-tinöl, Olivenöl und Harz zu beliefern. Zu



Oben: Der von der abrückenden Wehrmacht zerstörte Kanal von Korinth 1946
 Unten: Die Fregatte „Lübeck“ der Bundesmarine im Kanal von Korinth 2005



Die Vernichtung der jüdischen Gemeinde in Saloniki

Bis zum Beginn des Zweiten Weltkriegs bildete die jüdische Gemeinde in der nordgriechischen Hafenstadt Saloniki mit 55.000 Menschen die größte Bevölkerungsgruppe. Mehr als 50.000 von ihnen wurden nach Auschwitz deportiert und ermordet.

Max Merten war von 1941 bis 1944 Chef der Wehrmachtsverwaltung in Thessaloniki und einer der Organisatoren der Judendeportation nach Auschwitz. Nach Kriegsende arbeitete er als Rechtsanwalt in Westberlin. Im April 1957 flog Merten in privaten Geschäften nach Athen. Er wurde dort verhaftet, in Athen vor Gericht gestellt und am 5. März 1959 zu 25 Jahren Haft verurteilt. Im Prozess wurde durch viele Zeugen die entscheidende Rolle dokumentiert, die Merten bei der Organisation der Juden-Transporte in das Vernichtungslager ausgeübt hatte.

Während des Prozesses wurde – so Eckart Conze u.a. in „Das Amt“ – der „staatliche Rechtsschutz“ deutlich, den die westdeutsche Regierung auch Kriegsverbrechern gewährte. Vor der Urteilsverkündung wurde im Bundestag die Ratifizierung eines Finanzabkommens mit Griechenland zurückgestellt, um einen Strafverzicht zu erzwingen. Merten wurde am 5. November 1959 freigelassen. Für seine „Passionszeit in Griechenland“ (so der *Spiegel*, 32/1961) erhielt Merten in Westdeutschland „Heimkehrerentschädigung“. Merten starb 1971 unbescholten.

Merten war 1952 bis 1957 führender Funktionär der Gesamtdeutschen Volkspartei (GVP), einer Partei, die 1952 aus einer Abspaltung von der CDU entstand und die sich die Wiedervereinigung auf die Fahnen schrieb. Der wichtigste Vertreter dieser Partei war Gustav Heinemann, der spätere (durchaus fortschrittliche) deutsche Bundespräsident. Heinemann verteidigte als Anwalt Max Merten. Als Bundestagsabgeordneter engagierte er sich während Mertens Haftzeit dafür, dass Athen unter Druck gesetzt wurde. In dem Buch „Das Amt“ heißt es, der verurteilte Kriegsverbrecher wurde „nicht nur von seinen Anwälten Gustav Heinemann und Diether Posser, sondern auch vom *Spiegel* zum ‚Opfer einer reaktionären Verschwörung‘ stilisiert.“

Quellen: E. Conze, N. Frei, P. Hayes u. M. Zimmermann, *Das Amt und die Vergangenheit*, München 2010, S. 608f; Eberhard Rondholz, *Eine längst vergessene Geschichte*, in: *Konkret* 08/2000; Martin Seckendorf, *Das Schicksal der griechischen Juden*, in: *junge Welt* vom 11. September 2000.



diesem Zweck sollten die Preise für die nach Griechenland gelieferten deutschen Exportgüter an die inflationierte Drachme angepasst, anschließend abgeschöpft und zur Verbilligung der griechischen Rohstoffausfuhr genutzt werden. Zusätzlich war vereinbart, knapp die Hälfte der Abschöpfungssumme zur Finanzierung der Besatzungskosten einzusetzen. Um darüber hinaus die Flucht der hungernden griechischen Bevölkerung in die Subsistenzwirtschaft abzuwehren und die damit einhergehende Abwanderung zu den Partisanen zu stoppen, sollten die Lebensmittelversorgung reorganisiert und die Hyperinflation durch die Beschränkung der Besatzungskosten sowie ihre partielle Umwandlung in eine Zwangsanleihe eingedämmt werden. Die Kollaborationsregierung wurde umgebildet und auf die neuen Zielvorgaben eingeschworen.

Tatsächlich konnte die Lage vorübergehend stabilisiert und eine Wiederholung der Hungerkatastrophe im Ausmaß des vorausgegangenen Winters vermieden werden. Da sich jedoch an den grundlegenden Parametern der Ausbeutung nichts änderte, war auch die Sondermission Neubachers auf Sand gebaut. Ab dem Frühjahr 1943 kam die Hyperinflation voll zum Ausbruch. Es gelang dem Widerstand, große Teile der ländlich-gebirgigen Regionen zu befreien. In den städtischen Zentren kam es immer wieder zu Massenstreiks und Hungerdemonstrationen, die von den Okkupanten blutig unterdrückt wurden. Die griechische Nationalökonomie brach endgültig zusammen.

Ab Herbst 1943 wurden auch die strategischen Rohstoffexporte nach Deutschland durch die Partisanenbewegung erheblich behindert. Hinzu kam im September 1943 der italienische Waffenstillstand mit den Alliierten. Nun entfesselten die Deutschen einen Rachezug gegen ihre bisherigen italienischen Verbündeten und dehnten ihre Besatzungsherrschaft – mit Ausnahme des bulgarischen Okkupationsgebiets in Westthrakien und Ost-Mazedonien – auf ganz Griechenland aus.

Verbrannte Erde

Im Verlauf der sich intensivierenden Konfrontation mit dem Widerstand kam es zur Wiederholung der ersten Plünderungsphase, die nun eng mit dem kollektiven Terror gegen die in den Partisanengebieten gelegenen Dorfgemeinden kombiniert wurde. Sie mündete ein Jahr später – im September und Oktober 1944 – in eine Politik der „Verbrannten Erde“, wie wir sie in diesem Ausmaß nur aus der Schlussphase der deutschen Besatzungsherrschaft in der Sowjetunion kennen. So können wir beispielsweise einer Meldung der Heeresgruppe E vom 31. Oktober 1944 entnehmen, dass während der Rückzugsoperationen 52 Straßenbrücken, 24 Straßen, 42 Bahnhofsanlagen, 68 Eisenbahnbrücken, sechs Tunnels und Eisenbahnstrecken in einer Länge von 55,5 km zerstört wurden.⁴

Hinzu kamen die Zerstörungen in den Städten. In Saloniki versenkten Sprengkommandos in der Hafeneinfahrt und entlang der Kaimauer alle für die Deutschen gecharterten Schiffe. Auch die Hafenanlagen und die Bahnhöfe wurden restlos zerstört. „Sachverständige äußerten, dass es 10 Jahre dauern würde, um die umfangreichen Zerstörungen wiederherzustellen“, hielt der Berichterstatler voller Stolz fest.⁵

Bilanz der Zerstörungen

Als sich die Deutschen ab Oktober 1944 aus Griechenland zurückzogen, hatten sie das Land nicht nur wirtschaftlich ruiniert, sondern auch weitgehend zerstört. Um das Ausmaß der Verwüstungen zu verstehen, müssen wir bedenken, dass es sich um eine vergleichsweise kleine Nationalökonomie handelte, die die Deutschen dreieinhalb Jahre zuvor fast vollkommen intakt in ihre Gewalt gebracht hatten. In Griechenland erreichte der deutsche Dreischritt aus Raubwirtschaft, Terror und Vernichtung das Ausmaß des Vernichtungskriegs gegen die Sowjetunion. Aber dort waren die Deutschen im Gegensatz zu Griechenland mit einer Situation konfrontiert, in der die Rote Armee – wohl auch aufgrund der Nachrichten über die Ereignisse in Südosteuropa vom Frühjahr 1941 – die

beweglichen Güter bei ihrem Rückzug abtransportiert und die Produktionsgrundlagen zerstört hatte. In Griechenland – und auch in Jugoslawien – waren die Deutschen und ihre Satelliten somit allein für die weitgehende Vernichtung der volkswirtschaftlichen Substanz verantwortlich.

Es waren insgesamt *sechs Faktoren*, die das Wirtschaftspotential Griechenlands während der deutschen Besatzungsherrschaft zugrunde richteten:

ERSTENS die Plünderungen während der ersten Okkupationsphase. Sie erreichten wertmäßig einen Umfang von mindestens 750 Millionen RM. Es kam aber auch anschließend zu weiteren Konfiskationen durch die deutschen Wirtschaftsoffiziere, und spätestens seit dem Sommer 1943 wurde es üblich, die zur Vernichtung vorgesehenen Ortschaften vor dem Niederbrennen systematisch auszurauben.

ZWEITENS die Ausplünderung durch die ungleichen Tauschrelationen des bilateralen Verrechnungsverkehrs. Ihr Umfang ist schwer zu schätzen, denn aufgrund der Manipulationen der DEGRIGES wiesen die Umsätze ab 1943 in der Wertrechnung sogar ein deutsches Positivsaldo aus.⁶ Es kann aber kein Zweifel daran bestehen, dass die deutschen Clearingschulden, die bis zur Installierung der DEGRIGES etwa 80 Millionen RM erreicht hatten, bis Herbst 1944 auf mindestens 125 Millionen RM anstiegen.

DRITTENS die dem griechischen Kollaborationsregime abgepressten Ausgaben für Besatzungskosten und militärische Infrastrukturvorhaben. Sie lassen sich wegen der seit 1942 grassierenden Hyperinflation nur schwer berechnen; die in der Literatur gebräuchlichen Zahlen sind meist zu hoch angesetzt. Es gibt jedoch eine Berechnung des Reichsfinanzministeriums, das 1944 eine inflationsbereinigte Aufstellung der aus Griechenland herausgeholt Besatzungskosten für das Haushaltsjahr 1943 erarbeitete und auf einen Betrag von 500 Millionen RM kam.⁷ Ausgehend hiervon können wir für die insgesamt dreieinhalb Besatzungsjahre – einschließlich

der Zwangsanleihe – einen Gesamtbeitrag von etwa 1,75 Milliarden RM einsetzen.

VIERTENS die Exporte strategischer Rohstoffe im Anschluss an die erste Plünderungsphase durch die unter deutsche Kontrolle gebrachte griechische Bergbauindustrie. Sie deckten in einigen Bereichen – so etwa bei Chromerzen und Bauxit – erhebliche Teile des deutschen Importbedarfs ab. Laut Abschlussbericht des Wehrwirtschaftsstabs Griechenland vom September 1944 wurden – jeweils bis zum 1. September 1944 – 126 800 Tonnen Chromerz, 91 000 Tonnen Bauxit, 71 000 Tonnen Nickel, 14 300 Tonnen Magnesit, 44 000 Tonnen Schwefelkies und 71 Tonnen Molybdänkonzentrat nach Deutschland abtransportiert.⁸ Hinzu kamen weitere 30 000 Tonnen Orientabake zur Versorgung der deutschen Zigarettenindustrie und weitere landwirtschaftliche Industrierohstoffe.

FÜNFTENS die Zerstörung erheblicher Teile der volkswirtschaftlichen Substanz im Kontext der kollektiven Terrormaßnahmen und der Praktiken der „Verbrannten Erde“ bei den Rückzugsoperationen. Im Rahmen der Repressalien gegen die vom bewaffneten Widerstand kontrollierten Gebiete wurden 1 600 Ortschaften und etwa 350 000 Häuser zerstört, so dass zuletzt eine Million Einwohner obdachlos waren. Nehmen wir für jedes zerstörte Gebäude einen durchschnittlichen Verkehrswert von etwa 10 000 RM an, so ergibt sich daraus ein Betrag von 3,5 Milliarden RM. Hinzu kommt die weitgehende Vernichtung der Verkehrsinfrastruktur, die die deutschen Truppenverbände während ihres Rückzugs systematisch betrieben: Die Versenkung der griechischen Handelstonnage, die Sprengung des Kanals von Korinth, die Vernichtung der Hafenanlagen, die Sprengung der meisten Straßen- und Eisenbahnbrücken, die Zerstörung der Bahnhöfe sowie erheblicher Teile des Schienennetzes und die Wegschaffung des rollenden Materials. Die Kosten für den Wiederaufbau und die Wiederbeschaffung der Transportmittel übertrafen diejenigen für die Wiederherstellung der Gebäudesubstanz um das

„Böser Adler“

Das Denkmal des 2. Sturmregiments auf Kreta an der „Old Road“ zwischen Chania und Maleme ist bis heute ein Wallfahrtsort für nie belangte Veteranen der Wehrmacht, die an der Besetzung Kretas, den Plünderungen und Massakern beteiligt waren. Der Gestalter dieser Zeitschrift hat in den 80er und 90er Jahren mehrfach Gruppen solcher „Touristen“ erleben müssen am „bösen Adler“ – so nennen die Kreter das Denkmal. Das Foto stammt aus den 90ern, seit 2003 steht nur noch der Sockel. Die offizielle kretische Version nennt einen Blitzeinschlag als Grund für das Verschwinden des Adlers. Bis 2004 haben deutsche Veteranen-Vereinigungen die Pflege des Denkmals finanziert.

50

Zweieinhalb- bis Dreifache.

SECHSTENS die Menschenverluste. Beschränken wir uns hier ausschließlich auf die volkswirtschaftliche Seite. Das unendliche Leid, das den Opfern des Besatzungsterrors und deren Angehörigen zugefügt wurde, entzieht sich jegli-

cher Berechnung; es kann letztlich nicht „entschädigt“ oder gar „wieder gut gemacht“ werden. Umso beklemmender sind die nackten Zahlen, die vor dem Hintergrund der geringen Größe der griechischen Nation – 6,933 Millionen Menschen vor Beginn der Okkupation –

zu sehen sind.⁹ Dem deutschen Angriffskrieg und der anschließenden, von den Deutschen dominierten Besatzungsherrschaft sind 520000 Menschen griechischer Nationalität zum Opfer gefallen. Mindestens 125000 von ihnen sind verhungert. Etwa 100000 Griechinnen und Griechen starben in den deutschen Konzentrationslagern. 91000 wurden als Geiseln ermordet. 58000 Juden und Roma wurden im Rahmen der Shoah ums Leben gebracht. Bei ihren Razzien in den Großstädten und im Verlauf ihrer Massaker in den ländlichen Regionen ermordeten die deutschen Militär- und Polizeiverbände 56000 Menschen.

Karl Heinz Roth lebt in Bremen. Er ist Historiker, Mediziner und Vorstandsmitglied der Stiftung für Sozialgeschichte des 20. Jahrhunderts. Zuletzt veröffentlichte er gemeinsam mit Jan-Peter Abraham das Buch *Reemtsma auf der Krim, Tabakproduktion und Zwangsarbeit unter der deutschen Besatzungsherrschaft 1941–1944*, Edition Nautilus, 576 Seiten, 39 Euro

Anmerkungen:

- 1 Vgl. beispielsweise den neuesten Bericht über die Distomo-Initiative: Anita Friedetzky, *Als bedürfe es eines Beweises*, in: *junge Welt* vom 16./17.7.2011.
- 2 Vgl. die neueste Publikation von Christoph Schminck-Gustavus über seine jahrelangen Erkundungen im Epiros-Gebiet: *Winter in Griechenland. Krieg – Besatzung – Shoah 1940–1944*, Göttingen 2010.
- 3 Zum Folgenden vergleiche die Quellenveröffentlichungen: Martin Seckendorf (DokumentaAuswahl und Einleitung), *Die Okkupationspolitik des deutschen Faschismus in Jugoslawien, Griechenland, Albanien, Italien und Ungarn 1941–1945*, Berlin / Heidelberg 1992 (*Europa unterm Hakenkreuz*, Bd. 6); Wolfgang Schumann (Hg.), *Griff nach Südosteuropa. Neue Dokumente über die Politik des deutschen Imperialismus und Militarismus gegenüber Südosteuropa im zweiten Weltkrieg*, Berlin 1973; Rainer Eckert, *Vom „Fall Marita“ zur „wirtschaftlichen Sonderaktion“: Die deutsche Besatzungspolitik in Griechenland vom 6. April 1941 bis zur Kriegswende im Februar/März 1943*, Frankfurt a. M. u.a. 1992; Klaus Olshausen,

Zwischenspiel auf dem Balkan. Die deutsche Politik gegenüber Jugoslawien und Griechenland vom März bis Juli 1941, Stuttgart 1973, 3. Teil S. 255 ff.; Karl Heinz Roth / Jan-Peter Abraham, *Reemtsma auf der Krim. Tabakproduktion und Zwangsarbeit unter der deutschen Besatzungsherrschaft 1941–1944*, Hamburg 2011, S. 27 ff.

- 4 Wiedergegeben in: Martin Seckendorf (Hg.), *Die Okkupationspolitik des deutschen Faschismus...*, a. a. O., S. 381.
- 5 *Tätigkeitsbericht der Geheimen Feldpolizei Gruppe 621 für die Zeit vom 13. bis 29. Oktober 1944*; abgedruckt ebenda als Dokument Nr. 341, S. 380 f.
- 6 Dieses fiktive Positivsaldo wurde noch nicht einmal von den eigenen Experten akzeptiert. Beispielsweise verzichteten die Ökonomen der Forschungsstelle für Wehrwirtschaft bei ihrer im Herbst 1944 erarbeiteten Bilanzierung der Ausbeutung der besetzten Gebiete darauf, es in ihre Aufstellung zu übernehmen. Vgl. Christoph Buchheim, Dokumentation: *Die besetzten Länder im Dienste der deutschen Kriegswirtschaft während des Zweiten Weltkriegs. Ein Bericht der Forschungsstelle für Wehrwirtschaft*, in: *Vierteljahrshefte für*

Zeitgeschichte 34 (1986), H- 1, S. 117–145; hier S. 141 d.

- 7 Mitgeteilt in der schon referierten Studie der Forschungsstelle für Wehrwirtschaft, S. 141.
- 8 Der erwähnte Abschlussbericht ist auszugswise abgedruckt in Seckendorf (Hg.), a. a. O., S. 361 f.
- 9 Vgl. *Bericht der Griechischen Regierung an den Internationalen Gerichtshof in Nürnberg*, Nürnberger Dokument UK-82, USSR-79, referiert in: IMG, Bd. VII, S. 577 ff., 610 f.; *Die Befreiung Griechenlands*, in: *Neue Zürcher Zeitung* vom 31.10.1944; *Schwarzbuch der Besatzung*, S. 60 ff.; Eberhard Rondolz, *Partisanenbekämpfung und Kriegsverbrechen in Griechenland*, in: *Repression und Kriegsverbrechen. Die Bekämpfung von Widerstands- und Partisanenbewegungen gegen die deutsche Besatzung in West- und Südosteuropa*, Berlin / Göttingen 1997; Martin Seckendorf, *Ausbeutung, die in die Katastrophe mündete. Zur Wirtschaftspolitik der deutschen Besatzer in Griechenland 1941–1944*. Vortrag auf dem Kongress für griechische Entschädigungsforderungen gegenüber Deutschland, Athen, 2.-4.12.2005 (auf mehreren Webseiten).

Die offene Reparationsfrage

Die Profiteure des Raubzugs müssen zahlen!



51

Karl Heinz Roth

Nach der Befreiung begannen Wirtschaftswissenschaftler zusammen mit Fachleuten der Griechischen Nationalbank die ökonomischen Folgen der Besatzungsherrschaft zu bilanzieren. Ihr Adressat war eine Interalliierte Reparationskonferenz der westlichen Siegermächte, die am 14. Januar 1946 ein Reparationsabkommen verabschiedete und eine Inter-Alliierte Reparationsagentur (IARA) zur Umsetzung der Vereinbarungen gründete.¹ Die Konferenz legte schließlich als Summe der zu leistenden Reparationen einen Gesamtbetrag von 7,1 Milliarden US-Dollar auf der Kaufkraftbasis von 1938 fest.

Dieser schloss die der griechischen Volkswirtschaft zugefügten Schäden, die abgepressten Besatzungskosten einschließlich der im Jahr 1942 erhobenen

Besatzungsanleihe und alle Forderungen privat Geschädigter ein. Damit wurden Griechenland etwa 3,5 Prozent aller von Deutschland zu erbringenden Leistungen zugesprochen.²

Das seinerzeit in aller Form ratifizierte und bis heute nicht annullierte Reparationsabkommen bildet somit einen völkerrechtlich unangreifbaren Ausgangspunkt für alle weiteren Überlegungen. Da sich die Kaufkraft des US-Dollar in der Zeit zwischen 1938 und 2010 um den Faktor (Inflator) 15,0 verringerte, belaufen sich die durch das Pariser Abkommen begründeten Reparationsansprüche Griechenlands heute (2010) auf 106,5 Milliarden Dollar.

Mit dem Londoner Schuldenabkommen vom Februar 1953 wurden die 1946 festgelegten und an die westdeutschen Besatzungszonen bzw. die spätere BRD adressierten Reparationsforderungen bis zum Abschluss eines Friedensvertrags mit Deutschland ausgesetzt. Der Hauptgrund dafür war: Die USA und Großbri-

tannien räumten inzwischen der Bedienung der deutschen Vorkriegsschulden gegenüber den privaten Gläubigern den Vorrang vor den kriegsbedingten Reparationsansprüchen ein.³

Der Merten-Deal

Damit waren der griechischen Regierung auf der völkerrechtlichen Ebene die Hände gebunden. Um trotzdem weiter Druck auf die Bundesrepublik ausüben zu können, verknüpfte sie jetzt die Reparationsfrage mit der Fahndung nach deutschen Kriegsverbrechern und den sich daraus ergebenden Entschädigungsforderungen ihrer Opfer. Sie wurde in der Folgezeit mehrfach in Bonn vorstellig, nachweislich vor allem im Jahr 1956.⁴ Ein Jahr später erhöhte sie den Druck, als ihr die Verhaftung eines nach Griechenland eingereisten Kriegsverbrechers, des ehemaligen Leiters der Verwaltungs- und Wirtschaftsabteilung des Wehrmachtbefehlshaber Saloniki–Ägäis, Max Merten, gelang. Merten wurde zwei

Debatte zur Zwangsanleihe

In der griechischen Publizistik ist es üblich, den Reparationsforderungen *zusätzlich* eine rückzuerstattende Zwangsanleihe hinzuzufügen. Tatsächlich wurde die Nationalbank von Griechenland, wie im Text dargestellt, 1942 zur Finanzierung einer Zwangsanleihe gezwungen, durch die ein Teil der Besatzungskosten abgedeckt wurde. Die Zwangsanleihe ergänzte die direkten Geldzahlungen (in Drachmen) und die aus dem DEGRIGES-Handelsmonopol abgezweigten Beträge. Mit ihr sollte die durch die gigantischen Besatzungskosten ausgelöste Inflation gedämpft werden. Diese drei Komponenten (direkte Geldzahlungen, DEGRIGES-Beträge und Zwangsanleihe) summierten sich im Haushaltsjahr 1943 inflationsbereinigt auf etwa 500 Millionen RM. Sie erreichten bis zum Ende der Okkupation eine Gesamtsumme von etwa 1,75 Milliarden RM.

Infolgedessen erscheint es nach dem derzeitigen Quellen- und Wissensstand nicht angebracht, diese Zwangsanleihe vom Gesamtpaket der Reparationsforderungen zu trennen. Auch im Pariser Reparationsabkommen wurden die in Form von Zwangsanleihen aufgebrauchten Besatzungskosten in die Gesamtsumme der zu erbringenden Reparationsleistungen aufgenommen, und diese völkerrechtlich abgesicherte Referenzebene sollten wir im Interesse der Stichhaltigkeit unserer Argumentationsführung nicht verlassen.

52

Jahre später vor einem Athener Militärgerichtshof zu 25 Jahren Haft verurteilt, jedoch einige Monate später in die Bundesrepublik abgeschoben.⁵ Die Bundesregierung honorierte diese Entscheidung des Ministerpräsidenten Konstantin Karamanlis, indem sie Griechenland in eine Serie zwischenstaatlicher Globalabkommen einbezog, durch die die rassistisch, religiös und ideologisch Verfolgten aus den ehemaligen Besatzungsgebieten der westlichen Hemisphäre entschädigt wurden. Durch diese Geste des *good will* sollte auch der westdeutsche Alleinvertretungsanspruch angesichts einer Reparationsinitiative der DDR dokumentiert werden.⁶ Nach ausgedehnten Verhandlungen erhielt die griechische Regierung im März 1960 eine einmalige Zahlung in Höhe von 115 Millionen DM zuerkannt. In einer Protokollnotiz hielt sie dabei fest, dass durch dieses Abkommen die schwebenden Reparationsforderungen keineswegs abgegolten waren.⁷

Zur Zeit des DDR-Anschlusses gelangte mit dem nun anstehenden Friedensvertrag auch die Reparationsfrage wieder auf die Tagesordnung. Wer in diesem Zusammenhang auf eine verbindliche Regelung hoffte, sah sich jedoch bald getäuscht. Das im September 1990 zwischen den vier großen alliierten Siegermächten und den beiden deutschen Staaten am Vorabend ihres Zusammenschlusses ratifizierte Abkommen kam zweifellos einem Friedensvertrag gleich. Doch die Reparationsfrage blieb völlig unerwähnt.⁸ Infolgedessen

müssen wir bis zum Beweis des Gegenteils – etwa durch die Veröffentlichung bislang geheim gehaltener Zusatzklauseln – davon ausgehen, dass nun auch die USA, Großbritannien und Frankreich *stillschweigend* ihre bis dahin fortbestehenden Reparationsansprüche gegenüber Westdeutschland aufgaben, nachdem die Sowjetunion schon im August 1953 in aller Form auf weitere Leistungen verzichtet hatte. Durch diese einseitig geschaffenen Tatsachen waren die kleineren Siegermächte – und damit auch Griechenland – jedoch nicht tangiert. Auch wenn sie sich einige Monate später im Rahmen der KSZE-Akte den Grundsatzvereinbarungen des Zwei-plus-Vier-Vertrags anschlossen, kann daraus kein impliziter Verzicht auf die durch das Pariser Abkommen von 1946 völkerrechtlich verbrieften Reparationsansprüche abgeleitet werden. Dazu ist im Umkehrschluss dann aber auch nicht die Bundesregierung berechtigt. Es bleibt den betroffenen Regierungen vielmehr nach wie vor vorbehalten, ihre noch unerfüllten Reparationsforderungen gegenüber Deutschland geltend zu machen.

Anders verhält es sich hingegen bei den früheren Besatzungsmächten Italien und Bulgarien. Als die ehemaligen Koalitionspartner NS-Deutschlands Italien, Bulgarien, Rumänien und Finnland im Februar 1947 mit den alliierten Siegermächten Frieden schlossen, hatten sie als Gegenleistung für die ihnen wieder zuerkannte staatliche Souveränität Re-

parationen an die Regierungen der von ihnen mit überfallenen und / oder okkupierten Länder zu zahlen.⁹ Im Rahmen dieses Vertragswerks erhielt Griechenland von Italien 105 Millionen US-Dollar auf der Kaufkraftbasis von 1938, und von Bulgarien 45 Millionen Dollar erstattet. Auf dem heutigen Kaufkraftniveau (Stand 2010) waren dies 1,575 Milliarden bzw. 675 Millionen US-Dollar – also vergleichsweise geringe Beträge. Das rührte daher, dass die neuen Schutzmächte der ehemaligen Partner der „Achse“ – die USA und die UdSSR – infolge der sich abzeichnenden Blockbildungen des Kalten Kriegs die von Italien, Bulgarien, Rumänien und Finnland jeweils zu erbringenden Reparationsleistungen herunter rechneten. Aus diesem Reparationsverfahren waren jedoch die Hauptverantwortlichen, die Deutschen, ausgeschlossen. Ihre Transferleistungen waren durch die Bestimmungen des Pariser Reparationsabkommens geregelt, die bis zur Suspendierung durch das Londoner Schuldenabkommen auch durchaus in Anspruch genommen wurden.

Eine offene Rechnung¹⁰

Infolgedessen kamen auch die – durch die Westzonen bzw. die spätere BRD vertretenen – Deutschen keineswegs ungeschoren davon. Wie die US-amerikanischen Quellen ausweisen, trat die im Februar 1946 gegründete Reparationsagentur durchaus in Aktion und betrieb die Konfiskation der deutschen Auslandsvermögen und vielfältige Demonstrationen, um die insgesamt 18 Reparationsgläubiger der westlichen Hemisphäre zu bedienen.¹¹ Da sie dabei aber auf kostenlose Entnahmen aus der laufenden Produktion des Westzonen verzichtete, erreichte sie nie die Transferleistungen, die die Sowjetische Militär-Administration aus der SBZ sowie der späteren DDR zur Befriedigung der Reparationsansprüche der Sowjetunion und Polens herausholten. Mit etwa 4,8 Milliarden Dollar beliefen sich die westdeutschen Reparationsleistungen nur auf etwa zwei Fünftel ihres östlichen Pendant.¹² Da wir davon ausgehen können, dass an Griechenland davon 3,5 Prozent transferiert wurden, ergibt sich daraus ein Betrag von 168 Millionen Dollar auf

der Kaufkraftbasis des Jahrs 1948. Unter Berücksichtigung des Inflators (9,23) beläuft sich der seinerzeit geleistete Reparationsbetrag somit heute abgerundet auf 1,551 Milliarden Dollar.

1960 folgte dann die erwähnte Globalzahlung der Bundesrepublik im Umfang von 115 Millionen DM. Auch wenn sie ausschließlich zur Entschädigung der aus rassischen, religiösen und weltanschaulichen Gründen Verfolgten der deutschen Besatzungsherrschaft geleistet wurde und die Entschädigung der Opfer von Massakern ausschloss, sollten wir ihr allein schon wegen des zwischenstaatlichen Transaktionsmodus den Charakter einer Reparationsleistung nicht absprechen, zumal das Pariser Reparationsabkommen von 1946 alle individuellen Entschädigungsleistungen mit einschloss. Unter Berücksichtigung des damaligen Wechselkurses flossen somit im Jahr 1960 weitere 27,578 Millionen Dollar nach Griechenland. Da sich der Inflator der Zeitspanne zwischen 1960 und 2010 auf 7,35 beziffert, waren dies auf der Kaufkraftbasis des Jahrs 2010 abgerundet 202,7 Millionen Dollar.

Schließlich wurde im Jahr 2003 im Rahmen der Bundesstiftung „Erinnerung, Verantwortung und Zukunft“ eine zweite gruppenspezifische Entschädigungszahlung, an ehemalige griechische Zwangsarbeiter geleistet. Da unsere Referenzbasis, das Reparationsabkommen von 1946, die spätere Aufspaltung der kriegsbedingten Entschädigungsleistungen in staatliche Reparationen und privatrechtlich begründete Individualzahlungen noch nicht kannte,¹³ sollten wir auch diese Zahlungen nicht ausklammern. An ehemalige griechische Zwangsarbeiter wurden 20 Millionen Euro gezahlt, nach dem Umrechnungskurs des Jahrs 2003 waren dies abgerundet 22,6 Millionen Dollar. Hinzu kommt der Inflator für die Zeitspanne 2003 bis 2010 (1,19), so dass sich der im Jahr 2003 geflossene Betrag auf der Basis der heutigen Kaufkraft auf etwa 26,9 Millionen Dollar beziffert.

Addieren wir die drei Teilbeträge auf der Basis der Kaufkraft des Jahrs 2010, so erhalten wir eine Zwischensumme von abgerundet 1,781 Milliarden US-Dollar, die von der im Jahr 1946 festgelegten Gesamtsumme (106,5 Milliarden

Dollar in Preisen von 2010) abgezogen werden muss. Unter Berücksichtigung der Kaufkraftkonstellation des Jahrs 2010 beläuft sich somit die Forderung von Reparationen, die von Deutschland an Griechenland zu leisten sind, noch auf 104,719 Milliarden Dollar. Bei einem Wechselkurs des US-Dollar zum Euro in Höhe von 0,754 entspricht dies 78,958 Milliarden Euro.

Wer soll bezahlen?

In Deutschland wird diese Berechnung von der überwiegenden Mehrheit sicher

als skandalös empfunden und ihr Ergebnis in einer Mischung aus Wut und Resentiment zurückgewiesen werden – wenn es denn überhaupt gelingt, die Mauer des Totschweigens zu überwinden. Im Hoffen darauf wollen wir uns schon jetzt mit den dann zu erwartenden Kommentaren und Gegenargumenten auseinandersetzen.

Bei Privatschuldengang und gäbe

Schon jetzt wollen wir erstens das Argument zurückweisen, das Pariser Repara-

Ohne Sühne



„Trotz Hunderter Ermittlungsverfahren wurde wegen Kriegsverbrechen in Griechenland nur ein Hauptverfahren eröffnet – vor dem Landgericht in Augsburg. Es ging um die Erschießung von sechs Zivilisten in Kreta. Das Gericht übernahm den Standpunkt der Wehrmacht (...). Es qualifizierte diese Hinrichtungen als *völkerrechtliche Notwehr* und sprach den angeklagten Hauptmann frei. (...) Alle Bundesregierungen einschließlich der jetzigen (rot-grünen; LP21-Red.) haben sich bisher geweigert, mit der griechischen Regierung in Verhandlungen über die ungelöste Frage der Entschädigung für die Opfer der damaligen Massaker zu treten.“ Norman Paech, *Völkerrechtler*, 2000

Bilder oben: Bundesarchiv, Fotos: Franz Peter Weixler, 2. Juni 1941

Reparationsfrage – „Schnee von gestern“?



54

Im März 2010, als die Krise um Griechenland ausbrach und deutsche Medien wie *Focus* und *Bild* eine Kampagne gegen das Land lostraten, gab der griechische Vize-Ministerpräsident Theodoros Pangalos der BBS ein Interview. Er wies die aggressive Kritik aus Deutschland zurück und verwies darauf, dass die Nationalsozialisten „Griechenlands Wirtschaft ruiniert und Tausende Menschen ermordet haben. Sie haben das Gold aus der Bank von Griechenland und griechisches Geld weggeschafft und es nie zurückgegeben.“ Das Thema deutscher Reparationsleistungen müsse „irgendwann auf die Tagesordnung kommen.“ Die deutsche Regierung protestierte scharf. Die Reparationsfrage sei „längst geklärt“, so Andreas Peschke, Sprecher der Bundesregierung, der auf das „Wiedergutmachungsabkommen aus dem Jahr 1960 verwies.“ Die Äußerung von Pangalos wurde als irrelevante Einzelmeinung hingestellt. Offensichtlich trifft dies nicht zu. Obgleich sich die gegenwärtige Regierung in einer äußerst defensiven Lage befindet, äußerte Dimitris Droutsas, der geschäftsführende Außenminister Griechenlands, kurz darauf gegenüber dem „Spiegel“: „Für uns bleiben die Reparationszahlungen durch Deutschland eine offene Frage. (...) Aber wir bringen sie in keiner Weise mit unseren Bemühungen, den griechischen Staatshaushalt zu sanieren, in Verbindung.“ Auf die Vorkhaltung des Interviewers des „Spiegel“, dass dies doch ein „Ablenkungsmanöver“ sei, antwortete Droutsas: „Die Fragen sind nun mal offen und liegen auf dem Tisch.“

Ähnlich äußerte sich Premier Giorgos Papandreu im März 2010 im griechischen Parlament: „Wir geben unsere Rechte (in Sachen Reparationen; LP21-Red.) nicht auf, aber wir lassen uns auch nicht von den gegenwärtigen Ereignissen mitreißen.“ Wenn die Regierung jetzt die Reparationsfrage zur Sprache bringe, so könne das „als Versuch interpretiert werden, unserer Verantwortung aus dem Weg zu gehen.“

Zitat nach: *Der Spiegel* 10/2010; *Handelsblatt* vom 8. März 2010; *Der Standard* (Wien) vom 25. Februar 2010

Anmerkungen:

1 Für die Verhandlungen erlangten vor allem zwei Gutachten Bedeutung. A. Angelopoulos schätzte die der griechischen Volkswirtschaft entzogenen Besatzungskosten auf 4,050 Mrd. US-Dollar und die der Gesamtwirtschaft zugefügten Schäden auf 3,172 Mrd. Dollar, insgesamt also 7,222 Mrd. Dollar auf der Basis der Kaufkraft des US-Dollars von 1938. Dagegen legte A. Sborounis eine Gesamtschätzung über 12,0 Mrd. \$

summierte, und zwar ebenfalls in der Kaufkraft von 1938. Vgl. Athanassios Kalafatis, *Die wirtschaftliche Katastrophe Griechenlands und die rechtlichen Ansprüche auf Reparation*, in: *Schwarzbuch der Besatzung*, Red. Manolis Glessos, 2. ergänzte und korrigierte Ausgabe, Athen 2006 (griechisch – deutsch), S. 12–22. *Reparationsabkommen und griechische Folgegesetze* in: *Bundesministerium der Justiz* (Hg.), *Deutsches Vermögen im Ausland. Internationale Vereinbarungen*

tionsabkommen sei allein schon wegen der seit seiner Verabschiedung vergangenen 65 Jahre „Schnee von gestern“, auch wenn es nie völkerrechtlich außer Kraft gesetzt wurde. Beispielsweise wurden die deutschen Auslandsschulden gegenüber privaten Gläubigern, die bis auf das Jahr 1924 zurückreichten, im Ergebnis des Londoner Schuldenabkommens bis zu ihrer endgültigen Tilgung in den 1980er Jahren bedient. Warum soll für völkerrechtlich verbrieftete Reparationsleistungen nicht gelten, was im Rahmen der nichtstaatlichen Gläubiger- und Schuldnerbeziehungen international gang und gäbe ist?

Zweitens sei darauf verwiesen, dass wir bei unseren Berechnungen immer von *Mindestannahmen* und *Mindestzahlen* ausgegangen sind. Wir haben zur Umrechnung einen Preisindex benutzt, der sich ausschließlich an der Entwicklung der Konsumentenpreise orientiert und die seitherige Veränderung der Kaufkraft durch die Einführung eines Inflators berücksichtigt. Da es sich bei den Reparationsleistungen aber nicht nur um Kompensationszahlungen für geraubte Güter und Dienstleistungen, sondern auch für entzogene Arbeitslöhne und Einkommen handelte, wäre an

und ausländische Gesetzgebung, Köln o.J. (1951), S. 10 ff., 169 ff.

- 2 Es wurde zwischen zwei Kategorien der Reparationsleistungen unterschieden, nämlich einer Hauptkategorie B (Entnahmen aus dem deutschen Auslandsvermögen, Demontagen und Abgabe der Handelsflotte), und Sonstiges (A). Für die Hauptkategorie erhielt Griechenland 4,35 Prozent und für die Zusatzkategorie A 2,70 Prozent zugesprochen. Da wir die Zuordnung der tatsächlich transferierten Leistungen zu diesen beiden Kategorien nicht kennen, haben wir für unsere unten folgende Berechnung den Mittelwert von 3,525 Prozent gebildet und auf 3,5 Prozent abgerundet. Im übrigen wurde in späteren – durchaus seriösen – Schätzungen der Betrag der insgesamt zu leistenden Reparationen teilweise erheblich übertroffen. Vgl. Kalafatis, *Die Wirtschaftliche Katastrophe Griechenlands*, S. 20 f.
- 3 Vgl. Christoph Buchheim, *Das Londoner Schuldenabkommen*, in: Ludolf Herbst (Hg.), *Westdeutschland 1945–1955. Unterwerfung, Kontrolle, Integration*,

sich eine ergänzende Gegenrechnung durch den Lohnindex oder den Sozialprodukt-Index angemessen, woraus dann ein kombinierter Mittelwert hätte konstruiert werden können.¹⁴ In diesem Fall wären die zu erstattenden Reparationsleistungen wesentlich höher ausgefallen. Im Übrigen wurde sogar auf eine Verzinsung der seit 1946 bestehenden griechischen Ansprüche verzichtet. Bei einem international üblichen Zinssatz von 4 Prozent wären bereits 1946 für Zinsen bereits 284 Millionen US-Dollar angefallen, die sich bis 2010 auf 4,26 Milliarden Dollar gesteigert. Die noch offene Reparationssumme würde damit massiv erhöht. Darauf haben wir jedoch in der Erwägung verzichtet, dass die griechische Regierung es nach der Aufhebung des Reparationsmoratoriums durch den Zwei-plus-Vier-Vertrag des Jahres 1990 unterließ, ihre aus dem Jahr 1946 fortbestehenden Ansprüche in aller Form geltend zu machen. Auch wenn – was wir hoffen – die griechische Regierung dieses Versäumnis demnächst korrigieren sollte, wird sie wohl kaum mehr einen Anspruch auf die Bedienung der Zinsen erheben können. Es kann nur noch darum gehen, die bis heute offen gebliebenen Reparationszahlungen auf

der gegenwärtigen Kaufkraftbasis einzutreiben, also die Bundesrepublik endlich zur Tilgung ihrer anhängigen Reparationssschuld zu veranlassen.

In einem dritten Argumentationsstrang werden vor allem populistische Ressentiments bedient nach dem Motto: Sollen denn die ohnehin der Altersarmut überantworteten deutschen Rentner nun auch noch für die Verbrechen der Wehrmacht in Griechenland büßen? Hier sollten wir schon jetzt vorbeugend auf die historischen Tatbestände zurückgreifen. Neben der Reichsbank, dem Reichsfiskus und den Wirtschaftsverbänden waren es vor allem die Großunternehmen, deren zu den Wirtschaftskommandos delegierte Manager den Raubzug in Griechenland organisierten und davon profitierten. Sie existieren in der Mehrzahl auch noch heute und spielen nach wie vor die griechische Karte: Thyssen-Krupp (damals Fried. Krupp AG), die Zigarettenindustrie, Rheinmetall, der Siemens-Konzern, die führenden Bauunternehmen (damals „Einsatzfirmen“ der Organisation Todt), die Großbanken (allen voran die Deutsche Bank AG) und zahlreiche andere Unternehmen, die sich aus den schriftlichen Überlieferungen unschwer rekonstruieren lassen. Sie soll-

ten genau so wie die Deutsche Bundesbank als Rechtsnachfolgerin der Reichsbank und die Nachfolger der Organisatoren des DEGRIGES-Handelsmonopols – der Bundesverband der Deutschen Industrie und die Bundesvereinigung des Groß- und Außenhandels – zur Kasse gebeten werden. Gerade jetzt ist der Zeitpunkt für eine großzügige Kapitalvermögensabgabe seitens der historisch Verantwortlichen an die Adresse Griechenlands günstig. Eine Inanspruchnahme des durchschnittlichen Steuerzahlers steht infolgedessen überhaupt nicht zur Debatte.

Der dabei zu mobilisierende Betrag deckt sich mit dem Volumen des zweiten Austeritätsprogramms der Regierung Papandreou. Selbst wenn von diesen Zahlungen eine oder zwei Milliarden Euro zur Entschädigung der Nachkommen der Massakeropfer abgezweigt werden, wäre die griechische Nationalökonomie erheblich entlastet. Ihre Akteure könnten zu einem antizyklischen Rekonstruktionsprogramm durchstarten, das vor allem den Bedürfnissen der kleinen Leute Rechnung trägt und gleichzeitig europaweit Impulse zur basisdemokratischen Selbstverwaltung der Wirtschaft freisetzt.

München 1986, S. 219-229; Ursula Rambeck-Jaschinski, *Das Londoner Schuldenabkommen. Die Regelung der deutschen Auslandsschulden nach dem Zweiten Weltkrieg*, München 2005.

4 Vgl. die Auswertung der griechischen Forschungsliteratur bei Wolfgang Breyer, Max Merten – *Ein Militärbeamter der deutschen Wehrmacht im Spannungsfeld zwischen Legende und Wahrheit*, Phil. Diss. Universität Mannheim 2003 (ungedruckt), S. 106 ff.; Hagen Fleischer, „Endlösung“ der Kriegsverbrecherfrage. *Die verhinderte Ahndung deutscher Kriegsverbrechen in Griechenland*, in: Norbert Frei (Hg.), *Transnationale Vergangenheitspolitik. Der Umgang mit deutschen Kriegsverbrechern in Europa nach dem Zweiten Weltkrieg*, Göttingen 2006, S. 464-535.

5 Vgl. zum Prozessverlauf und zu den Hintergründen der Abschiebung Breyer, Max Merten, S. 115 ff., 126 ff.

6 Als Gegenleistung für eine diplomatische Anerkennung hatte die DDR-Diplomatie mehreren west- und südeuropäischen

Ländern bilaterale Entschädigungsverhandlungen angeboten.

7 Vgl. Gabriele Heinecke, *Ärger mit dem Erbe. Reparationen oder der Fall Distomo (Griechenland)*, August 2000. Auf zahlreichen Webseiten abrufbar.

8 Vgl. Vertrag über die abschließende Regelung in Bezug auf Deutschland vom 12.9.1990. Im Internet bei Wikisource unter dem Stichwort Zwei-plus-Vier-Vertrag abrufbar.

9 Die Traktanden und Ergebnisse der Pariser Friedenskonferenz, die in einem am 10. Februar 1947 unterzeichneten Friedensvertrag zusammengefasst wurden, sind auf der Webseite des U.S. State Department ausführlich dokumentiert.

10 Ich danke Thomas Bindl und Angelika Ebbinghaus für die Zusammenstellung der statistischen Unterlagen, die die nun folgenden Berechnungen ermöglichten.

11 Vgl. die Auseinandersetzung um die Aktivitäten der IARA in mehreren Bänden der Quellenedition *Foreign Relations of the United States (FRUS)*, Washington, D.C., 1946-1950.

12 Vgl. Jörg Fisch, *Reparationen nach dem Zweiten Weltkrieg*, München 1992, S. 319 f.; Ders., *Reparationen und Entschädigung nach dem Zweiten Weltkrieg*, in: *Blätter für deutsche und internationale Politik*, H. 6/2000, S. 687-696 (Tabelle S. 691).

13 Bei der Diskussion dieses Phänomens wird regelmäßig übersehen, dass die „Erfindung“ und Ausgestaltung der individuellen Entschädigungsansprüche von Einzelpersonen und spezifisch definierten gesellschaftlichen Opfergruppen erst dann einsetzte, als die alle Komponenten umfassenden Reparationsleistungen im Gefolge des Kalten Kriegs zunehmend eingeschränkt wurden.

14 Beispielsweise hat Thomas Kuczynski in seinem bekannten Gutachten zur Zwangsarbeiterentschädigung – völlig zu Recht – den Lebenshaltungsindex (Inflator) mit dem Lohnindex (Deflator) kombiniert und daraus einen Mittelwert gebildet. Vgl. Thomas Kuczynski, *Brosamen vom Herrentisch*, Berlin 2004.

Kahlschlag

Sparprogramme zielen auf Staatsbankrott

Winfried Wolf

Als Mitte Juni der ehemalige griechische Verteidigungsminister Evangelos Venizelos zum neuen Finanzminister ernannt wurde, erklärte er in der Tageszeitung *Kathimerini*: „Ich verlasse das Verteidigungsministerium, um dorthin zu gehen, wo die Schlacht tatsächlich tobt.“¹ Der Vergleich mit einem Krieg ist angebracht. Die griechische Wirtschaft wird mit den Sparpaket-Angriffen der „Troika“, bestehend aus IWF, EZB und EU-Kommission, förmlich zusammengeschossen.

Bereits 2010 brach das Bruttoinlandsprodukt um 4,5 Prozent ein. 2011 wird es einen ähnlich starken Rückgang geben. Im kommenden Jahr könnte sich im Zusammenhang mit den weltweiten Krisentendenzen der Einbruch noch vertiefen. Das Niveau der industriellen Produktion liegt im Sommer 2011 bereits um 30 Prozent unter dem Niveau von 2007, dem letzten Jahr mit einem wirtschaftlichen Wachstum. Derart tiefe Einbrüche gibt es nur in einer Weltwirtschaftskrise oder in einem Krieg.

Es sind im wesentlichen drei Faktoren, die inzwischen die griechische Wirtschaft förmlich ausbluten lassen:

Zunächst ist die Wirkung der Einheitswährung Euro zu nennen. Die griechische Wirtschaft ist im Vergleich zu anderen Ländern der Kern-EU durch die spezifische Geschichte (Weltkrieg II, Bürgerkrieg 1944-1949, faschistische Diktatur 1967-1974) schwach entwickelt. Bis zur Euro-Einführung konnte die Wettbewerbsfähigkeit immer wieder durch Abwertungen der Drachme erhalten werden. Allein im Zeitraum 1979 bis 1993 wurde die Drachme gegenüber der DM um 86 Prozent abgewertet.² Die 18-prozentige Abwertung im direkten Vorfeld der Euro-Einführung wurde bereits er-

wähnt (siehe S. 39). Diese Möglichkeit fiel ab dem 1.1.2001 mit der Euro-Einführung weg. Die Folgen konnten kurzzeitig u.a. mit der Ausweitung der Kredite verdeckt werden. Doch mit der weltweiten Krise 2008/2009 brach die Strukturkrise offen aus. In Griechenland gab es 2010 noch 846000 Kleinunternehmen, die zwei Millionen Menschen beschäftigten und 44 Prozent des Bruttoinlandsprodukts erwirtschafteten. Angesichts der verschärften Konkurrenz und ohne neuerliche Währungsabwertung haben solche Unternehmen wenig Überlebenschancen gegen Großkonzerne aus Kerneuropa, insbesondere aus Deutschland.

Der zweite Faktor ist die öffentliche Schuld. Diese war bereits bei der Euro-Einführung erdrückend; sie lag auch damals bei mehr als 100 Prozent. Sie konnte in den Boomjahren 2002-2007 nicht wesentlich abgebaut werden. In der weltweiten Krise 2008/2009 schnellte sie hoch – wie übrigens in allen OECD-Staaten. Der zuvor bereits erreichte hohe 100-Prozent-Sockel bewirkte jedoch, dass Griechenland mit enormen Kapitalkosten zur Finanzierung dieser wuchernenden öffentlichen Schuld belastet wurde. Auch nach dem vorläufigen Ende der Krise gab es in Griechenland keinen wirtschaftlichen Aufschwung. Zumal der Schuldenrekord die Troika auf den Plan rief und – dies ist der dritte Faktor – nun die fatalen Sparpakete aufgelegt wurden.

Jupiter und Ochse

Die Schuldenquote in Japan liegt mit 200 Prozent um mehr als ein Drittel über der griechischen, die aktuell auf 150 Prozent beziffert wird. Dennoch kommt in Japan (bisher) niemand auf die Idee, in Krisenzeiten die öffentlichen Ausgaben zu reduzieren. Im Gegenteil – diese werden immer wieder neu ausgeweitet. Warum unterstützt die Weltgemeinschaft diese Politik in Tokio und

verlangt in Athen das Gegenteil? Ganz einfach: Quod licet Jovi, non licet bovi – was Jupiter darf, ist dem Ochsen längst nicht gestattet. Oder: Japan ist weiterhin ein mächtiges kapitalistisches Land, ein wichtiger Handelspartner und ein großer Markt. Würde man im Fall Japan das fordern, was im Fall Griechenland gefordert wird, so schnitte man sich in das eigene Fleisch, beschränkte den eigenen Absatz. Griechenland dagegen ist ein relativ kleines Land. Es eignet sich, um ein *Exempel* zu statuieren.

Die Botschaft lautet: *Ihr zahlt für unsere Krise!* Es zahlen die Schwachen – die Rentner –, durch Rentenkürzungen und durch das massiv verteuerte Leben (u.a. mit Mehrwertsteuer-Erhöhungen, Benzin- und Fahrpreiserhöhungen). Das alte und neue Heer der Erwerbslosen: die offizielle Arbeitslosenquote ist auf 16 Prozent hochgeschwollen. Die Jugendlichen, von denen aktuell 42,5 Prozent ohne Arbeit sind. Die kleinen Gewerbetreibenden, die mit Sonderabgaben zu Tausenden in den Ruin getrieben werden. Die Kranken: Das Gesundheitssystem erodiert; viele griechischen Krankenhäuser können die Medikamentenrechnungen nicht mehr bezahlen; erste Arzneimittelhersteller (Roche, CSL, Fresenius) mussten ausstehende Forderungen in Anleihen umwandeln und drohen mit Lieferboykott. Alle, die auf öffentliche Verkehrsmittel angewiesen sind – die ÖPNV-Preise stiegen um 40 Prozent; die staatliche Eisenbahn OSE, die einen eigenen Schuldenberg von 9,5 Milliarden Euro aufgetürmt hat, kann – wie andere staatliche Arbeitgeber – seit Monaten die Löhne für die eigenen Beschäftigten nicht auszahlen und legte Strecken still. Die einfachen Leute mit Wohneigentum: 2011 und 2012 werden rund 200000 Familien ihr Haus oder ihr Wohneigentum verlieren; rund 750000 Menschen sind betroffen. Die rund 200.000 Beschäftigten im Staatsdienst, die im Zeit-



Die Wiege der europäischen Kultur: **Griechenland**

Schon vor über 2000 Jahren kannten die Sklaven der griechischen Demokratie das Motto: „Hast du Galeere gebucht, mußt du rudern!“

WIE DIE GRIECHEN: **Hammer Spar- Programm** **1,2 Mio. deutsche Staatsdiener entlassen!**

Anzeige

Ich trinke Ouzo, weil...

... mir der Ackermann bei seiner Geburtstagsfeier meinen Bordeaux leergesüffelt hat!



Foto: J.Römer

Irre Erfindung: Eierfärben unter der Schale

57



Brüssel: Der letzte Schrei in den Frühstücks-Cafés der EU-Metropole: Eier, die ihr bedrucktes Inneres erst nach dem Pellen preisgeben. Ein Schweizer Lebensmittelchemiker hat ein Verfahren entwickelt, Eier unter der Schale zu bedrucken. Beliebtestes Motiv: Die Flaggen der EU-Wackelkandidaten. (Foto: dpa)

Sparprogramme 2010-2014 in Griechenland – ihre Relevanz für Deutschland oder Österreich

	Griechenland	Deutschland	Österreich
BIP (2010)	230 Mrd. Euro	2498 Mrd. Euro	284 Mrd. Euro
Defizit	24 Mrd. Euro = 10,5% des BIP	82 Mrd. Euro = 3,3% des BIP	13 Mrd. Euro = 4,6% des BIP
Griechisches Sparpaket I + II (April u. Mai 2010)	Abbau des jährlichen Defizits um 12 Mrd. Euro	Entspricht einem jährlichen Sparvolumen von 131 Mrd. Euro oder dem kompletten Etat Arbeit und Soziales	Entspricht einem jährlichen Sparvolumen von 15 Mrd. Euro oder den Bildungsausgaben aller öffentlichen Haushalte
Griechisches Sparpaket III (Juni 2011)	Defizit-Abbau um zusätzliche 28 Mrd. Euro jährlich	Entspricht einem Volumen von 308 Mrd. Euro oder dem gesamten Jahresetat des Bundes 2011 (= 307 Mrd Euro)	Entspricht 35 Mrd. Euro oder allen öff. Ausgaben für Gesundheit, Verteidigung, Umwelt, Freizeit/Sport/Kultur, Wohnungswesen und öffentliche Sicherheit
Griechisches Privatisierungsprogramm	Verkauf von Staatsbesitz im Wert von 50 Mrd. Euro	Entspricht 550 Mrd. Euro oder einem Komplettverkauf der 20 mächtigsten deutschen Konzerne (Börsenwerte Mitte 2011)*	Entspricht 57 Mrd. Euro oder dem Komplettverkauf von acht der wertvollsten österreichischen Unternehmen (Börsenwerte Mitte 2011)**
Beschäftigte im Staatsdienst	767000 (Anfang 2010) = 7,2% der Bevölkerung	4600000 staatl. Beschäftigte (Beamte und Angestellte; ohne Bahn) = 5,7% der Bevölkerung	518000 staatl. Beschäftigte = 6,2% der Bevölkerung
Abbau Beschäftigte im öffentlichen Sektor	Reduktion um 25% bis 2015 oder um 190000	Entspricht einem Abbau von 1150000 Beschäftigten im öffentlichen Sektor	Entspricht einem Abbau von 129000 Beschäftigten im öffentlichen Sektor

* VW, Daimler, Eon, Siemens, Metro, BASF, Deutsche Telekom, BMW, Rewe, Deutsche Post, RWE, Thyssen-Krupp, Bayer, Lufthansa, Continental, Hochtief, EnBW, Tui, Henkel, MAN.
 ** Erste Bank, OMM, Raiffeisen, Verbund AG, Voest Alpine, Strabag, Telekom Austria, Volksbank

Oder: Griechenlands Schulden sind illegitim

Der griechische Journalist Aris Chatzistefanou drehte einen Dokumentarfilm mit dem Titel „Debtocracy“ (etwa: Schuldenherrschaft). Die Wortschöpfung erklärte er in einem Interview in der Wochenzeitung *Freitag* wie folgt:

„Griechenland gibt seine Souveränität auf. Eine Regierung bricht die Verfassung, um extreme Kürzungsmaßnahmen durchzusetzen und die Repression hat Ausmaße erreicht, wie man sie nur in Ländern im Ausnahmezustand kennt. (...) Die Schulden wachsen (seit der „EU-Hilfe“ und den neuen Sparprogrammen; d. Red.) in einem noch schnelleren Tempo. Was unternommen wird, sie abzubauen, zerstört jede Hoffnung auf Erholung. Allein die Tatsache, dass Menschenrechtler aus dem subsaharischen Afrika inzwischen nach Athen kommen, um die Auswirkungen der IWF-Intervention auf unsere Bevölkerung zu studieren, charakterisiert die Lage. Die Krise zerstört die Gesellschaft in einem Ausmaß, dass für uns vormals undenkbar Phänomene auftreten wie das enorme Erstarken neofaschistischer Verbände, die ganze Straßenzüge im Zentrum Athens beherrschen und Migranten am helllichten Tag erstechen. (...)“

Im März (2011) hat sich eine griechische Initiative für Schuldentransparenz gegründet. Sie wird von Persönlichkeiten wie Noam Chomsky, Tariq Ali, Slavoj Žižek und Tony Benn (...) unterstützt. Sie fordert, alle mit den Schulden verbundenen Dokumente zu veröffentlichen und zu klären, welche Teile der Schulden nicht bezahlt werden müssen, weil sie nicht durch die Bevölkerung verursacht wurden. Dies basiert auf der Theorie von Alexander Sak von 1927, wonach Schulden verabscheuungswürdig sind, wenn sie ohne Kenntnis und zum Nachteil der Bevölkerung aufgenommen wurden und wenn gleichzeitig die Gläubiger dies wussten. Bei uns können etwa die mit den Olympischen Spielen von 2004 verursachten Schulden oder die durch Rüstungsausgaben entstandenen Verbindlichkeiten illegitim sein.

Die Initiative ist auf eine (...) Bewegung angewiesen, die eine Bekanntgabe geheimer Dokumente erzwingen will, um zu erfahren, durch wen und weshalb wir eigentlich derart verschuldet sind.“

In: *Freitag* vom 13. Juni 2011

58

raum 2010 bis 2014 ihre Arbeit verloren haben oder noch verlieren, was, einschließlich der Angehörigen, auf gut eine halbe Million Betroffene hinausläuft.³

Die Reichen, die es in Griechenland natürlich auch gibt, werden in der Realität

kaum belastet, obgleich Griechenlands Ministerpräsident exakt zu beziffern weiß: „Es gibt in diesem Land 14000 Menschen, die dem Staat zusammen 36 Milliarden an Steuern schulden.“ Immerhin, so ließe sich argumentieren, wird so mit Blut, Schweiß und Tränen

Hellas vor dem Kollaps – EU heuchelt „Betroffenheit“

Am 6. September hieß es aus EU-Kreisen: „Wenn es keinen starken Troika-Bericht gibt, werden wir Ende des Monats einen Staatsbankrott erleben.“ Merkel, Seehofer und Ackermann seien „empört“, weil der „Sparwille“ in Griechenland nicht ausreichend groß sei.

Tatsachen sind: Das Haushaltsdefizit Griechenlands wird drastisch reduziert – von 14% 2009, auf 10,5% 2010 und rund 8% 2011. Es handelt sich um das Defizit bezogen auf das BIP. Da dieses im Zeitraum 2009–2011 um mindestens 10 Prozent schrumpft, ist der Defizit-Abbau umso höher zu bewerten. Dass die von der Troika aufgezwungenen noch höheren Ziele nicht erreicht werden, liegt vor allem an den völlig überzogenen und asozialen Forderungen von EU-EZB-IWF, die den BIP-Einbruch bewirken.

„Empört“ sind die Genannten, weil die Staatsunternehmen, auf die deutsche Konzerne scharf sind, noch nicht zur Privatisierung preisgegeben wurden. Im übrigen gibt es inzwischen die Tendenz, an der griechischen Bevölkerung ein Exempel zu statuieren – als Warnung für Rest-Europa.

die Verschuldung reduziert. Doch just dies findet nicht statt. Auch nach den offiziellen Zahlen der Troika wird die Schuldenquote im Zeitraum 2011 bis 2014 bei rund 140 Prozent bleiben.

Es könnte durchaus sein, dass die Schuldenquote nochmals ansteigt – weil die griechische Wirtschaft schlicht kollabiert und ein Staatsbankrott jetzt erst recht auf der Tagesordnung steht. Denn die Addition der zwei Sparprogramme muss eine kumulative Wirkung zeitigen, die die Wirtschaft jedes Landes zum Kollaps bringen muss. In der nebenstehenden Tabelle wurden die Maßnahmen, die Griechenland aufgezwungen werden, in eine Relation zur stärksten EU-Ökonomie, der deutschen, gebracht. Allein das Privatisierungsprogramm hat einen Umfang, der, übertragen auf Deutschland, dem Verkauf von drei Viertel aller DAX-Konzerne gleichkommt. Ilias Iliopoulos, Generalsekretär der Beamtengewerkschaft, bezeichnete das Privatisierungsprogramm als „einen Akt von Landesverrat.“⁴

Anmerkungen:

1 *Kathimerini* vom 18. Juni 2011; engl. Ausgabe.

2 Es handelte sich dabei keineswegs um ein rein griechisches Phänomen. Im gleichen Zeitraum musste der portugiesische Escudo um 75%, die spanische Peseta um 54%, die italienische Lira um 52% und auch der französische Franc um 33% abgewertet werden. (*Monatsberichte der Deutschen Bundesbank* 6/1993).

3 Griechenland hatte lt. EU-Angaben Mitte 2010 767000 Beschäftigte im Staatsdienst. Das entspricht rund 6,8 Prozent der Bevölkerung. In Deutschland sind es 4,6 Millionen im Staatsdienst Beschäftigte, was 5,8% der Bevölkerung entspricht. Einige Bereiche, die in Griechenland Teil des Staatsdienstes sind wie die Eisenbahn, werden in Deutschland nicht erfasst, weil die Deutsche Bahn AG trotz 100-prozentigem Staatseigentum nicht als Staatsbahn zählt (übrigens werden auch die DB AG-Schulden nicht als öffentliche Schulden erfasst, wohl aber die Schulden der griechischen Staatsbahn als griechische öffentliche Schuld).

4 Zitiert in: *Financial Times Deutschland* vom 12. August 2011.

Souveränität

Georg Fülberth

Mit der Entstehung der modernen Staaten in der frühen Neuzeit bildete sich auch die Lehre von ihrer Souveränität heraus: Sie waren keiner auswärtigen Macht unterworfen. Träger dieses Privilegs war der Fürst, der deshalb auch als der Souverän bezeichnet wurde. Als absolutistischer Herrscher war er auch souverän gegenüber den Untertanen. Im Prozess der Demokratisierung erkämpften diese die Volkssouveränität. Diese wurde ebenfalls nach außen hin wahrgenommen: Der demokratische Staat ist ebenso souverän im Verhältnis zu anderen Staaten wie sein absolutistischer Vorgänger. Dies gilt auch dann, wenn er supranationale Verbindungen eingeht, an die Staaten einen Teil ihrer Kompetenzen abtreten. Nächstliegendes Beispiel ist die Europäische Union. (Allerdings wurde im Kalten Krieg mit seinen Blockbildungen die Souveränität auch einmal als anachronistisch bezeichnet, nicht nur in der Breschnew-Doktrin, sondern auch durch westliche Politologen.) Die Delegation von Teilen der Staatssouveränität kann zu Lasten der Volkssouveränität gehen. Auch hier ist auf die EU zu verweisen. Ihr mächtigstes Organ, die Kommission, ist nicht von den Völkern gewählt. Das Europäische Parlament hat nur eingeschränkte Befugnisse. Insofern ist die Volkssouveränität in der EU nicht viel besser garantiert als im Deutschen Kaiserreich 1871 – 1918, in dem der Kanzler nicht vom durch allgemeines, gleiches und geheimes Wahlrecht zustande gekommenen Reichstag abhängig war, sondern vom Monarchen. Das Reich war ein Bund der Fürsten – so wie in der EU die Beauftragten der Regierungen die tatsächliche Macht ausüben.

Sehen wir vom Demokratiedefizit einmal einen Moment ab, könnte man meinen, dass – wenn schon nicht die Volks- so doch – die Staats-Souveränität letztlich gewahrt bleibt. Die EU wäre dann die Vorform eines künftigen transnationalen Staates, der sich von außer-europäischen Mächten nicht fremdbestimmen lässt.

Da er noch nicht voll herausgebildet ist, seien die Souveränitäten eben zur Zeit geteilt: teils national, teils schon europäisch.

Diese Sicht ist beschönigend. Innerhalb der Europäischen Union lässt sich ein Machtgefälle beobachten: oben Deutschland und Frankreich, dann in absteigender Reihenfolge die anderen Mitgliedsländer. Zwischen ihnen besteht ein Verhältnis der Nötigung. Das gibt es zwar in jedem internationalen System – die stärkeren Staaten können auf die schwächeren mehr Einfluss nehmen als umgekehrt –, aber die schon recht weit gediehene Institutionalisierung der EU gibt diesem Druck mehr Durchsetzungsmöglichkeiten.

Der Hebel solcher Nötigungen wird jedoch nicht von den mächtigeren EU-Staaten unmittelbar eingesetzt, sondern auf dem Umweg über die Ökonomie. Zunächst gegenüber Griechenland, dann im Verhältnis zu anderen hoch verschuldeten Staaten hat sich ein Direktorium herausgebildet: die Troika aus EU-Kommission, Europäischer Zentralbank und Internationalem Währungsfonds. Ist die Souveränität der Staaten mittlerweile schon in dieses Gremium verlagert?

Seine Mitglieder und Apologeten werden diese Frage mit Nein beantworten und sich selbst als abhängige Variablen definieren: Ihnen bleibe nichts anderes übrig, als die Vorgaben der „Märkte“ umzusetzen. Diese Denkfigur geht auf die Rede „Die europäische Wirtschaft zwischen globalen Märkten und internen Herausforderungen“ zurück, die der damalige Präsident der Deutschen Bundesbank, Hans Tietmeyer, am 27. November 1996 vor dem Europäischen Hochschulinstitut in Florenz gehalten hat. Staaten könnten wirtschaftspolitisch nicht mehr souverän handeln, sie seien selbst Objekte.

Mittlerweile werden neue Subjekte genannt, an welche die Souveränität abgetreten worden sei: die Rating-Agenturen. Von ihrem Urteil sei es abhängig, ob Staaten noch zahlungsfähig

seien und zu welchen Konditionen sie Kredit erhalten.

Unlängst wurde diese Machtzuweisung wichtigen Markt-Akteuren selbst gefährlich: großen Banken, die griechische Staatsanleihen im Portefeuille haben und durch deren Herabstufung auf Ramsch-Niveau von großen Abschreibungen bedroht waren. Plötzlich schienen sogar die Troika und die europäischen Regierungen sich wieder auf den Primat der Politik besinnen zu wollen: Hier und im Fall Portugals erklärten sie die Befunde der Rating-Agenturen für nicht mehr verbindlich und entschieden sich für Rettungsmaßnahmen, die die Ausfälle der Geldinstitute vermieden oder zumindest sehr verkleinerten.

Deutet sich hier ein Happy End an? Gewiss nicht. Es ist lediglich sichtbar geworden, dass es Akteure noch oberhalb von Standard & Poor's, Moody's und Fitch gibt: die so genannten systemrelevanten Banken, die vor Verlusten geschützt werden sollen.

Diese Verlagerung hat – wie schon vorher der Verweis auf die Rating-Agenturen – den Vorteil, dass sie das anonymisierende und insofern vernebelnde Reden von „den Märkten“ ablöst. Die Träger der Macht haben jetzt wieder Namen und Adresse – aber nur einige von ihnen. Als im vergangenen Jahr die deutsche Bundesregierung von der Energiewirtschaft vorgeführt wurde, zeigte sich in einem anderen Sektor ein Verhältnis von Ökonomie und Politik, das in vergangenen Zeiten als Staatsmonopolistischer Kapitalismus offenbar nicht unzutreffend gekennzeichnet worden ist.

Stärker als im Kalten Krieg scheint die Souveränität der Staaten heute also ausgehöhlt durch die Macht des Kapitals. Diese greift zugleich die Volkssouveränität an: der griechische Ministerpräsident brachte Sparbeschlüsse, die in Wirklichkeit Umverteilungsdiktate sind, mit dem Hinweis auf die angebliche Alternativlosigkeit der Situation durchs Parlament.

Mit der doppelten Aufhebung der Souveränität könnte das begonnene haben, was der Politologe Colin Crouch als „Postdemokratie“ bezeichnet.

Sozialverantwortung oder Schönfärberei von Unternehmen?



60

Corporate Social Responsibility

Gisela Burckhardt

Das Schmücken mit unternehmerischer Sozialverantwortung oder „Corporate Social Responsibility“ (CSR) hat Hochkonjunktur. Die Arbeitsbedingungen bei den Zulieferern deutscher Unternehmen in den Ländern Südasiens haben sich dadurch nicht wesentlich verbessert. CSR-Maßnahmen dienen der Schönfärberei und Verhinderung von verbindlichen gesetzlichen Regulierungen.

Große Unternehmen, Handelshäuser und Discounter mit einer langen Lieferkette wie die Bekleidungsindustrie stehen wegen der massiven Verletzung von Arbeits- und Menschenrechten in den Produktionsländern China, Bangladesch oder Türkei unter dem Druck von Nichtregierungsorganisationen, zum Beispiel der Kampagne für Saubere Kleidung (Clean Clothes Campaign = CCC). Sie fürchten einen Imageverlust und sind deshalb alarmiert. Auch Aktionäre interessiert zunehmend mehr, ob ein Unternehmen Menschen- und Frauenrechte, Sozial- und Umweltstandards berücksichtigt. Soziale Kriterien beeinflussen also Investitionsentscheidungen. Unternehmerische Sozialverantwortung oder „Corporate Social Responsibility“ (CSR)

CSR gilt mittlerweile als ein wichtiger Wettbewerbsfaktor. Deshalb hat die Bundesregierung im Oktober 2010 den Aktionsplan CSR verabschiedet, dessen Ziel es ist, insbesondere kleine und mittlere Unternehmen für CSR zu gewinnen. Denn: „CSR kommt der Gesellschaft insgesamt zu Gute und zahlt sich auch für die Unternehmen aus“, so Bundesarbeitsministerin Ursula von der Leyen (CDU) im Vorwort.

Die Arbeitsbedingungen bei den Zulieferern deutscher Unternehmen in den Ländern Südasiens haben sich dadurch nicht wesentlich verbessert. CSR-Maßnahmen dienen der Schönfärberei und Verhinderung von verbindlichen gesetzlichen Regulierungen.

CSR- Definition

Dabei hat sich die Bundesregierung auf die Formulierung der EU gestützt. Danach heißt es: „CSR bezeichnet die Wahrnehmung gesellschaftlicher Verantwortung durch Unternehmen über gesetzliche Anforderungen hinaus. CSR steht für eine nachhaltige Unternehmensführung im Kerngeschäft, die in der Geschäftsstrategie des Unternehmens verankert ist. CSR ist freiwillig, aber nicht beliebig.“ Wohltätigkeitsprojekte wie die Finanzierung von Kinderkrippen u.ä. wären demnach keine CSR-Maßnahmen. Der Hinweis, dass CSR

nicht beliebig sei, deutet auf eine gewisse Verbindlichkeit hin, z.B. bei der Umsetzung des eigenen Verhaltenskodexes eines Unternehmens. Doch letztlich bleibt es beim Appell, rechtlich einklagbar ist es nicht.

Auch das Ministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit hebt die Bedeutung von CSR als Pluspunkt im Wettbewerb mit anderen Unternehmen hervor. In seiner Broschüre zu Risikomanagement und CSR heißt es: „Die Problematik ökologischer und sozialer Missstände in der Zulieferkette ist nicht neu: Raubbau an der Natur, Beschäftigung von Kindern, unzureichende Bezahlung, überhöhte Arbeitszeiten und menschenunwürdige Unterbringung – immer wieder wird das Image global agierender Konzerne und Marken durch das Bekanntwerden solcher Missstände erschüttert. Dies stellt nicht nur ein Reputationsrisiko dar, sondern auch ein Lieferrisiko – wenn nämlich durch behördliches Eingreifen oder Streiks die Lieferbereitschaft einzelner Unternehmen eingeschränkt oder nicht mehr verlässlich gewährleistet ist. Hier bleiben einzig und allein glaubwürdige und nachvollziehbare Aktivitäten, die zur Verbesserung und Einhaltung von universellen oder spezifisch von Branchen anerkannten Lieferantenstandards beitragen.“

Lieferantenstandards oder so ge-

nannte Verhaltenskodizes von Unternehmen gibt es nun schon viele Jahre, ohne dass sich dadurch die Arbeitsbedingungen in den Niedriglohnländern geändert hätten. Darunter leiden vor allem Frauen, die 70-90 Prozent der Arbeitskräfte in der Bekleidungs- und Elektronikindustrie stellen.

Freiwillige Sozialstandards zur Vorbeugung von gesetzlichen Maßnahmen

Den Unternehmen ist ganz besonders wichtig zu betonen, dass CSR freiwillig sein muss. Um der zunehmenden Kritik an den Frauen- und Arbeitsrechtsverletzungen in der Lieferkette etwas entgegen zu setzen und vor allem um gesetzlichen Maßnahmen vorzubeugen, gibt es inzwischen verschiedene Zusammenschlüsse von Unternehmen, die Sozialstandards propagieren. Eine der größten und bekanntesten ist die Business Social Compliance Initiative (BSCI). Dieser Zusammenschluss von über 700 – mehrheitlich europäischen – Unternehmen (mit über 2800 Lieferanten weltweit) hat laut eigener Aussage das Ziel, die Einhaltung bestimmter Sozial- und Umweltstandards bei seinen Lieferanten zu erreichen. Deutsche Discounter wie Lidl und Aldi oder auch die Otto Gruppe sind Mitglied bei BSCI, die sich einen eigenen Verhaltenskodex zugelegt hat.

Die CCC kritisiert BSCI allerdings als eine Initiative, die sehr vielen Unternehmen dazu dient, sich ein „Sozialmäntelchen“ umzuhängen:

- Ein zentrales Instrument von BSCI ist die Durchführung von Betriebskontrollen (Audits) bei den Lieferanten ihrer Mitglieder. Der Akzent liegt auf Prüfung und Kontrolle, nicht auf Unterstützung der Produzenten bei der Umsetzung von Sozialstandards (z.B. Aufbau von Beschwerdesystemen, Schulung des Managements und Schulung der Arbeiterinnen durch Gewerkschaften und NGOs).
- Die Sozialaudits werden von kommerziellen Auditunternehmen durchgeführt. Sie werden von BSCI-Mitgliedern für ihre Arbeit bezahlt und sind deshalb nicht unabhängig. Qualität und Glaubwürdigkeit dieser Audits müssen in vielen Fällen in Frage gestellt werden.

- Der Verhaltenskodex von BSCI verpflichtet die Fabriken nicht zur Zahlung eines existenzsichernden Lohnes, sondern nur des im Lande geltenden Mindestlohns. Dieser aber reicht in vielen Produktionsländern nicht zum Überleben aus.
- BSCI ist eine reine Unternehmensinitiative, bei der Gewerkschaften und NGOs kein Mitspracherecht haben.
- BSCI ist nicht transparent: Die Namen der Lieferanten werden nicht genannt, Berichte über Auditergebnisse von einzelnen Fabriken werden nicht veröffentlicht.

Die Recherchen der CCC vor Ort zeigen, dass sich die Arbeitsbedingungen in den wichtigen Bereichen (Löhne, Arbeitszeiten, Vereinigungsfreiheit, Diskriminierung) kaum geändert haben. Dies ist auch nicht verwunderlich, weil letztlich die Einkaufspolitik der multinationalen Unternehmen darüber entscheidet, ob in den Produktionsländern wirklich Arbeits- und Menschenrechte eingehalten werden. Zu einer Erhöhung der Einkaufspreise, die zu einer wirklichen Verbesserung der Bezahlung der Beschäftigten und einer Reduzierung von Überstunden führen könnte, sind die Unternehmen nicht bereit. BSCI wurde zum Schirm für Unternehmen, die sich vor Kritik an mangelnder Umsetzung von Sozialstandards verstecken.

Zwei Beispiele für Schönfärberei

1. Die **Otto Gruppe** ist einer der Initiatoren von BSCI. Im Dezember 2009 – der Termin kurz vor Weihnachten war öffentlichkeitswirksam geschickt gewählt – verkündete Otto unter großer Aufmerksamkeit die Schaffung einer „Fabrik der Zukunft“ in Dhaka, Bangladesch. Auf Anfrage erklärte ein Mitarbeiter von Otto: „Die Otto Group gewährt ein zinsloses Darlehen für den Aufbau und den Anlauf der Fabrik. Dieser Weg wurde gewählt, um sicherzustellen, dass möglichst viele ökologische Aspekte berücksichtigt werden können, um die Arbeits- und Produktionsbedingungen so gut wie möglich zu gestalten.(...) Bei der Bezahlung werden wir uns an den gesetzlichen Rahmenbedingungen orientieren.“ Die Orientierung an gesetzlichen Rahmenbedingungen heißt faktisch die Bezahlung von Min-

destlöhnen (rund 33 Euro/Monat in Bangladesch), mit denen eine Näherin auch in Bangladesch nicht ohne mörderische Überstunden überleben kann. Viele Frauen müssen bis in die Nacht hinein schuften. Eine solche Fabrik wäre also keine Vorzeigefabrik. Bis heute – eineinhalb Jahre später – steht noch nicht ein Stein dieser neuen „Fabrik der Zukunft“. Ottos Weihnachtsgeschäft haben die vollmundigen Ankündigungen 2009 aber sicherlich genützt.

2. **Lidl**: Im Jahr 2008 konfrontierte die CCC Lidl und Kik mit Arbeits- und Menschen-/Frauenrechtsverletzungen bei ihren Zulieferern in Bangladesch, zusammengefasst in der Broschüre: „Wer bezahlt unsere Kleidung bei Lidl und Kik? Arbeitskraft zum Discountpreis-Schnäppchen für alle?“ Lidl reagierte darauf, indem es Schulungen für seine Lieferanten durchführen ließ, die diesen die Bedeutung von Sozialstandards vermitteln sollten. Das Problem wurde also auf die Produzenten geschoben. Änderte Lidl seine Einkaufspraktiken? Zahlte Lidl seinen Produzenten einen besseren Preis, damit sie Sozialstandards einhalten können? Das Gegenteil ist der Fall. Lieferanten klagen, dass die Preise gedrückt werden. Preise für die Herstellung von Kleidung in Bangladesch fielen in den letzten Jahren um rund ein Drittel.

Um der öffentlichen Kritik etwas entgegen zu setzen, betrieb Lidl Schönfärberei. Auf seiner Webseite und in Broschüren verkündete der Discounter vollmundig: „Wir bei Lidl vergeben unsere Non-food Aufträge nur an ausgewählte Lieferanten und Produzenten, die bereit sind und nachweisen können, soziale Verantwortung aktiv zu übernehmen.“ Zusätzlich trat Lidl der BSCI bei.

Da Lidl unverfroren mit der Einhaltung von Sozialstandards bei seinen Lieferanten warb, klagte im April 2010 die Verbraucherzentrale Hamburg mit Unterstützung der CCC und dem European Center for Constitutional and Human Rights (ECCHR) wegen Täuschung der Verbraucherinnen und Verbraucher gegen den Discounter. Denn die CCC konnte nachweisen, dass von vier Lieferanten von Lidl in Bangladesch die Lidl/BSCI-Sozialstandards massiv verletzt wurden. Obwohl das Unternehmen rechtzeitig mehrere Wochen vor Einrei-

chung der Klage eine Abmahnung schickte, reagierte der Konzern erst, als der Druck groß wurde. In einer Pressekonferenz informierten die CCC, die Verbraucherzentrale und ECCHR die Öffentlichkeit über die Klage, am nächsten Tag zog Lidl seine Werbung zurück.

Die CCC erstellte mit Unterstützung von professionellen Schauspielern den Videoclip „Schön! Färber!“ (zu Aldi, Lidl und KiK), der inzwischen schon von rund 40000 Personen angeschaut wurde. Seit Juli 2011 macht die CCC mit einer Mitmachkampagne zum Verfremden der Werbung der drei Discounter (www.schoenfaerben-jetzt.de) auf die

Methoden des Reinwaschens der Unternehmen aufmerksam.

Rechte für Menschen – Regeln für Unternehmen

Da freiwillige CSR-Maßnahmen offenkundig häufig der Schönfärberei von Unternehmen dienen, fordert die CCC zusammen mit dem Netzwerk Unternehmensverantwortung (CorA – Corporate Accountability) von der EU und dem deutschen Gesetzgeber verbindliche Regeln in folgenden Bereichen:

- **Haftbarmachung:** In der EU ansässige Unternehmen müssen für die Auswirkungen ihrer Geschäftstätigkeit auf Umwelt und Menschen haftbar gemacht werden können.
- **Informationspflicht/Transparenz:** Unternehmen müssen über die Auswirkungen ihrer Geschäftstätigkeit auf Umwelt und Menschen jährlich berichten und ihre Lieferketten offen legen.
- **Rechtsschutz:** Durch europäische Unternehmen Geschädigte müssen Zugang zu Rechtsschutz erhalten.

Die weltweit tätigen europäischen Konzerne profitieren von den Niedriglöhnen in vielen armen Ländern. Gegen die Menschen- und Frauenrechtsverletzungen können sich die Betroffenen aufgrund einer oft korrupten Justiz selten zur Wehr setzen. Die europäischen Konzerne wiederum können nicht in Europa wegen der Verletzung von Arbeitsrechten ihrer Lieferanten zur Rechenschaft gezogen werden. Hier gibt es einen gro-

ßen Regulierungsbedarf. Dies hat auch John Ruggie, UN-Sonderberichterstatter für Wirtschaft und Menschenrechte in seinem Bericht aufgezeigt und dies wurde von der juristischen Edinburgh Studie, die die EU-Kommission in Auftrag gegeben hat, Ende 2010 im Detail ausgeführt. Die USA haben z.B. den „Alien Torts Claims Act“, der es Geschädigten aus dem Süden ermöglicht, vor US-Gerichten gegen Unternehmen zu klagen. Ein solches Gesetz gibt es in den EU-Staaten bisher nicht. Zumindest im Bereich der Publizitätspflichten von Unternehmen gibt es inzwischen Hoffnung auf etwas Bewegung, da die EU-Kommission zu Stellungnahmen nicht finanzieller Art – wie über soziale und ökologische Risiken – aufgefordert hat. Publizitätspflichten könnten langfristig auch den betroffenen Näherinnen helfen, nachzuweisen, dass Unternehmen ihrer Sorgfaltspflicht nicht ausreichend nachgekommen sind.

Dr. **Gisela Burckhardt**, FEMNET e.V. Sie ist entwicklungspolitische Gutachterin und Trainerin, arbeitete für internationale und deutsche Entwicklungsorganisationen in Nicaragua, Pakistan und Äthiopien. Sie ist seit zehn Jahren aktiv für die CCC, ist im Vorstand von FEMNET und leitet dort den Schwerpunkt Soziale Rechte.

Der Videoclip ist zu sehen auf youtube: www.youtube.com/watch?v=2JomPtm00yU



Papy Rossa Verlag | Luxemburger Str. 202 | 50937 Köln

 <p>Domenico Losurdo: Die Sprache des Imperiums 391 Seiten; 19,90 Euro</p> <p>Antisemitismus, Antiamerikanismus, Fundamentalismus, Islamofaschismus – mit solchen Schlagworten wird der weltweite Kampf gegen den Terror begründet. Was ist darunter zu verstehen? Losurdo schafft Klarheit über diese Begriffe und arbeitet ihre historischen und aktuellen Zusammenhänge heraus.</p>	 <p>Daniel Cil Brecher: Der David – Der Westen und sein Traum von Israel; 251 S.; 15,90 Euro</p> <p>»Der David« steht für die idealisierten Israel-Bilder des Westens, hinter denen sich eigene Interessen und das Schicksal der Palästinenser leicht verbergen lassen. Brecher skizziert ihre politische Bedeutung von der Entstehung des Staates Israel bis hin zum Israel-Kult der Fans von Ajax Amsterdam und Tottenham Hotspurs.</p>	
---	--	--

Tel (0221) 44 85 45 | Fax (0221) 44 43 05 | www.papyrossa.de | mail@papyrossa.de

Die Mär von den „Freiwilligendiensten“



63

Wer pflegt künftig alte Menschen?

Gisela Notz

Kein Staat, keine nationale Telegrafagenatur hat das Recht, über das Leben derer zu verfügen, die sich nicht freiwillig darbieten.¹

„Wer pflegt uns, wenn wir alt sind?“ Das scheint schon länger die große Zukunftsfrage zu sein. Versicherungspflichtige Stellen für ausgebildete Pflegekräfte werden abgebaut, durch „Mini-Jobs“ mit Niedriglöhnen ersetzt; in den Heimen ist oft wegen des Personalmanagements eine ausreichende pflegerische Versorgung der Pflegebedürftigen nicht gewährleistet. Wohlfahrtsverbände betreiben eigene Leiharbeitsfirmen oder setzen Leiharbeiterinnen ein. Viele Pflege-

rinnen werden in die unsichere und meist nicht existenzsichernde Selbständigkeit gedrängt. Auf neue Pflegekräfte aus den östlichen EU-Staaten ist auch nach der Änderung des Arbeitnehmerentsendegesetzes keine Hoffnung, weil Pflegekräfte in anderen Staaten bessere Bedingungen und Bezahlung vorfinden.

Wer – unter welchen Bedingungen auch immer – in der Altenpflege arbeitet, ist überlastet, schlecht bezahlt und erfährt wenig Anerkennung. Altenpflege ist auch schon immer ein Bereich der unbezahlten, sogenannten ehrenamtlichen Frauenarbeit. Doch zusätzliche Gratisarbeiterinnen sind schwer zu finden. Die zu ihrer Mobilisierung vielfältig initiierten Kampagnen hatten bis jetzt nicht den gewünschten Erfolg. Die „soziale Katastrophe“, die mit dem Wegfall

des Zivildienstes erwartet und die vor allem den Bereich der Altenpflege treffen wird, war also lange abzusehen.

Staat und Wohlfahrtsverbände suchen nach Lösungen, um Kosten zu sparen, vor allem Personalkosten. Arbeitsdienste im Sinne von sozialen Pflichtjahren (nicht nur) für junge Frauen und Männer, werden immer wieder diskutiert, sind aber wegen des einschränkenden Grundgesetzes ohne Verfassungsänderung nicht so leicht durchzusetzen. Das Grundgesetz Artikel 12 gebietet: „Niemand darf zu einer bestimmten Arbeit gezwungen werden, außer einer im herkömmlichen allgemeinen für alle gleichen öffentlichen Dienstleistungspflicht (...) Zwangsarbeit ist nur bei einer gerichtlich angeordneten Freiheitsentziehung zulässig.“ Eine Ausnahme bilde-



+ 6

+ 5

+ 4

+ 3

+ 2

+ 1

- 1

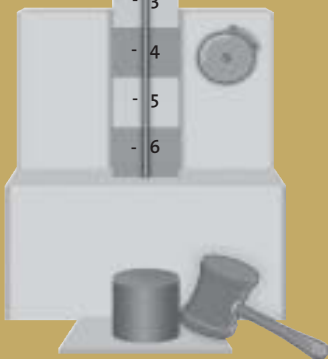
- 2

- 3

- 4

- 5

- 6



Zunehmend empfinden wir Sie, Frau **Kristina Schröder**, als eine komplette Fehlbesetzung als deutsche Familienministerin. Darum erscheint ihr Konterfei als bisher einziges zum zweiten Mal an dieser Stelle (s. LP21, Heft 14, S. 30). Dieses Mal geht es um den Ersten Gleichstellungsbericht („Neue Wege – Gleiche Chancen – Gleichstellung von Frauen und Männern im Lebensverlauf“). Als Sie bei Vorlage des Berichts im Januar 2011 gewahr wurden, dass Ihre (Un-)Gleichstellungspolitik in entscheidenden Bereichen darin kritisch bilanziert wird, ließen Sie sich bei der Übergabe kurzfristig durch einen Staatssekretär vertreten. Ein halbes Jahr fand sich auf der Website Ihres Ministeriums der Hinweis, der Bericht werde „Anfang 2011 vorgelegt“. Frauen mit Spürnase konnten ihn beim Fraunhofer-Institut einsehen und herunterladen. Am 15. Juni nahm nun das Bundeskabinett den Bericht „zur Kenntnis“ (seitdem steht er großzügigerweise auf der Website Ihres Ministeriums). Das Kabinett beschloss eine 16-seitige „Stellungnahme zum Gutachten“, die zwar ein Dutzend Mal das Wort „Herausforderung(en)“ verwendet, gleichzeitig aber versucht, die zentralen Positionierungen der Sachverständigenkommission zu zerreden. So bezeichnet die Kommission auf Seite 201 „die gegenwärtige Minijobstrategie (...) als desaströs“ für Frauen und spricht sich „mit Nachdruck für die Abschaffung der Subventionierung von geringfügigen Beschäftigungsverhältnissen“ aus. Ach ja, Sie lassen mitteilen: „Beides zusammen – Gutachten und Stellungnahme – bildet den Ersten Gleichstellungsbericht.“

Männerüberschuss dramatisch

Die Journalistinnen Ami Kazmin und Patti Waldmeir veröffentlichten in der britischen *Financial Times* (11.7.2011) einen Aufsehen erregenden Bericht über „die politischen, ökonomischen und sozialen Folgen der Bevorzugung von Söhnen“. Sie verglichen darin insbesondere den Männerüberschuss in China, Indien und Vietnam (dort lebt rund ein Drittel der Weltbevölkerung). Danach kommen 2011 in Indien in der Bevölkerungsgemeinschaft im heiratsfähigen Alter von 15 bis 24 Jahren 111,5 Männer auf 100 Frauen, in China 110,2 und in Vietnam 107. Weltweit sind es 105,6. Bei den Neugeborenen ist die Drift in den drei Ländern deutlich größer. In China resultiert das Ungleichgewicht vor allem aus der 1979 beschlossenen Ein-Kind-Politik. Die soziale Bevorzugung von Söhnen gegenüber Töchtern begünstigt Abtreibungen weiblicher Föten oder gar die Tötung weiblicher Babys. Das Geschlechter-Ungleichgewicht bei Neugeborenen (oder erstmals registrierten) Babys erreichte in China 2005 seinen Höhepunkt. Seither gleichen sich männliche und weibliche Nachkommen bei den Neugeborenen erstmals seit zwei Jahrzehnten wieder an. Die Autorinnen: „Dennoch wird China mit den Folgen der intensiven Bevorzugung männlicher Nachkommen noch Jahrzehnte lang konfrontiert sein.“ In Indien und Vietnam vergrößert sich das Geschlechter-Ungleichgewicht weiter. Moderne medizinische Technik wie Ultraschalluntersuchungen begünstigen die Abtreibung weiblicher Föten. Folgen des Männerüberschusses sind u.a. Mädchenraub, Mädchenhandel und, in China, Hunderttausende nicht offiziell registrierte junge Frauen, die oft Opfer unterschiedlicher Formen von besonderer Ausbeutung werden.

Minijobs sind mehrheitlich Frauenjobs

In Berlin waren Ende März 2010 15,8 Prozent aller Beschäftigten in einem Minijob tätig. Knapp 56 Prozent von ihnen sind weiblich. Deutschlandweit liegt der Frauenanteil mit 63 Prozent deutlich höher. Der überwiegende Teil aller Minijob-Beschäftigten arbeitet im Dienstleistungssektor; in Berlin sind es 93 Prozent. Hier vor allem in „Frauendomänen“ wie Handel, Gesundheits- und Sozialwesen sowie Gastronomie. Benachteiligungen, die mit einem Minijobverhältnis einhergehen, treffen Frauen in Bereichen, in denen die Arbeits- und Einkommensbedingungen ohnehin miserabel sind. Minijob-Beschäftigte erhalten weniger Lohn für gleiche Arbeit. Urlaub und Lohnfortzahlung im Krankheitsfall werden ihnen oft vorenthalten. Beharrlich hält sich in der öffentlichen Diskussion das Bild der zuverdienenden Ehefrau, dabei lebt in weniger als der Hälfte der Haushalte mit einem Minijob eine Person, die ein „Normalarbeitsverhältnis“ innehat. In 33,9 Prozent dieser Haushalte mit einem Minijob gibt es keine weitere erwerbstätige Person. Menschen, die Arbeitslosengeld II (ALG-II = Hartz IV) beziehen, werden gezielt in geringfügige Beschäftigungen vermittelt. Davon können sie ihren Lebensunterhalt nicht bestreiten. Die wachsende Zahl von Menschen mit Minijobs, die ergänzend auf soziale Hilfe angewiesen sind („AufstockerInnen“),

stellt für die Kommunen eine erhebliche finanzielle Belastung dar. Immer mehr Stimmen aus Wissenschaft und Verbänden fordern die Abschaffung der Minijobs. Allerdings erfreuen sich diese bei den Unternehmern großer Beliebtheit, weil sie den nach ihrer Meinung überregulierten Arbeitsmarkt kostengünstig unterwandern. Siehe: www.dienstleistungsmetropole-berlin.de

Perspektiven für die Pflege älterer Menschen

Für Leitungen und Beschäftigte im Pflegebereich wird der Kosten- und Leistungsdruck zunehmend unerträglich. Dazu kommt die berechtigten hohen Erwartungshaltung der zu Pflegenden und deren Angehörigen. Diese beiden Seiten miteinander zu vereinbaren, wurde in den letzten Jahren mehr und mehr zum Balanceakt. „Wir können und wollen die Situation in der Pflege nicht mehr länger hinnehmen“, erklären Arbeiterwohlfahrt AWO und die Gewerkschaft ver.di. Sie veröffentlichten am 1. Juli ein gemeinsames Memorandum „Perspektiven für die Pflege älterer Menschen in Deutschland“, in dem sie Forderungen zur Verbesserung der Situation pflegebedürftiger und pflegender Menschen in Deutschland aufstellen. In der Altenpflege arbeiten überwiegend Frauen. Die oft prekäre Beschäftigung kann zum Armutsrisiko werden, besonders für Frauen, die oft aufgrund ihrer Erwerbsbiografien nur niedrige Renten haben. Das Memorandum fordert u. a. bessere Bezahlung der Pflegearbeit, mehr Personal und humanere Arbeitsbedingungen sowie die Schaffung angemessener Rahmenbedingungen für Pflege. Siehe: www.awo.org

Stoppt die Hartz-IV-Sanktionen

Jeden Monat wird in Deutschland Zehntausenden Erwerbslosen das Arbeitslosengeld II gekürzt oder gar gestrichen, weil sie Forderungen der Job-Center nicht erfüllt haben. In einer Anhörung befasste sich der Bundestagsausschuss für Arbeit und Soziales des Deutschen Bundestags am 6. Juni 2011 mit zwei Anträgen zum Thema Sanktionen der Bundesagentur für Arbeit bei Erwerbslosen und Hartz-IV-Empfängern. Der Antrag der Fraktion DIE LINKE zielte auf die Abschaffung der Hartz-IV-Sanktionen, der Antrag von Bündnis 90/Die Grünen plädierte für ein Sanktionsmoratorium und grundlegende Änderungen im SGB II. Sowohl die Fragen der Regierungsparteien als auch die Antworten eines großen Teils der Sachverständigen drehten sich im Wesentlichen um einzelne Aspekte von Sanktionen, wie z. B. der verschärften Behandlung von unter 25-Jährigen. Die einzige grundsätzliche Kritik kam von einem Mitglied im Bündnis für ein Sanktionsmoratorium. Er erinnerte an bereits bestehende soziale Rechte aller Personen, deren Realisierung eine Alternative zum gegenwärtigen erziehenden und strafenden Sozialstaat sein müsse. In der Sitzung des Ausschusses für Arbeit und Soziales am 29. Juni 2011 stimmten CDU/CSU, FDP und SPD gegen die Anträge von DIE LINKE und Bündnis 90/Die Grünen. Mit diesen Beschlussempfehlungen werden die Anträge voraussichtlich Ende September im Plenum des Bundestages behandelt. Das Ergebnis kann man sich unschwer ausmalen. <http://hartzkritik.bplaced.net/Topic/2011/07/20>

te die erst 1956 nach heftigen Diskussionen ins GG eingeschriebene Wehrpflicht für Männer.

Aussetzung der Wehrpflicht

Mit der Verabschiedung des Wehrrechtsänderungsgesetzes am 24. März 2011 durch den Deutschen Bundestag ist die Aussetzung der Wehrpflicht vom Parlament beschlossen worden. Damit gehört es nicht mehr zur „Normalität“ männlicher Sozialisation, den Umgang mit Tötungsinstrumenten zu lernen. Mit der Wehrpflicht geht auch der Zivildienst zu Ende. Keine Pflichtdienste mehr – auch das ist ein Grund zur Freude. Mehr als 2,5 Millionen arbeiteten seit 1961 als Zivildienstleistende in mehr als 37000 Institutionen. Lange galten sie als „Drückeberger“, denn mit der Wiederbewaffnung der Bundesrepublik Deutschland 1956 war der Konsens beendet, dass Deutschland keine Wehrmacht mehr brauche.

Trotz der schikanösen „Gewissensprüfung“, die erst 1984 für die meisten Verweigerer abgeschafft wurde, entschieden sich zahlreiche junge Männer ganz bewusst für den Ersatzdienst. Nun, da er ausläuft, fürchten Verbände und Vereine um wertvolle und billige Arbeitskräfte. Manche wissen nicht, wie sie die Lücken füllen sollen. Besonders Altenheime befürchten schlechtere Betreuung durch das „Zivi-Aus“.

Neue „Freiwilligendienste“ sind nun an die Stelle des Zivildienstes getreten: „Gleichzeitig mit der Aussetzung der Pflichtdienste im Wehrpflichtgesetz wird der gleichfalls im Wehrpflichtgesetz angelegte freiwillige Wehrdienst fortentwickelt. Auf diese Weise sollen Freiheit und Verantwortung neu austariert werden“, so steht es im Gesetz. Neben den freiwilligen Wehrdienst tritt nun der Bundesfreiwilligendienst (BFD).

Jugendfreiwilligendienste, dazu zählen das Freiwillige Soziale Jahr und das Freiwillige Ökologische Jahr sowie entwicklungspolitische Freiwilligendienste für junge Männer und Frauen bis zu 27 Jahren gibt es schon lange. Die Freiwilligendienste unterscheiden sich vom klassischen „Ehrenamt“, indem die „Freiwilligen“ sich für einen bestimmten Zeitraum verpflichten, ein definiertes Stundenkontingent pro Woche abzuleisten. Seit

langem wird in der Bundesrepublik darüber diskutiert, wie die übrigen „Freiwilligendienste“ in verbindlichere und verlässlichere Strukturen gebracht und in personell unterversorgte Bereiche kanalisiert werden können, ohne dass sie dann dem Vorwurf eines Pflichtdienstes ausgesetzt wären. Durch die Tatsache, dass Markt und Staat diese Arbeiten nicht regulär bezahlen wollen, erhöht sich der Bedarf an unbezahlter „ehrenamtlicher“ Arbeit. Nach wie vor arbeiten in diesen Bereichen weit überwiegend Frauen. Der Bereich der Altenpflege ist fast in Gänze Frauensache. Nicht selten geht das „Ehrenamt“ auf Kosten der eigenständigen Existenzsicherung – aktuell und im Alter. Daran wird auch die neuerdings mögliche Bezahlung durch einen Niedrigstlohn nicht viel ändern.

Werbung für Freiwilligendienste

Mit dem Slogan „Nichts ist erfüllender, als gebraucht zu werden“, wirbt jetzt das Familienministerium mit Großplakaten und Zeitungsanzeigen, für die es 3,5 Millionen Euro ausgegeben hat, für den BFD. Dieser wird durch das Bundesfreiwilligendienstgesetz (BFDG) geregelt, will „alle Generationen“ ansprechen, zielt jedoch sichtlich auf Schulabgängerinnen und -abgänger. Jedenfalls soll die Werbung an den Schulen aktiviert werden. Junge, kräftige Menschen sollen die Lücken füllen, die die ausbleibenden Zivis hinterlassen haben. Dafür wird auch das Bundesamt für Zivildienst, das in „Bundesamt für Familie und zivilgesellschaftliche Aufgaben“ (BAFzA) umbenannt wird, sorgen. Es übernimmt die Verwaltung und soll überprüfen, dass durch den BFD keine regulären Arbeitsplätze vernichtet werden. Denn das Gesetz gebietet eine arbeitsmarktneutrale Ausgestaltung – das heißt, die Freiwilligen sollen lediglich „unterstützende, zusätzliche Tätigkeiten verrichten“ und keinesfalls hauptamtliche Kräfte ersetzen. Eine Abgrenzung dürfte in der Praxis jedoch schwer fallen. Die Absicht, dass durch den Erhalt der alten Bürokratien in den örtlichen Verwaltungen und Bundesbehörden keine Planstellen verloren gehen, ist nicht zu übersehen. Die „freiwillige Verpflichtung“, für die Männer und Frauen aller Altersklassen (auch

Seniorinnen) angeworben werden, dauert mindestens sechs und höchstens 24 Monate, umfasst eine 40-Stunden-Woche für unter 27-jährige und mindestens 20 Wochenstunden für Ältere, bringt maximal 330 Euro monatliches Taschengeld ein sowie 26 Urlaubstage jährlich, eventuell noch Berufskleidung, Unterkunft und Verpflegung und ein Ticket für den ÖPNV, auf jeden Fall ein „qualifiziertes Zeugnis“. Die „Freiwilligen“ werden in soziale und ökologische Bereiche, Sport, Integration und Kultur vermittelt. Schwerpunkte bilden die Kinder- und Jugendbetreuung sowie die Altenbetreuung und -pflege. Voraussetzung ist, dass die Bewerbenden die Schulpflicht absolviert haben.

Bezieher von Arbeitslosengeld II und BFD

Bezieher von ALG II können am Bundesfreiwilligendienst teilnehmen, sie sind während dieser Zeit nicht verpflichtet, eine Arbeit aufzunehmen. Die Arbeitslosengeld II/Sozialgeld-Verordnung (ALG II-V) wird mit dem Gesetz zur Einführung eines Bundesfreiwilligendienstes angepasst. Der Neuentwurf der Verordnung sieht vor, dass Teilnehmende am BFD von ihrem Taschengeld 60 Euro als nicht auf die Hartz-IV-Leistung anrechenbaren Zuverdienst behalten dürfen. Entsprechendes gilt bereits aktuell für das FSJ bzw. FÖJ. Volljährige ALG-II-Bezieher und Bezieherinnen können zusätzlich vom Einkommen „in der Regel“ 30 Euro monatlich für die Beiträge zu privaten Versicherungen sowie zur Kfz-Haftpflichtversicherung vom Zuverdienst absetzen. Damit will der Gesetzgeber die Motivation von ALG-II-Beziehenden, an einem BFD teilzunehmen, stärken.

Alle „Bufdis“ – wie sie die Bundesministerin Kristina Schröder (CDU) selbst getauft haben soll – sind bei der Sozialversicherung den Ausbildungsverhältnissen gleich gestellt. Die Beiträge für Renten-, Unfall- und Krankenversicherung sowie Pflege- und Arbeitslosenversicherung zahlt die Einsatzstelle. 25 Seminartage sind Pflicht. Sie werden den Trägern vom Bund mit 100 Euro in bar plus 100 Euro Bildungsgutschein bezahlt und in den bisherigen Zivildienstschulen, bzw. vom FSJ- oder FÖJ-Träger abgehal-



Matthias Wiegand

Der Terror der Selbstverwirklichung

Mißerstand und Utopien im Neo-Individualisieralismus

108 Seiten | 9,80 Euro | 9783-89771-507-9



Die Kurzelektion 645 AGAINST GUTER mit der schmutz und greise Aktivisten_innen dem Dekonstruktivismus der Aufmerksamkeitsbegegnung in Widerstand gegen die Ausnahme alle Emanzipationsutopien seien verurteilliche und kollektive Trauerzeiten hören sich heute so an.

Norbert Niell

Hat die Zukunft ohne Wirtschaft?

Das Ende des Wachstums, und die kommenden Krisen

180 Seiten | 14,00 Euro | 9783-89771-512-7



Ständige Wachstum ist in einer endlichen Welt nie ein mögliches Ziel. Ausweitung und die Erschöpfung wichtiger Ressourcen werden schon bald gefährlich. Sind in die Wachstumsmaschine und stellen grundlegend die Zukunftsfähigkeit des Kapitalismus infrage.

Unrast-Autor:innen und Bücher findet ihr auf der Frankfurter Buchmesse vom 12.-16.10.2011 am **Gemeinschaftstisch der Association Lühner Verlage (aLive)** Halle 3.1 | Stand A170-166

UNRAST VerlagPostfach 8020 | 48043 Münster
kontakt@unrast-verlag.de

ten. Ob die „Freiwilligen“ den Gutschein auch außerhalb der Bundeseinrichtungen einlösen können, ist noch fraglich. Je sechs Monate Dienst werden als Wartesemester für das Studium anerkannt. Über ein Bonus-Wartesystem für studierende Bufdis wird noch verhandelt.

Schon jetzt wird ihnen versprochen, dass es bei Firmenchefs immer „gut ankommt“ wenn Stellensuchende soziales Engagement in ihren Lebenslauf schreiben können. Die großen Wohlfahrtsverbände sind mit im Boot. „Man lernt, was es heißt, Verantwortung für sich und andere zu übernehmen,“ sagen Experten. Das allerdings könnte und sollte man auch in der Ausbildung, im Studium und am Arbeitsplatz lernen.

Skepsis bei Verbänden

Verbandsvertreter sind skeptisch, ihre Vertreter fragen sich, ob ausreichend viele Menschen bereit sind, einen großen Teil ihrer persönlichen Freizeit in die neuen Dienste einzugeben. Die Skepsis wird durch eine Umfrage des Meinungsforschungsinstituts Forsa bestätigt: Nur ein knappes Drittel der im Mai und Juni 2011 Befragten zwischen 15 und 30 Jahren können sich vorstellen, sich ein Jahr lang *freiwillig* zu engagieren. Mehr als die Hälfte der Befragten ist der Meinung, dass ein *verbindlich* vorgeschriebenes soziales Jahr effektiver wäre. Ob sie bei der Befragung darüber aufgeklärt wurden, dass in der BRD niemand zu einer bestimmten Arbeit gezwungen werden darf?

Bis jetzt behauptet das Ministerium noch, das Interesse sei enorm, aber bislang fanden sich für die 35000 BFD-Plätze nur 6000 Interessierte, darunter etliche, die ihren Zivildienst freiwillig verlängert haben. Zu vieles sei ungeklärt, sagen die Sozialverbände und der bürokratische Aufwand sei zu hoch. Viele Jugendliche bevorzugen das bekannte FSJ/FÖJ. Von Seiten des zuständigen Ministeriums wird immer wieder betont, man wolle keine Konkurrenz zwischen beiden. Auf ein anderes Problem weist die Bundesarbeitsgemeinschaft der Senioren-Organisationen (BAGSO) hin. Sie machte im Juli 2011 darauf aufmerksam, dass es für „Menschen in der nachberuflichen Phase keine leichte Entscheidung“ sei, sich für eine wöchentliche

Dienstleistung von 20 Stunden zu verpflichten. Zudem sei nicht jeder Dienst, der bisher von jungen Zivildienstleistenden ausgeübt wurde, auch für ältere Menschen geeignet. Sorge hat die BAGSO, dass der neue Dienst bisher ehrenamtlich geleistete Arbeit gefährden könne. Das Bundesministerium will nun bei jedem Träger für drei der wesentlich beliebteren FSJ-Plätze mindestens zwei BFD-Stellen einrichten. Gedroht wird damit, dass die FSJ-Plätze sonst vom Bund nicht mehr mitfinanziert würden. Eine geplante Zusammenlegung der bestehenden Dienste wurde dementiert.

„Zeit, das Richtige zu tun“ ist ein Slogan auf den teuren Werbeplakaten. Was aber ist „das Richtige“? Richtig wäre es, nach dem Abbau des Zivildienstes mehr qualifizierte sozialversicherungspflichtige Arbeitsplätze im Sozialbereich und vor allem in der expandierenden Altenpflege zu schaffen. Professionelle Pflege ist ein Beruf mit anspruchsvollen Aufgaben und stellt hohe Anforderungen an pflegerische, psychologische und soziale Kompetenzen und kommunikative Fähigkeiten. Auch Altenpflegerinnen, Krankenschwestern und Sozialarbeiterinnen erlernen ihren Beruf, weil sie anderen Menschen helfen wollen. Zwischenmenschliche Zuwendung war früher integraler Bestandteil dieser Berufe. Sie müssen entsprechend anerkannt und vergütet werden. Die subventionierten Arbeitsplätze und die Zahlung eines Taschengeldes für Bufdis kommen die Einrichtungen billiger, als reguläre Gehälter. Der Fachkräftemangel kann so nicht behoben werden. Mit der Förderung des BFD fährt der Zug in eine falsche Richtung – und die eben ausgehandelt ohnehin schon niedrigen Mindestlöhne von 8,50 Euro (West) bzw. 7,50 Euro (Ost) für die Pflegebranche können dadurch leicht umgangen werden.

Gisela Notz, Sozialwissenschaftlerin und Autorin, lebt und arbeitet freiberuflich in Berlin. Sie ist Stiftungsrätin der *Bewegungsstiftung. Anstöße für soziale Bewegungen*. Sie gibt alljährlich den Kalender „Wegbereiterinnen“ heraus, der 2012 zum zehnten Mal erscheint.

1 Kurt Tucholsky 1926 in der *Weltbühne*.

Die Macht der Worte



Grafik: J. Römer

67

Gleichschaltungswelle in Ungarns Medien

Stephan Ozsváth

Der Morgen des 21. Dezember 2010. Das ungarische Parlament hat in der Nacht das umstrittene Mediengesetz verabschiedet. „Es ist Viertel nach sieben“, sagt Starmoderator Attila Mong ins Mikrofon des öffentlich-rechtlichen Rundfunks. Eigentlich nichts Ungeöhnliches, so macht er das immer in seiner Sendung „180 Minuten“ auf MR1. Doch dann folgt das Ungeheuerliche. Eine Minute Schweigen. Und das on air.

„Wir hatten uns überlegt, dass wir irgend etwas machen müssen“, erzählt sein Redakteur Zsolt Bogár, „und uns dann für die Schweigeminute entscheiden.“

Doch Todsünden im Radio werden auch mit der Höchststrafe geahndet, zumal im neuen Ungarn unter Premier Viktor Orbán. Die beiden Radiomacher sind die ersten, die „blaue Briefe“ bekommen. Es sind zwei Top-Journalisten: Zsolt Bo-

gár, mehrfach ausgezeichnet für seine Recherchen und Attila Mong, einer der beliebtesten Radiomoderatoren, er hat das Budapester Inforadio aufgebaut. Kaltgestellt. Das war der Auftakt für eine beispiellose Gleichschaltungswelle im ungarischen Rundfunk. Seitdem geht die Angst um. Eine Kollegin der beiden sendet ein aufgezeichnetes Interview mit einem Kritiker des Mediengesetzes erst gar nicht.

SoZ Sozialistische Zeitung

monatlich mit **24 Seiten Berichten und Analysen** zum alltäglichen kapitalistischen Irrsinn und den Perspektiven linker Opposition

Schwerpunkte der September-Ausgabe:

- Eurokrise und Schulden
- Der Hunger und seine Ursachen
- Terroristische Rechte und ihre bürgerlichen Verbündeten
- Israel: Die Kosten der Besetzung

Probeausgabe kostenlos
 Probeabo (3 Ausgaben) gegen 10 Euro Schrott

SoZ-Verlag
 Regentstr. 57-59 · D-51063 Köln
 Telefon (02 21) 9 2311 90
 roktion@soz-verlag.de · www.sozonline.de

Der „Sozialismus“ jeden Monat neu: das gibt es nur bei uns! Dazu jeden zweiten Monat ein Supplement inklusive. Zum Reinschnuppern: Unsere Homepage

www.Sozialismus.de



Unsere Themen:

- aktuelle Kommentare
- ökonomische Alphabetisierung
- Kapitalismuskritik & -analyse
- Gewerkschaftlicher Widerstand
- Perspektiven der LINKEN

Einzelheft: € 6,50; Supplement: € 4,20
 Abo: 11 Hefte + 6 Supplements für € 62,-/Jahr (für Arbeitslose und Studierende: € 41,-); zum Kennenlernen: Probeabo: 3 Hefte für € 10,-

Bestellen:

Redaktion Sozialismus
 St. Georgs Kirchhof 6 · 20099 Hamburg
 Tel. 0410/26 09 52 77-20
 Fax 0410/26 09 52 77-50
 info@sozialismus.de

Schere im Kopf

„Wir haben jetzt alle die Schere im Kopf“, sagt Gábor Csabai, Geschäftsführer des alternativen „Tilos Radio“, nach dem demokratischen Umbruch in Ungarn Anfang der 90er Jahre zunächst als Piratensender gestartet. Als der serbische Autokrat Milosevic während des Bosnienkrieges den Belgrader Sender B92 mit Lizenz-Entzug und hohen Geldstrafen mundtot machen wollte, gewährten die Budapester Funker den Belgrader Kollegen Unterschlupf. „Die sendeten von hier aus nach Serbien“. Die Antenne gibt es heute noch. „Ich weiß, wo sie steht“, schmunzelt Gábor Csabai. Die Art, wie der national-konservative ungarische Ministerpräsident Viktor Orbán die Medien an die Kandarre nimmt, zeigt: Er ist bei Milosevic in die Lehre gegangen. „Zweimal hat Orbán Wahlen verloren“, erklärt der Ungarn-Korrespondent der Deutschen Presse Agentur, Gregor Mayer, den Kontrollzwang des Konservativen, „das möchte er nie wieder erleben, und deshalb möchte er die Medien kontrollieren“.

Instrumente der Macht

Orbán hat die Medienkontrollbehörde NMHH (Nemzeti Média- és Hírközlési Hatóság) geschaffen, mit Annamária Szalai an der Spitze. Die „Medien-Domina“ (*Der Standard*) ist eine treue Erfolgsfrau Viktor Orbáns, sie gehört zum Personal der Regierungspartei FIDESZ seit 1993. Begonnen hat sie bei der kommunistischen Regionalzeitung *Zalai Hírlap*, dann wurde sie Chefredakteurin des Soft-Porno-Blatts *Miami Press*. „Wir haben es in Folie eingeschweißt verkauft, um es für Minderjährige unerreichbar zu machen“, erzählte Szalai jüngst in einem Interview. Heute ist sie zuständig für Ausgewogenheit und Sitzenstrenge in den Medien. Die Jugend soll vor verderblichem Einfluss geschützt werden – so steht es im neu geschaffenen und zu Recht umstrittenen Mediengesetz.

Das musste auch *Tilos Radio* Anfang des Jahres erfahren. „Wir bekamen ein neunseitiges Schreiben“, erzählt Gábor Csabai. Darin legte die neue Behörde haarklein dar, warum ein Song von Ice-T – gewürzt mit „Motherfucker“ und ähnlich rüden Ausdrücken – angeblich die

ungarische Jugend gefährdet. Beigefügt war eine Statistik über die Englisch-Kenntnisse ungarischer Schüler. „Nur Öffentlichkeit kann uns schützen“, sagte sich damals Gábor Csabai, und stellte den Briefwechsel auf die Internet-Seite des Senders. Das Verfahren wurde letztlich eingestellt. Aber die Bedrohung ist da. Die jüngsten Daumenschrauben: Wer wegen hoher Strafzahlungen Schulden bei Orbáns Big-Brother-Behörde hat, der verliert seine Sendelizenz. Die Lizenzen werden jährlich überprüft. Auch das dürfte zur Disziplinierung beitragen. Dass Annamária Szalai von Orbán persönlich auf neun Jahre eingesetzt wurde, garantiert ihm die Macht über die Medien – selbst, wenn er wider Erwarten doch noch einmal eine Wahl verlieren sollte.

Kontrollierter Nachrichtenfluss

Als „Gatekeeper“ für die Nachrichten hat Viktor Orbán eine zentrale Nachrichtenredaktion geschaffen. MTVA nennt sie sich, Mediendienstleistungs- und Vermögensfonds. Sie beliefert öffentlichen Rundfunk und die Nachrichtenagentur MTI zentral mit News. Die Idee dahinter ist klar: Der Nachrichtenfluss soll möglichst zentral kontrolliert werden, damit spiegeln die Medien wider, was auch in den anderen Institutionen gilt: Ungarn ist zu einem autoritären Führerstaat geworden. Von oben nach unten wird straff durchregiert. Viktor Orbán teilt das Land in „ungarische Patrioten“ und Gegner. Entsprechend groß ist der Druck auf die Abweichler. Interviewpartner möchten ihren Namen nicht mehr nennen. „Es ist wie früher unter Rákosi“, als Schauprozesse an der Tagesordnung waren, sagt einer. Auch er nennt seinen Namen lieber nicht. „Die Leute haben Angst“. Zu Recht, denn eine beispiellose Säuberungswelle ist im Gang. Überall, auch in den Medien. 550 von 2000 Beschäftigten im öffentlichen Rundfunk sind im Juli gefeuert worden. In Fünfer-Gruppen wurden sie abgefertigt, niemandem musste „der Chef dabei ins Auge sehen“, erzählt Katalin Pataki, die beim Fernsehen (MTV) gearbeitet hat. Weitere 1000 Journalisten sollen im Herbst gefeuert werden. Die Regierung spricht davon, die Medien „effizienter“ zu machen. In den zentra-

len Nachrichten fand das Thema Massenentlassungen schlicht nicht statt. Und wer als Betroffener darüber öffentlich redet, wird zusätzlich bestraft. Dann ist die Abfindung dahin. Der Generalsekretär der österreichischen Sektion von Amnesty International, Heinz Patzelt, bescheinigte der ungarischen Regierung jüngst eine „erschreckende Rückkehr des Themas Zensur und Einschränkung der Medienfreiheit in Europa“. Willkommen im Staat von „Pusztá-Putin“ Viktor Orbán.

Das Versagen der EU

Auch Auslandskorrespondenten gängelt Orbán, indem er sie von Informationen abschneidet. Akkreditierungen gibt es jetzt nur noch auf Zuruf. Mündlich, am Telefon. Nicht schriftlich, wie international üblich. Die Folge: Die Orbán-kritische ARD (Fernsehen & Hörfunk) fehlte auf der Akkreditierungsliste für die Pressekonferenz Orbán-Barroso anlässlich der feierlichen Übernahme der EU-Ratspräsidentschaft in Budapest im Januar dieses Jahres. Zufall? Informationen über eine Pressekonferenz des Staatspräsidenten Pál Schmitt zum Mediengesetz. Der Termin knapp vorher übermittelt. Ein Zufall? Der Großbritannien-Korrespondent der linksliberalen Tageszeitung *Népszabadság* wurde an die ungarische Presseagentur MTI verwiesen, als er ein Interview mit dem Regierungschef in London führen wollte. „Mit Ihnen redet Viktor Orbán sowieso nicht“, hieß es zur Begründung. Im Januar hatte EU-Kommissionspräsident Barroso noch vollmundig den hohen Wert der „Pressefreiheit“ angemahnt, aber viel mehr folgte auch nicht. Er und Orbán sind konservative Parteifreunde. EVP-Fraktionschef Daul sagte, die Kritik sei „voreilig“ und „ungerechtfertigt“ gewesen. Und der rechtsextreme FPÖ-Abgeordnete Andreas Mölzer befand: „Die ganze Aufregung hat sich als Sturm im Wasserglas erwiesen, und die Einigung zwischen Brüssel und Budapest hätte auch ohne die unerträglichen Gehässigkeiten seitens der politisch korrekten Kräfte erreicht werden können.“

Die EU hat in Sachen Mediengesetz komplett versagt, finden dagegen renommierte Auslandskorrespondenten wie Charles Ritterband, der Ungarn-Kor-

respondent der *Neuen Zürcher Zeitung*. „Ich bin sehr enttäuscht von der EU – bei ihr geht es nur um die Wirtschaft, nicht um Werte und einen demokratischen Grundkonsens“, sagte er anlässlich des Tages der Pressefreiheit Anfang Mai. Ungarn habe eindeutig gegen europäische Werte verstoßen. „Allen ist klar, wo hier eine rote Linie überschritten worden ist“, betonte Ritterband. Es sei die Aufgabe der Union, „fehlbare Länder an die Kandare“ zu nehmen.

Fälschungen und Antisemitismus

Doch das passierte nicht. Die ungarische Ratspräsidentschaft ging Ende Juni zu Ende, und direkt danach setzte Orbán den ungarischen Journalisten die neuen Daumenschrauben an: Massenentlassungen und restriktive Vergabe der Sendelizenzen. Belohnt werden im Ungarn des Viktor Orbán die treuen Lakaien. Sie dürfen auch Nachrichten fälschen oder Antisemiten sein, Hauptsache sie sind „Freunde“ Orbáns. Für das neue, „gleichgeschaltete“ Ungarn, steht etwa der neue Nachrichtenchef der MTVA-Zentralredaktion: Dániel Papp. Ein 32-jähriger Schnösel, früher mal Medienpolitiker für die rechtsradikale Jobbik. Wie er die oberste Journalistenpflicht, nämlich wahrheitsgetreu zu berichten, interpretiert, zeigt folgendes Beispiel: Kürzlich fälschte er dreist einen Fernseh-Bericht über den grünen Europa-Politiker Daniel Cohn-Bendit. Er bezeichnete ihn als Pädophilen. Die Antwort auf eine unverschämte Frage des Reporters unterschlug Papp und stellte es so dar, als ob der Grüne fluchtartig den Raum verlassen habe. Willkommen in der Propaganda-Abteilung Orbáns. Cohn-Bendit gehört auch zu den Lieblingsfeinden Zsolt Bayers. Der stramm antisemitische Publizist Bayer schreibt für *Magyar Hírlap*. Seine Kolumnen sind seit Jahren Aufreger – in der ausländischen Presse. Denn seine Artikel trafen immer vor antisemitischen Schmähungen. Aber er ist ein „Unberührbarer“. Denn Bayer ist gut mit Orbán befreundet und gehört zu den Mitbegründern der Regierungspartei Fidesz. Anfang des Jahres verklagten ihn die Grünen, Fidesz ehrte ihn mit einem Kultur-Preis.

Kritiker nicht mundtot

Aber es gibt sie noch, die Kritiker Viktor Orbáns. Etwa Tamás Bodoky, der Anfang Juli im Internet *átlátszó.hu* gründete, eine Art ungarisches Wikileaks. „Ich wollte mal testen, wie sehr das Mediengesetz Pressefreiheit garantiert“, sagt er. *Tilos Radio* sendete im Frühjahr wochenlang aus dem nordungarischen Gyöngyöspata, in dem – ungehindert von der Regierung – rechtsradikale Paramilitärs Schrecken unter den Roma verbreiteten. „Wir hatten ständig einen Mitarbeiter dort“, erzählt Gábor Csabai. Die linksliberale Wochenzeitung *Magyar Narancs*, ursprünglich eine Fidesz-Gründung, die sich längst emanzipiert hat, lässt sich auch weiterhin kritische Berichte über die Medienpolitik à la Orbán nicht verbieten. Gleiches gilt für die großen linken Tageszeitungen „*Népszava*“ und „*Népszabadság*“. Und auch das Intellektuellen-Blatt *Élet és irodalom* lässt weiter kritische Stimmen wie den jungen Schriftsteller Krisztián Grecsó zu Wort kommen. Aus Wien veröffentlicht die Online-Zeitung *Pester Lloyd* auf Deutsch Orbán-kritische Geschichten.

Der Berliner Blog *pusztaranger.hu*, der ursprünglich nur die rechtsradikale Szene in Ungarn beobachtete, hat den kritischen Blick auf Orbán geweitet. Attila Mong, wegen seiner Schweigeminute vor die Tür gesetzt, ist jetzt Nachrichtenchef beim größten ungarischen News-Portal *origo.hu* – 800000 Leser hat es täglich und entspricht damit etwa *spiegel-online.de*. Vor allem aber sei wichtig, sagt der Chef der Gewerkschaft der Beschäftigten in den Staatsmedien (KÖZSZAT), Balázs Navarro, „dass sich das Ausland einmischte“. Die SPD-Fraktion im Bundestag wandte sich kürzlich an die Bundeskanzlerin, sie solle auf ihren Parteifreund Orbán einwirken. „Druck aus dem Ausland ist wichtig“, ist sich die renommierte Budapester Philosophin Agnes Heller sicher, aber vor allem dürften die Ungarn „keine Angst haben“.

Stephan Ozsváth arbeitet als Journalist für den Hörfunk und Printmedien. Einer seiner Schwerpunkte ist Osteuropa.

Arbeitszeitverkürzung?

Besser für menschlich gestaltete Arbeitsverhältnisse kämpfen!

Thomas Kuczynski

70

Ich lege meine Hand dafür ins Feuer: Niemand von denen, die heute über die Notwendigkeit der Arbeitszeitverkürzung schreiben und dabei Forderungen nach einer 30-, 24- oder 20-Stundenwoche erheben, tut dies innerhalb der (von anderen) verlangten Arbeitszeit oder versucht wenigstens, diese Forderung gegenüber sich selbst, also gegenüber der eigenen Arbeitszeit, durchzusetzen. Diesen Widerspruch zu untersuchen, genügt es nicht, das alte Sprichwort zu zitieren: Der Schuster hat die schlechtesten Schuh' (oder auch den Philosophen Wilhelm Windelband, der eigenes Fehlverhalten mit der Feststellung entschuldigte: Der Wegweiser bleibt steh'n).

Dem Hinweis auf Schulkinder, Auszubildende und Studierende, die allesamt

keine 20- oder 30-Stundenwoche haben, könnte noch mit dem Einwand begegnet werden, dass ihre Tätigkeit nicht als Arbeit im ökonomischen Sinne betrachtet werden kann. Aber auch die sie ausbildenden Lehrkräfte haben keine so kurze Arbeitszeit, ebensowenig die Autorinnen und Autoren dieser Zeitschrift, und wohl kaum eine ihre Leserinnen und Leser.

Der Widerspruch löst sich sofort auf, wenn unter Arbeit nur Verausgabung von Muskelkraft verstanden wird, also nur die Maloche im engeren Sinne, und dieser Maloche dann die geistige Arbeit gegenübergestellt wird. Es fragt sich allerdings, ob die Komplexität des industriellen Arbeitsprozesses mit dem Gegensatz von Kopf- und Handarbeit bzw. von geistiger und körperlicher Arbeit

wirklich schon erfasst ist. Um es ganz deutlich zu machen: Zehn Tonnen Briquettes, das sind rund 20000 Stück, von Hand abzuladen und einzulagern, das ist schwerste körperliche Arbeit. Einen Automaten bei dieser Tätigkeit zu beobachten und zu kontrollieren, das ist – arbeitsphysiologisch betrachtet – etwas völlig anderes. Aber ist es deshalb geistige Arbeit?

Die zur Überwachung automatischer Fertigungssysteme eingesetzten Arbeitskräfte sind in zumindest einer Beziehung in derselben Situation wie jene, die früher in den Industrieanlagen schwere körperliche Arbeit leisteten: Einmal in Gang gesetzt, haben sie den Bewegungen des Automaten zu folgen, sind im Idealfall zu konzentriertester Untätigkeit verurteilt, um, sobald das System eine





Störung signalisiert, sofort in Funktion treten zu können, schnell und konzentriert die notwendigen Schritte zur Behebung dieser Störung zu veranlassen oder selbst zu unternehmen. Eingebaute automatische Sicherungsanlagen vermindern oder verhindern gar mögliche Auswirkungen eventuell auftretender Störungen und bedürfen daher besonders konzentrierter Überwachung, bedingen daher eine beträchtliche Erhöhung der Arbeitsintensität. Es ist nur eine Maloche anderer Art, äußerlich grundverschieden schon in der Arbeitskleidung, aber substantiell dieselbe, nämlich Verausgabung von Arbeitskraft, allerdings nicht von Muskel-, sondern von Nervenkraft. Von geistiger Arbeit kann da keine Rede sein.

Zwar meinte Marx: „Am Ende des Arbeitsprozesses kommt ein Resultat heraus, das beim Beginn desselben schon in der Vorstellung des Arbeiters, also schon ideell vorhanden war.“ Aber da schrieb er über den Arbeitsprozess in seiner ganz elementaren Gestalt, und der ist im modernen Produktionsbetrieb kaum mehr zu finden; dessen Vorhandensein wird vielmehr als Indiz rückständiger Technologie gedeutet. Nicht der Arbeiter hat das Produkt zuvor in seinem Kopf gebaut, sondern der Ingenieur, der Konstrukteur, der Techniker. Und je besser in den Köpfen der einen gebaut wird, desto weniger werden die Köpfe der anderen benötigt. Der Erfinder des „scientific management“, Frederick W. Taylor, hat das auf die kurze Formel gebracht: „Sie“ (die Arbeiter) „sollen gar nicht denken. Für's Denken werden andre bezahlt.“

Kein Wunder, dass die Arbeitenden

froh über jede Arbeitszeitverkürzung sind, verkürzt sich doch damit die Zeit, die sie malochen müssen. Die Maloche selbst wird damit allerdings nicht in Frage gestellt, sondern als offenbar unvermeidliches Übel hingenommen; so wie auch in der eingangs zitierten Forderung. Um aber zu erreichen, dass die Menschen den Arbeitsprozess rationell gestalten, unter ihre gemeinsame Kontrolle bringen und ihn „unter den ihrer menschlichen Natur würdigsten und adäquatesten Bedingungen vollziehen“ (Marx), genügt es aller Erfahrung nach eben nicht, allein den Arbeitstag zu verkürzen. Es ist, mathematisch gesprochen, eine notwendige Bedingung, aber keine hinreichende.

So stellte sich die Sache schon ganz anders dar, wenn die Arbeitenden *in ihrer Arbeitszeit* die Möglichkeit hätten, über ihre Arbeitsbedingungen nachzudenken, über deren naturwissenschaftlich-technischen Grundlagen ebenso wie über ihre ökonomisch-organisatorischen, und, mindestens ebenso wichtig, die Resultate ihres Nachdenkens in die Praxis umzusetzen, in der *Umgestaltung* ihrer Arbeitsbedingungen zu verwirklichen, sich also in dem zu üben, was seit Brecht „eingreifendes Denken“ genannt wird. Damit wäre die Maloche nicht beseitigt, aber deren Grundlage erkannt und daher durch geeignete Maßnahmen und Aktionen sukzessive überwindbar. Indem die Arbeitenden selbst diese Untersuchungen vornehmen, und nicht die von ihnen gewählten „Arbeitnehmervertreter“ (bzw. von diesen beauftragte Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler), verschaffen sie sich jene Einsicht in die Notwendigkeit, die, richtig verstanden, eine der entscheidenden Voraussetzungen für die Umgestaltung der Verhältnisse ist; sie ist also nicht zu verwechseln mit dem Kinderglauben an von irgendwelchen vorgesetzten Instanzen deklarierte „Sachzwänge“ und „Notwendigkeiten“, in die man sich wohl drein fügen müsse, sie ist das glatte Gegenteil davon.

Völlig klar ist, dass die Durchführung solcher Untersuchungen, ihre Vorbereitung (es muss gelernt werden) wie auch ihre Nachbereitung (es muss für die Umsetzung gekämpft werden), viel Arbeit erfordert, sinnvolle Arbeit, also im Grund-

de sogar eine sinnvolle Verlängerung der Arbeitszeit. Das ist weder in einer 20-Stundenwoche zu schaffen, noch außerhalb der Arbeitszeit. Es geht ja gerade um die sinnvolle Nutzung von Arbeitszeit, über die eben nicht am grünen Tisch oder außerhalb des Betriebs nachgedacht werden kann.

Aber sollte ein solches Programm unter kapitalistischen Bedingungen überhaupt in Angriff genommen werden, hätte es irgendeine Chance, die Arbeitsbedingungen menschlicher zu gestalten, riecht das nicht nach dem einst so viel gerühmten Slogan von der „Humanisierung der Arbeitswelt“, dessen Realisierung so grandios gescheitert ist, lenkt es nicht ab von der „einzig sinnvollen Forderung“, der nach dem Umsturz der Verhältnisse? All diese Fragen sind legitim, denn bislang ist es noch niemandem gelungen, Maßnahmen oder Mittel zu erfinden, die die Bourgeoisie *nicht* zu ihren Zwecken auszunutzen imstande war. So war gerade die Arbeitszeitverkürzung eines der Hauptmittel, Unternehmerinnen und Unternehmer so zu weiterer Rationalisierung zu zwingen, dass sie, auf längere Sicht, einen enormen Zuwachs ihrer Profite erzielten. Mit einem Zwölfstundentag wären sie nie dazu in der Lage gewesen. Aber diese historische Tatsache spricht nicht gegen den Kampf um Arbeitszeitverkürzung, sondern zeigt nur, dass er, für sich genommen, nicht ausreicht, um die Arbeitsverhältnisse menschlicher zu gestalten.

In gewisser Weise wäre der Kampf um menschlich gestaltete Arbeitsverhältnisse das Gegenstück zu den Programmen alternativer und solidarischer Ökonomien, nicht ihr Gegenteil. Die an ihm Beteiligten würden wieder lernen, für ihre Arbeits- und Lebensbedingungen zu kämpfen und in diesen Kämpfen über den jeweiligen Tellerrand hinauszuschauen, um die Ergebnisse zu verallgemeinern und allen zugänglich zu machen. Auch das gehört in den Komplex sinnvollen Arbeitens.

Thomas Kuczynski lebt und arbeitet in Berlin. Er schreibt seit Heft 1 von LP21 in jeder Ausgabe einen Beitrag zu „Geschichte und Ökonomie“.



Dumpfes Gefühl

Georg Fülberth

72

Beginnen wir mir einem Zitat:

Das Auseinandertriften in eine Klassengesellschaft mit verarmender Mehrheit und sich absondernder reicher Oberschicht, der Schuldenberg, dessen Gipfel mittlerweile von einer Wolke aus Nullen verhüllt ist, die Unfähigkeit und dargestellte Ohnmacht freigewählter Parlamentarier gegenüber der geballten Macht der Interessenverbände und nicht zuletzt der Würgegriff der Banken machen aus meiner Sicht die Notwendigkeit vordringlich, etwas bislang Unausprechliches zu tun, nämlich die Systemfrage zu stellen.

Viele derer, die diesen Satz lesen, werden ihm zustimmen. Er drückt eine weit verbreitete Stimmung aus. Allenfalls die Redewendung, hier werde etwas „bislang Unausprechliches“ gesagt, mag irritieren. Ähnlich hat schon einmal ein anderer Redner auf sich aufmerksam gemacht: „Zitternd vor Kühnheit“ trug Martin Walser 1998 in der Frankfurter Paulskirche einige Ansichten des – wie man es früher nannte – gesunden Volksempfindens vor.

Das eingangs gebrachte Zitat stammt allerdings nicht von ihm, sondern von einem seiner Kollegen: Günter Grass in einer Ansprache vor der Journalistenvereinigung *Netzwerk Recherche* im Juli 2011. (http://data6.blog.de/media/601/5701601_e21db685e8_d.pdf) Dort bot er sogar noch stärkeren Tobak an: eine ausgedehnte Verurteilung des Kapitalismus. Auch sie ist zur Zeit beliebt. Liberalkonservative Kritiker werfen ihr Populismus vor, sie sei vor allem Ausdruck eines Ressentiments. Man mag ihnen nicht gern Recht geben, aber es könnte

etwas dran sein. Allgemeines Klagen über den Kapitalismus und über die Gier der Reichen ist von jeher nicht auf die linke Seite des politischen Spektrums beschränkt geblieben. Auch Reaktionäre haben sich zuweilen dieser Diktion bedient.

Grass ist wohl keiner, aber: 2004 unterschrieb er zusammen mit dem damaligen Präsidenten des Bundesverbandes der Deutschen Industrie, Michael Rogowski, und dem Porsche-Chef Wendelin Wiedeking eine Erklärung, in der er sich für die Einführung von Hartz IV aussprach. In seiner jetzigen Rede hat er sich von seinem damaligen Verhalten nicht distanziert. Genau darauf kommt es aber an: auf das Kleingedruckte, das aus dem dumpfen Gefühl Klarheit zu Handeln schafft. Man kann auch sagen: auf den Primat der Innenpolitik.

Dies dürfen sich gern auch diejenigen von uns gesagt sein lassen, die seit Monaten mit einer Art wollüstigen Schauers Währungskrisen und den drohenden Bankrott ganzer Staaten kommentieren. Man bewegt sich dabei auf einer Ebene, auf der man selber nicht viel bewirken kann. Diese Kombination aus weltpolitischem Faltenwurf und Alternativlosigkeit nennt man: Stammisch. Dieser ist nun allerdings seinerseits keineswegs alternativlos. Man kann sich auf den Anteil des eigenen Landes an der Misere konzentrieren. Darüber ist inzwischen genug bekannt: Jahrelanger Druck auf die Lohnstückkosten, die Sozialausgaben und die Steuern hat die Exportoffensiven der BRD befeuert – mit den bekannten Folgen für niederkonkurrierte andere Volkswirtschaften.

Wer das nicht nur beklagen will, muss in der Bundesrepublik ansetzen.

Schon im Mai haben Heinz-J. Bontrup und Mohssen Massarat ein Manifest mit dem Titel „Arbeitszeitverkürzung und Ausbau der öffentlichen Beschäftigung jetzt!“ in Umlauf gebracht (<http://www.blaetter.de/archiv/jahrgaenge/dokumente/arbeitszeitverkuerzung-und-ausbau-der-oeffentlichen-beschaeftigung-jetzt>). Sie schlagen vor: 30-Stunden-Woche mit vollem Lohnausgleich, Schaffung von zusätzlichen 800 000 Arbeitsplätzen bei Bund, Ländern und Gemeinden, zu finanzieren aus erhöhten Steuern auf Gewinnen, Zinsen, Mieten und Pachten.

Aller berechtigter Spott darüber, wie Sahra Wagenknecht sich in ihrem Buch „Freiheit statt Kapitalismus“ auf Ludwig Erhard beruft, sollte nicht davon abhalten, zur Kenntnis zu nehmen, dass sie dort jenseits dieser missglückten Marketing-Idee vernünftige Vorschläge macht, insbesondere für die Sozialisierung der „systemrelevanten“ Geldinstitute und die „Neutralisierung des Kapitals“ durch schrittweise Umwandlung von Privatvermögen in Belegschaftseigentum.

Das sind die tatsächlichen Hausaufgaben. Allgemeine Kapitalismus-Schelte klingt im Vergleich dazu wie der Gesang von Männern in der Badewanne.

Die Seziertische von **Georg Fülberth** sind alle unter www.lunapark21.net abrufbar.

LunArt – Porträt

Seite 27 / 29 / 33 / 35

Jürgen Escher



Jürgen Escher, geboren 1953 in Herford, studierte von 1977 bis 1983 Fotografie an der Fachhochschule in Bielefeld. 1983 Diplom bei Prof. Jörg Boström. Seit 1983 ist er als freier Fotojournalist und Designer für verschiedene Organisationen, Verlage und Redaktionen tätig (u.a. für *Cap Anamur* seit 26, *Adveniat* seit 21 und den *Herforder Mittagstisch* seit 12 Jahren). 1987 bis 1992 war er mit einem Lehrauftrag für Fotojournalismus an der Bielefelder Fachhochschule betraut und wurde 1989 in die Deutsche Fotografische Akademie e.V. (DFA) berufen. 2003 und 2007 erhielt er Stipendien vom Kulturwerk der VG Bild-Kunst. Jürgen Escher ist Autor diverser Buchpublikationen. Seine Fotoarbeiten sind in vielen Einzel- und Sammelausstellungen im In- und Ausland zu sehen.

Eine Distanz überwinden, sich annähern, sich berühren...

Seit Jahren ist der Herforder Fotograf für verschiedene Hilfsorganisationen in aller Welt tätig. In der Begegnung mit Menschen unterschiedlicher Kulturen und Hautfarbe verringert er trennende Distanzen, kommt er den Menschen so nahe, wie das mit Worten kaum möglich wäre. Dazu benutzt er keine Teleobjektive. Seine fotografische Annäherung ist eine hautnahe Berührung in Zehntelsekunden. Sie ist eine Begegnung, die uns in seinen Bildern erinnerlich bleibt und uns diese Menschen und Kulturen in einem besonderen Moment näher kommen lässt.

>> www.juergenescher.de

Seite 16

Fabian Scheidler



Fabian Scheidler, geboren 1968 in Bochum, hat in Frankfurt/M. Theaterregie bei Hans Hollmann, Cesare Lievi und Luc Bondy studiert. 1996 erhielt er ein Regiestipendium der Stadt München. Es folgten ein einjähriges Studium klassischen indischen Tanztheaters in Indien, freie Regiearbeiten, u. a. in Zusammenarbeit mit dem japanischen Noh-Theatermeister Akira Matsui. Von 2003 bis 2007 war Fabian Scheidler hauptverantwortlicher Dramaturg am Berliner GRIPS Theater, wo 2007 auch sein Stück „Prima Klima“ uraufgeführt wurde (ausgezeichnet als offizieller Beitrag zur UN-Dekade Bildung für nachhaltige Entwicklung). Am GRIPS Theater koordinierte er drei Jahre lang die Veranstaltungsreihe „Gegenstimmen – attac lädt ein“. Fabian Scheidler konzipierte zusammen mit Jutta Sundermann das ZEIT-Plagiat (Otto-Brenner-Medienpreis 2009). 2010 war er Projektkoordinator für das Attac-Bankentribunal in der Berliner Volksbühne. Im Dezember 2009

gründete Fabian Scheidler mit David Goeßmann das unabhängige Fernsehmagazin Kontext TV.

Neben der schriftstellerischen Arbeit entstehen seit 2001 als neuer Arbeitsschwerpunkt auch Fotografien und digitale Fotomontagen (u. a. in den Büchern „Die volle und die leere Welt“ und „Der unvermeßbare Raum“).

Fabian Scheidler lebt heute als freischaffender Autor, Dramaturg, Journalist und bildender Künstler in Berlin. Für Lunapark21, Heft 13 schrieb er den Beitrag *Stürmische Zukunft – Warum Indiens Boom das Land zugleich spaltet*.

>> www.counter-images.de

impresum

Herausgeber Lunapark21 GmbH · An den Bergen 112 · D-14552 Michendorf · Tel.: +49-(0)33205-44694 · Geschäftsführer Rouzbeh Taheri // Redaktion redaktion@lp21.de: Winfried Wolf (Chefredakteur, ViSdP) · Daniel Behruzi · Thomas Fruth · Sebastian Gerhardt · Hannes Hofbauer · Andrea Marczinski · Gisela Notz // Layoutkonzept Bernd Köhler www.kus-design.de // Heftgestaltung Joachim Römer www.unterblicken.de // Druck Brandenburgische Universitätsdruckerei und Verlagsgesellschaft Potsdam mbH // Lunapark21 wird auf FSC-zertifiziertem Papier gedruckt // Anzeigen Marlene Hentschel marketing@lp21.de // Abos abo@lp21.de · Tel. +49-(0)33205-44694 // Einzelheft 5,50 Euro + Porto // Normalabo (= vier Ausgaben im Jahr; Deutschland/Österreich) 22,00 Euro/Jahr // AboPLUS (= sechs Ausgaben im Jahr, davon zwei Sonderhefte LP21-Extra zu Schwerpunktthemen; Deutschland/Österreich) 29 Euro // Alle Abopreise siehe www.lunapark21.net/service/ // Konto Lunapark21 · KtNr. 3527003800 · MBS (Mittelbrandenburgische Sparkasse) BLZ 16050000 · IBAN DE69160500003527003800 · BIC WELADED1PMB // Alle Rechte für Grafiken, Montagen, Fotos und Texte liegen bei den Autorinnen und Autoren. Die Verwendung ist nur mit deren Einwilligung und mit Quellenangabe gestattet. © Copyright 2011 by Lunapark21 GmbH // Erscheinungsdatum dieses Heftes: 13. September 2011 // Erscheinungsdatum von Heft 16: 19. Dezember 2011 // ISSN 1866-3788 // www.lunapark21.net



SPIELTISCH

Lunapark Köln-Humboldt-Gremberg

